

Das Parlament

Berlin, 19. April 2021

www.das-parlament.de

71. Jahrgang | Nr. 16 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Aus für den Mietendeckel

Sebastian Scheel Der Berliner Stadtentwicklungssenator (Die Linke) muss die Suppe auslöfeln, die ihm seine Vorgängerin Katrin Lompscher eingebracht hat: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, ausgelöst durch eine Normenkontrollklage von Mitgliedern der Fraktionen von CDU/CSU und der FDP im Bundestag, war eindeutig. Der Mietendeckel verstößt gegen das Grundgesetz. Dies markiert nicht nur einen Tiefschlag für die rot-rot-grüne Koalition in Berlin. Scheel muss auch schnell griffige – und rechtsgültige – Rezepte gegen die Wohnungsnot finden. Die Bautätigkeit in Berlin war zuletzt rückläufig, und dass es gegen rasant steigende Mieten ein Mittel braucht, hat nach dem Weckruf Mietendeckel wohl jeder verstanden. Scheel will nun zunächst betroffenen Mietern helfen. Einen Rücktritt lehnt er ab – damit sei keinem geholfen. *pez* ■

ZAHLE DER WOCHE

1,5 Millionen

Haushalte durften sich dank Mietendeckel zwischenzeitlich über finanzielle Erleichterungen freuen. Für diese Wohnungen hatte der Berliner Senat zum 23. Februar 2020 die Mieten auf dem Stand von 2019 eingefroren. Dies betraf neun von zehn Mietwohnungen in der Hauptstadt.

ZITAT DER WOCHE

»Er hat keine einzige neue Wohnung geschaffen.«

Horst Seehofer, Bundesbauminister (CSU), begrüßt die Entscheidung aus Karlsruhe. Der Mietendeckel habe verunsichert und Investitionen ausgebremst.

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Gesundheit Therapieansätze gegen COVID-19 sollen gefördert werden **Seite 4**

Verfassung Debatte um Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz **Seite 6**

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Wirecard Mögliche Kontakte zu Geheimdiensten im Fokus **Seite 7**

EUROPA UND DIE WELT
Frankreich Coronakrise sorgt für Zentralismus-Debatte **Seite 10**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Bund zieht die Notbremse

CORONAKRISE Bundesregierung strebt bundesweit einheitlichen Lockdown an

Die geplante einheitliche „Notbremse“ im Kampf gegen die steigenden Corona-Infektionszahlen ist bei der Opposition auf heftige Gegenwehr gestoßen. Redner von FDP, Linken und AfD warfen der Regierung am Freitag in einer von harschen Zwischenrufen geprägten Debatte vor, den Bürgern nicht zu rechtfertigenden Auflagen zuzumuten. Auch die Grünen kritisierten die Vorlage. Union und SPD verteidigten den Gesetzentwurf, zeigten sich aber offen für Änderungen. Das sogenannte Vierte Bevölkerungsschutzgesetz (19/28444) soll in dieser Woche beschlossen werden.

Künftig soll bundesweit eine automatische Notbremse ab einer Sieben-Tage-Inzidenz von 100 gelten. Die Schutzvorkehrungen werden in einem neuen Paragraphen 28b des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) konkret aufgeführt, darunter Kontaktbeschränkungen sowie Auflagen für Freizeiteinrichtungen, Geschäfte, Kultur, Sport oder Gaststätten. Vorgesehen ist auch eine nächtliche Ausgangssperre zwischen 21 und 5 Uhr. Ab einer Sieben-Tage-Inzidenz von 200 soll ein Verbot für Präsenzunterricht an Schulen gelten.

Die Bundesregierung wird dazu ermächtigt, bei einer Inzidenz von über 100 durch Rechtsverordnungen Gebote und Verbote zu erlassen. Solche Rechtsverordnungen bedürfen der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat.

Kräfte bündeln Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte: „Es führt kein Weg daran vorbei, wir müssen die dritte Welle der Pandemie bremsen und den rapiden Anstieg der Infektionen stoppen.“ Dazu müssten die Kräfte von Bund und Ländern besser gebündelt werden. Die mit den Ländern vereinbarte Notbremse sei künftig nicht mehr Auslegungssache, sondern greife automatisch. Die Kanzlerin räumte ein, dass damit harte Einschränkungen verbunden seien und nannte die geplanten nächtlichen Ausgangsbeschränkungen. Die Einwände dagegen nehme sie ernst, es gehe aber darum, Kontakte und Mobilität zu reduzieren, darunter „abendliche Besuchsbewegungen“. Merkel betonte, die Pandemie habe gezeigt, dass das Virus keine Halbherzigkeiten verzeihe. „Es verzeiht auch kein Zögern, das Virus versteht nur die Sprache der Entschlossenheit.“

Die AfD-Fraktion hielt der Bundesregierung schwere Fehler und Machtmissbrauch zulasten der Bürger und der Wirtschaft vor. Mit Blick auf den Gesetzentwurf sagte Frak-



Mit der sogenannten Bundesnotbremse sind flächendeckend strenge Auflagen verbunden. Ziel: Die Corona-Infektionszahlen senken

© picture-alliance/Geisler-Fotopress/Christoph Hardt

tionschefin Alice Weidel, noch nie habe es eine Bundesregierung gewagt, „in so wenigen Sätzen so viele Angriffe auf die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger, auf Rechtsstaatlichkeit und demokratische Prinzipien unterzubringen“. Die vorgeschlagene Ergänzung des IfSG sei „ein alarmierendes Dokument obrigkeitstaalichen Denkens“ und offenbare tiefes Misstrauen gegenüber Bürgern und demokratischen Institutionen. Weidel rügte: „Sie misstrauen den Bürgern, deswegen wollen Sie sie tagsüber gänzlich und nachts einsperren.“

Ausgangssperren Die Regierung lege zudem die Axt an die föderalen Wurzeln der Republik und entmächte Ministerpräsidenten, Landräte und Bürgermeister. Ausgangssperren nannte Weidel „unverhältnismäßig und verfassungswidrig“, zudem nutzlos. Die festgelegten Inzidenzen seien willkürlich. Und wenn jemand Widerspruch anmelde, werde das als Verschwörungstheorie abgetan. Harsche Kritik kam auch von Links-

fraktionschef Dietmar Bartsch, der den Gesetzentwurf als Beleg dafür wertete, dass die Pandemiebekämpfung über die Bundesländer-Gespräche gescheitert sei. Die Bundesregierung habe mit ihrem verfehlten Krisenmanagement das Land in die dritte Welle manövriert. Bartsch sagte, es sei inakzeptabel, dass der Bundestag mit dem Gesetz nicht gestärkt, sondern faktisch entmachtet werde und die Regierung sich einen Blankscheck ausstellen wolle. „Das ist keine Stärkung des demokratischen Verfahrens, sondern eine Abrissbirne des Parlamentarismus.“ Er warnte insbesondere vor den Folgen des Lockdowns für junge Leute. „Kinder sind der blinde Fleck in der Pandemiebekämpfung.“ Hingegen sei das Verständnis für die Wirtschaft stets groß. Nach Ansicht von FDP-Chef Christian Lindner wirft der Entwurf verfassungsrechtliche Fragen auf. Die Ausgangssperre sei rechtlich und praktisch fragwürdig. So würde künftig auch ein geimpftes Ehepaar da-

ran gehindert, nach 21 Uhr vor die Tür zu treten. Lindner warnte, niemand könne ein Interesse daran haben, das die Novelle vor dem Bundesverfassungsgericht scheiterte und verlangte: „Es muss nun schnell, wirksam und rechtssicher gehandelt werden.“ Katrin Göring-Eckardt (Grüne) forderte einen niedrigeren Referenzwert als 100. Den für Schulen geltenden Inzidenzwert von 200 lehnte sie auch ab. Sie rügte, dass der Entwurf nicht im Eilverfahren durch das Parlament geht und mahnte: „Es kommt jetzt auf jeden Tag an.“ Redner der Koalitionsfraktionen forderten die Opposition auf, sich konstruktiv zu beteiligen. Bärbel Bas (SPD) sagte, viele Menschen erwarteten bundeseinheitliche Regelungen und keinen Flickenteppich. Sie forderte die Länder auf, schon jetzt von der Notbremse Gebrauch zu machen. Thorsten Frei (CDU) appellierte an die Bürger, nicht den Mut zu verlieren, wo Licht am Ende des Tunnels erkennbar sei. Er wandte sich entschieden gegen die Darstellung, wonach die Rolle des Bundestages geschmäht werde. Der Entwurf gebe dem Parlament so viele Möglichkeiten wie nie. „Mehr Parlamentarismus geht doch überhaupt nicht.“ *Claus Peter Kosfeld* ■

»Das Virus versteht nur die Sprache der Entschlossenheit.«

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU)

EDITORIAL

Harter Eingriff

VON ALEXANDER HEINRICH

Die Hoffnungen auf dieses Instrument sind groß, die Zweifel sind womöglich größer: Der Bund soll, so sieht es der Regierungsentwurf zum verschärften Infektionsschutzgesetz vor, bei einer Inzidenz von mehr als 100 Corona-Fällen auf 100.000 Einwohner nächtliche Ausgangssperren verhängen dürfen. Begründet wird diese Androhung eines harten Grundrechtseingriffs insbesondere mit der Sorge vor einer unkontrollierten dritten Welle von Infektionen: Seit Wochen gibt es angesichts sich stetig füllender Intensivstationen Warnungen und Appelle der Intensivmedizinerinnen und -mediziner, die eigentlich niemand leichtfertig beiseite wischen wollen kann.

Allerdings rückte in der Debatte am vergangenen Freitag und auch in einer im Anschluss stattfindenden Expertenanhörung des Gesundheitsausschusses eine andere Frage immer stärker ins Zentrum: Ist ein solcher Schritt noch angemessen? Und ist er auch geeignet, das Ziel, nämlich weniger Infektionen, zu erreichen? Mit genau solchen Fragen haben sich Gerichte in Deutschland bereits beschäftigt. Zuletzt hatte etwa das Oberverwaltungsgericht Lüneburg nächtliche Ausgangssperren in der Region Hannover für nicht verhältnismäßig erklärt. Bevor der Staat zu solchen Mitteln greife, müssten andere, weniger schwerwiegende Maßnahmen ausgeschöpft werden. Ob solche Einwände Eingang in das Infektionsschutzgesetz finden werden, darüber entscheidet der Bundestag nach Lage der Dinge in dieser Woche.

Ebenfalls auf der Tagesordnung dieser Woche steht der Nachtragshaushalt 2021, mit dem die Bundesregierung 50 Milliarden Euro mehr als ursprünglich veranschlagt ausgeben will. Die Nettokreditaufnahme soll auf 240 Milliarden Euro steigen, das sind 60 Milliarden Euro mehr als geplant. Damit würde die Obergrenze der Schuldenregel um rund 213 Milliarden Euro überschritten, was eine Zustimmung des Bundestages erfordert. Dass der Staat angesichts der Corona-Epidemie Unternehmen unter die Arme greift und weiter kräftig in die Impfstoffbeschaffung und Testreihen investiert, darüber bestand während der ersten Beratung des Nachtragshaushalts vergangene Woche weitgehend Konsens. Die Frage, wie schnell man wieder zur Schuldenbremse zurückkehrt und wie dieser Mechanismus in Zukunft überhaupt aussehen soll – darüber gehen die Ansichten, insbesondere im Wahljahr 2021 – jedoch weit auseinander (siehe Seiten 2 und 3).

Unterschiedliche verfassungsrechtliche Bewertung

ANHÖRUNG Expertenstreit um Ausgangssperren, Inzidenzwert 100 und eingeschränkte Klagemöglichkeiten

Bei der verfassungsrechtlichen Bewertung der geplanten bundesweiten Lockdown-Regelungen waren sich die am vergangenen Freitag zu einer Anhörung des Gesundheitsausschusses geladenen Sachverständigen uneins, wenngleich die kritischen Stimmen überwogen. Hauptstreitpunkte waren die Ausgangssperre, die Orientierung am Inzidenzwert 100 und die Einschränkung der Klagemöglichkeit auf das Bundesverfassungsgericht.

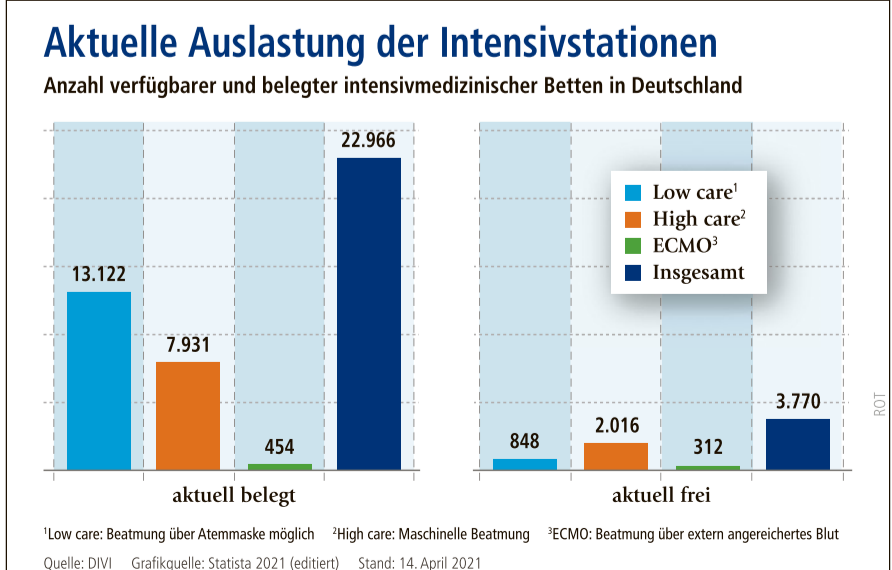
Letzteres ist aus Sicht von Ferdinand Wolenschläger von der Universität Augsburg „kein Rechtsschutzdefizit“. Vielmehr verbürge die Verfassungsbeschwerde effektiven Individualrechtsschutz gerade mit Blick auf die Grundrechtsfragen. Michael Breuer von der Universität Jena hält Ausgangssperren für „verhältnismäßig“. Aus Praktikabilitätsgründen sollte deren Beginn aber auf 22 Uhr verschoben werden, regt er an. Verfassungsrechtliche Probleme sieht hingegen Christoph Möllers von der Humboldt-Universität Berlin. Es gebe Tausende Grundrechtseingriffe in unüberschaubar vielen Konstellationen, die künftig einzig vom Bundesverfassungsgericht zu bewältigen seien. „Wenn das kein Problem wäre,

bräuchten wir keine Verwaltungsgerichtsbarkeit“, sagte er.

Risiko Für Thorsten Kingreen von der Universität Regensburg stellt sich mit Blick auf die Ausgangssperre die Frage, warum ein so

hohes verfassungsrechtliches Risiko für eine Maßnahme eingegangen werde, „die ohnehin keinen Eckpfeiler der Pandemiebekämpfung darstellt“.

Kein gutes Haar an der Regelung ließ Ulrich Vosgerau von der Universität Köln. Es



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

FÖDERALISMUS – EIN HEMMNIS?

Mehr Zentralismus!

PRO



Malte Lehming, »Der Tagesspiegel«, Berlin

Könnte sich das Covid-19-Virus sich etwas wünschen, stünde der deutsche Föderalismus ziemlich weit oben auf seiner Liste. Denn nichts hilft seiner Verbreitung mehr als Halbherzigkeiten, Durchwurstleien und Mittelwegsbeschlüsse. Als Sinnbild dafür geht die vorläufige Ministerpräsidentenkonferenz in die Geschichte der Pandemiebekämpfung ein: Statt eines Konzeptes triumphierte der Wille zum Kompromiss. Wie soll's auch anders sein bei 16 Länderchefs aus unterschiedlichen Parteien mit unterschiedlichen Koalitionen und unterschiedlichen Inzidenzerfahrungen – angetrieben von einer Kanzlerin, die stets härtere Maßnahmen fordert, aber nicht bekommt, obwohl die Seuchenbekämpfung an sich Sache des Bundes ist? Nein, das MPK-Instrument hat versagt, und zum Glück haben alle Beteiligten verstanden, dass dies nicht einmalig war, sondern strukturell bedingt. Auch die Länder-Vertreter scheinen nicht unglücklich zu sein, durch die geplante Bundes-Notbremse Kompetenzen abgeben zu müssen. Alles andere wäre eine Perpetuierung von Absurditäten. Machen alle ihr eigenes Ding und entscheiden selbst über Ausgangssperren, Schulschließungen und die Modalitäten einer Rückkehr von Geimpften in die Grundrechtswelt, vergrößert sich das Chaos. In Pandemiezeiten sind schnelle Maßnahmen und allgemein gültige Prinzipien gefragt, die von der Bundesregierung verantwortet und kommuniziert werden müssen. Garantiert das den Erfolg? Nicht automatisch, siehe Frankreich. Aber es schafft die Bedingungen, unter denen Erfolge am ehesten möglich sind. Die Tauglichkeit des MPK-Systems wurde von der Wirklichkeit widerlegt. Geht es um Fragen von Leben und Tod, kann die Devise nur lauten: Mehr Zentralismus wagen!

Guter Wettbewerb

CONTRA



Kerstin Münstermann, »Rheinische Post«, Düsseldorf

Föderalismus ist kein Hemmnis. Auch nicht in der Pandemie. Er muss nur klug genutzt werden. Leider hat das in der Corona-Bekämpfung nicht durchgehend geklappt, was auch am unglücklichen Agieren von Bund und Ländern und bei der letzten Ministerpräsidentenkonferenz lag. Dafür kann der Föderalismus aber nichts, er wurde zuletzt nur nicht klug genutzt. Beispiel: Statt die Impfkampagne in die Hände der Länder zu geben, hätte man gerade sie in der Hoheit des Bundes lassen sollen, um in dieser existenziellen Frage eine einheitliche Linie zu haben und schnell auf Widrigkeiten reagieren zu können. Dagegen ist es sehr sinnvoll, konkrete Maßnahmen gegen hohe Infektionszahlen regional zu ergreifen. Eingriffe in persönliche Freiheiten sind schwer zu vermitteln und zu begründen – noch schwerer, wenn die Infektionszahlen etwa im Norden viel geringer sind als im Süden, sich aber alle gleichermaßen daran halten müssen. Auch der Wettbewerb im föderalen System ist gut – ein Ringen um den besten Weg. Es gibt für niemanden eine Blaupause und so kann man unterschiedliche Konzepte in einem Land direkt miteinander vergleichen. Ein Vorteil, wenn man ihn klug und ohne politische Eitelkeiten nutzt. Die Länder klagen oft über Begrenzungen ihrer Mitsprache. Der Bund möchte stärker durchgreifen. Darüber kommt es zum Streit. Das Ringen aber nennt sich Demokratie. Dabei führt der Föderalismus zu einer Machtbegrenzung der verschiedenen staatlichen Ebenen. Keiner handelt autonom. Und das ist gut so. Auch wenn es den Akteuren kluges Handeln abverlangt. Daran fehlte es in den letzten Wochen. Es mag am Wahljahr liegen. Aber den Föderalismus trifft daran keine Schuld.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Münz, der Bundestag hatte für das laufende Jahr bereits einen Rekordhaushalt beschlossen, jetzt sollen nach dem Willen der Bundesregierung 50 Milliarden Euro draufgelegt werden, weil die pandemiebedingten Ausgaben wachsen. Ist das angesichts der langanhaltenden Pandemie unvermeidlich?

Der Haushalt befindet sich in einer besorgniserregenden Lage. Das ist ein aktuelles Zitat des Bundesrechnungshofs. Es werden jetzt als Gründe für den Nachtragshaushalt zusätzliche Unternehmenshilfen von knapp 26 Milliarden angeführt. Sicherlich muss man den Unternehmen helfen, denn sie sind unverschuldet aufgrund staatlich angeordneter Maßnahmen in eine schwierige Situation gekommen. Manche haben gar keine Umsätze mehr, sie haben, wie beispielsweise Gastronomen, praktisch ein Berufsverbot. Aber das rechtfertigt nicht eine Schuldenaufnahme in bisher unerreichter und aufgrund der Schuldenbremse eigentlich auch nicht zulässiger Höhe von 240 Milliarden Euro im Jahr 2021.

Nun sieht die Schuldenbremse die Möglichkeit vor, sie in außergewöhnlichen Notsituationen auszusetzen. Die Koalitionsfraktionen argumentieren, dass diese außergewöhnliche Notsituation vorliegt. Sehen Sie das nicht so?

Nein, meine Fraktion sieht das nicht so. Wir leugnen nicht, dass es Corona gibt, wir sehen hier aber keine epidemische Lage nationaler Tragweite, darüber haben wir gerade auch im Zusammenhang mit der Novellierung des Infektionsschutzgesetzes im Bundestag diskutiert. Doch davon abgesehen, es gäbe auch noch andere Möglichkeiten, den Haushalt ins Lot zu bringen, ohne massive Schuldenaufnahme. Man müsste konsolidieren und auch in anderen Bereichen mal kürzen. Man hat leider in der Vergangenheit versäumt, strukturelle Reformen durchzuführen.

Nun geht es über das hinaus, was schon im regulären Haushalt beschlossen ist, um 60 Milliarden Euro zusätzliche Schulden. Ließen sich in dieser Größenordnung überhaupt Einsparmöglichkeiten in anderen Bereichen finden?

Es soll ja zum Beispiel die Globale Mehrausgabe um acht Milliarden auf 43 Milliarden erhöht werden. Die Globale Mehrausgabe ist praktisch ein Freibrief für die Regierung, insbesondere für den Finanzminister. Dann gibt es noch die bisher als Asylrücklage bezeichnete Allgemeine Rücklage, eine Verfügungsmasse von rund 50 Milliarden. An diese beiden Posten müsste man erst einmal gehen, bevor man neue Schulden aufnimmt. Aber ich habe den Verdacht, dass sich der Finanzminister hier im Wahljahr eine Verfügungsmasse geschaffen hat, um darauf gegebenenfalls zurückzugreifen für Ausgaben, die gar nichts mit Corona zu tun haben.

Von den geplanten 50 Milliarden Mehrausgaben ist ein großer Teil für Unternehmen. Wenn diese pleitegehen würden, würde es den Staat noch wesentlich mehr Geld kosten. Sehen Sie angesichts dessen die Ausgaben für Wirtschaftsförderung angemessen, oder könnte man da noch sparen?

Wichtiger für die Unternehmen wäre auf jeden Fall, dass sie Umsatz machen können. Dass also dieser flächendeckende Lockdown aufgehoben wird. Wir können nicht langfristig durch schuldenfinanzierte Ausgleichsleistungen Umsätze ersetzen. Geldschöpfung ersetzt nicht Wertschöpfung. Natürlich brauchen die Unternehmen, wenn es weitergeht mit dem Lockdown, Ausgleichszahlungen. Aber

»Wo kann man sparen?«

VOLKER MÜNZ Der AfD-Haushaltsexperte kritisiert die hohe Neuverschuldung und plädiert für Kürzungen, um mit krisenbedingten Ausgaben umzugehen



© picture-alliance/Geisler-Fotopress/Christoph Hardt

das kann der Staat auf Dauer nicht leisten. Und denken Sie an die Arbeitnehmer, die arbeitslos werden oder kurzarbeiten, auch hier kommt der Staat mit Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld an Grenzen. Und die Schuldenfinanzierung geht ja auch nur, weil die Zentralbank zu Nullzinsen Geld in den Markt pumpt, auch durch den Ankauf von Staatsanleihen. Aber das geht auf Dauer nicht. Es muss irgendwann zurückgezahlt werden, oder die Währung wird es nicht verkraften können.

Ein weiterer großer Ausgabenblock im Nachtragshaushalt sind die Zuschüsse an den Gesundheitsfonds, um Pandemiekosten zu erstatten. Sind diese Ausgaben in Ihren Augen gerechtfertigt?

Es ist schwer nachzuvollziehen, wofür diese Mehrausgaben von 8,7 Milliarden notwendig sind. Aber selbst wenn man diese Beträge jetzt bräuhete, wäre es an der Zeit zu gucken: Wo können wir sparen? Es kann nicht sein, dass die Ministerien immer mehr Personalstellen schaf-

fen. Nur ein kleines Beispiel: Es soll eine Stiftung Gleichstellung errichtet werden, mit 30 Personalstellen. In diesen Zeiten, in denen der Staat wirklich massive Ausgaben zu stemmen hat, gehen solche Dinge halt mal nicht. Noch ein Beispiel: Die Bundesregierung hat zugesagt, für Syrien noch einmal 1,7 Milliarden zu geben, obwohl wir doch so viele Syrer hier aufgenommen haben. Hoffentlich nur temporär und nicht dauerhaft. Eigentlich wäre es angebracht, mal zu sagen, wir können das nicht alles leisten, wir müssen irgendetwas auch mal an den Ausgaben ansetzen.

Sie haben angesprochen, dass es dem Staat angesichts der Niedrigzinsen derzeit leicht fällt, Schulden aufzunehmen. Sehen Sie die Gefahr, dass sich in den nächsten Jahren das Zinsniveau erhöht und es dem Staat dann schwerer fallen könnte?

Ja, die Zinsen werden steigen. Die unnatürliche Negativzinspolitik der EZB kann nicht ewig aufrechterhalten werden. Die Geldmenge ist exorbitant gewachsen. Da muss man gar nicht Wirtschaftswissenschaften studiert haben, um zu wissen: Wenn die Geldmenge aufgebläht wird, kommt die Inflation. Im Moment steckt die überschüssige Geldmenge überwiegend in Wertpapieren, Immobilien und Edelmetallen. Aber hier haben sich erhebliche Preisblasen gebildet, diese werden platzen. Dann wird die Geldmenge in den Konsumgütermarkt drücken, und dann spürt es auch der Verbraucher. Das Risiko jetzt ist Inflation, und wenn die Zinsen steigen, wird das eine wahnsinnige Belastung für die Haushalte sein.

Wann erwarten Sie, dass Deutschland die Schuldenbremse tatsächlich wieder eingehalten wird?

Die Bundesregierung hat mit ihren Eckwerten ja bereits angekündigt, auch 2022 noch die Schuldenbremse aussetzen zu wollen. CDU und CSU haben aber immer gesagt, 2023 solle sie wieder eingehalten werden. Doch die Grünen, aber auch die SPD wollen die Schuldenbremse am liebsten ganz abschaffen oder zumindest aufweichen. Und je nachdem, wie die neue Regierung aussieht, befürchte ich, dass die Schuldenbremse längerfristig ausgesetzt bleibt.

Die Beratung des Nachtragshaushalts wird wohl die letzte in dieser Legislaturperiode sein. Wie haben Sie rückblickend die Arbeit im Haushaltsausschuss erlebt?

Es war eine herausfordernde Zeit für mich als neuen Abgeordneten, in diesem schwierigen und wichtigen Ausschuss mitarbeiten zu dürfen. Die Atmosphäre war alles in allem gut. Die AfD wird ja sonst teilweise behandelt wie Aussätzige. Im Haushaltsausschuss ist aber überwiegend fraktionsübergreifend ein kollegialer und mit Einzelnen auch freundschaftlicher Austausch gegeben. Es gibt einzelne Ausnahmen. Es herrscht ein besonderer Geist im Haushaltsausschuss, das spürt man.

Das Gespräch führte Peter Stützel. ||

Voker Münz (56) gehört seit 2017 dem Bundestag an. Der Diplomat ist Mitglied des Haushaltsausschusses und stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Haushälter: Carsten Körber

Wenn er über diesen „historischen Rekord“ spricht, freut sich Carsten Körber nicht. Noch nie dagewesen sei diese „bittere Situation“, sagt der CDU-Bundestagsabgeordnete aus Zwickau am Telefon, der Nachtragshaushalt, über den der Bundestag in erster Lesung verhandelt. „Nichts ist alternativlos“, sagt er über die geplante Neuverschuldung des Bundes, „es ist aber ein notwendiger Weg“, er verweist auf die wegen der Corona-Pandemie zu leistenden Unternehmenshilfen und die gestiegenen Gesundheitskosten: Der Bundesfinanzminister will die Nettokreditaufnahme in diesem Jahr von 179,8 Milliarden Euro um weitere 60,4 Milliarden Euro auf 240,2 Milliarden Euro erhöhen. Der Bundesrechnungshof spricht von einem Haushalt auf tönernen Füßen. Und Körber? „Die hat dieser Etat noch nicht. Nur engt er den Gestaltungsspielraum in der Zukunft ein, immerhin müssen wir ab 2026 jedes Jahr 18 Milliarden Euro tilgen.“ Körber vertritt seinen Wahlkreis seit 2013 im Bundestag, sitzt seitdem im Haushaltsausschuss und steht seit Ende März dem Rechnungsprüfungsausschuss vor, welcher die Haushalts- und Wirtschaftsprüfung des Bundes beaufsichtigt. „Da haben wir uns in den kommenden Jahren tiefgreifenden Fragen zu stellen“, sagt er, „bei der Ausgabenseite muss man ran, eine Bestandsaufnahme machen. Man wird über alles nachdenken müssen.“ Politisches Engagement begleitete ihn sein Leben lang. Klassensprecher in der ersten Klasse, später Kreisschülersprecher. Bei der Bundeswehr Vertrauensmann, an der Uni neben dem Studium

von Politologie und Betriebswirtschaftslehre engagiert beim Ring Christlich-Demokratischer Studierender (RCDS). Vielleicht lässt sich dieser Werdegang auf eine Szene im November 1989 zurückführen, damals war er zehn und schaute mit seiner Familie im Wohnzimmer auf den Fernseher, auf Bilder der Massendemo am Berliner Alexanderplatz gegen das SED-Regime. Sah, wie seine Großeltern zu weinen begannen, der Opa runter in den Keller ging, wo er die eine, seit Jahren lagernde Flasche Krim-



»Auf tönernen Füßen steht dieser Etat noch nicht. Nur engt er den Gestaltungsspielraum in der Zukunft ein.«

sekt hervorholte. „Die lagen sich alle in den Armen, das machte etwas mit mir.“ Vielleicht waren es aber auch die Geschichten seines Großvaters davor, der als Direktor in einem Elektromotorenwerk in den Westen fuhr und die angebliebenen Meldungen über den „Klassenfeind“ nicht bestätigte sah. „Eine ‚Kariere‘ als Berufspolitiker habe ich nie geplant“, sagt Körber, „das ist ein roter Faden, der konstruiert wird, aber nicht stimmt“. Es habe sich halt

alles immer gefügt. Und dass er immer das habe machen können, was ihm Spaß bereitete. „Mein Amt ist auf Zeit. Alle vier Jahre werden die Karten neu gemischt.“ Auf dem Weg dorthin saß er im Gemeinderat, war Vize-Bürgermeister der 12.000-Einwohner-Gemeinde Mülsen, machte ein Praktikum beim Zwickauer Bundestagsabgeordneten, wurde sein Büroleiter – und dann sein Nachfolger. Und warum die CDU? „Ich komme aus einem bäuerlich geprägten Elternhaus mit starkem Verantwortungsdenken, da kam keine andere Partei in Frage.“ Was den Sachsen umtreibt, sind nicht nur Zahlen. Auch das gesellschaftliche Miteinander, der gegenseitige Respekt voneinander und vor der parlamentarischen Demokratie sind seine Fragen, und rasch kommt er auf das Jahr 2015 zu sprechen, als viele Flüchtlinge nach Deutschland kamen. „Da kamen dumpfte Vorurteile hoch“, sagt er und stockt. „Schwer in Worte zu fassen.“ Und: „Da war oft kein sachlicher Diskurs, sondern blanker Hass.“ Dabei, fügt er hinzu, hätten sich doch nun, fünf-einhalb Jahre später, die Bedenken wegen der Einwanderungen damals „weitgehend aufgelöst“. Nicht verschwunden sind seine Sorgen wegen des Nachtragshaushalts. Die Pläne des Regierungspartners SPD, mit Steuern für Hochvermögende gegenzufinanzieren, sieht er skeptisch. „Ein normaler, eben eher kleiner Mittelständler, der schon viel belastet wird und viel gibt, ist mit seinem Anlage- und Produktionsvermögen schnell ‚hochvermögend‘.“ Das Konzept der SPD sei nicht schlüssig. Respektlos klingt das nicht. Jan Rübel ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 227-3 05 15
Telefax (0 30) 227-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
N. N.

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ah) V.i.S.d.P.

Verantwortliche Redakteure
Annette Beutler
Lisa Brüßler (lbr)
Claudia Heine (che)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezei (pez)
Sören Christian Reimer (scr) Cvd
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
16. April 2021

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei
GmbH & Co. KG
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Dessenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail:
faizit-com@intime-media-services.de

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Dessenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: faizit-com-anzeigen@intime-media-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) will Deutschland mit zusätzlichen Milliarden-schulden durch die Krise führen.

© picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

Wer die Rechnung zahlt

HAUSHALT Im Bundestagswahlkampf wird es auch um die Staatsschulden nach der Coronakrise gehen

Mit der Pandemie war Schluss mit der Schwarzen Null: Jahrelang, seit 2014 hatte Deutschland keine zusätzlichen Schulden mehr gemacht. Fotos von stolzen Finanzministern vor einer großen Null, aufgemaht oder gebildet aus Mitarbeitern des Finanzministeriums zeugen davon. Doch zur Bewältigung der Corona- und Wirtschaftskrise nimmt der Bund Schulden in Rekordhöhe auf, allein in diesem Jahr 240 Milliarden Euro, 2020 und 2021 zusammen rund 370 Milliarden Euro – das entspricht ungefähr dem Umfang eines gewöhnlichen Bundeshaushaltes der Vorkrisenzeit. Wie soll dieser Schuldenberg sinken und wer trägt ihn ab? Die nächste Bundesregierung wird die Frage beantworten müssen, wie sie die drastisch gestiegene Staatsverschuldung handhaben will. Schon im Bundestagswahlkampf wird die Diskussion darüber eine zentrale Rolle spielen.

Finanzlücke Druck geht dabei unter anderem von der im Grundgesetz seit 2009 verankerten Schuldenbremse aus. Sie beschränkt die Nettokreditaufnahme in Relation zum Bruttosozialprodukt. Sie ist zur Zeit ausgesetzt. Sollte ab 2023 die Schuldenbremse wieder normal greifen, würde es eng für den Bund. Denn es gibt Rücklagen in Höhen von 48 Milliarden Euro, aber selbst die wären bald aufgebraucht, spätestens 2025 täte sich eine gehörige Finanzlücke auf, wenn die Politik nicht handelt. Nur wie handelt sie am klügsten? Wie schnell ein Staat Schulden abtragen kann, hängt maßgeblich von fünf Faktoren

ab: Zins, Wachstum, Inflation sowie Einnahmen und Ausgaben. Am einfachsten ist der Schuldendienst für einen Staat, wenn das Wachstum der Wirtschaft über den Realzinsen für die Schulden liegt, so wie derzeit. Momentan schenken Investoren dem deutschen Staat angesichts leicht negativer Zinsen für Staatsanleihen ja sogar Geld, wenn sie ihm Kredit geben. Zudem stehen die Zeichen nach dem heftigen Wirtschaftseinbruch 2020 wieder auf Wachstum. „Für Deutschland erscheint ein Herauswachsen aus den krisenbedingten Schulden ohne größere Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen realistisch, sofern es gelingt, das Wirtschaftswachstum wieder zu beleben“, sagte Clemens Fuest, Präsident des Münchener Ifo Instituts im Februar bei einem Vortrag. Das spricht dafür, dass es Deutschland

mittelfristig gelingen könnte, seine Schulden deutlich zu senken, ohne große neue Belastungen für Bürger oder Unternehmen beschließen zu müssen. Bereits nach der Finanzkrise von 2008 hatte Deutschland seine Staatsschuldenquote innerhalb weniger Jahre deutlich gesenkt. Von 2014 bis 2019 nahm der Bund sogar netto gar keine zusätzlichen Kredite mehr auf. Dabei profitierte er von den niedrigen Zinsen und aufgrund sprudelnder Steuereinnahmen. Deutschland erfüllte vor der Pandemie auch wieder die Schuldenvorgabe der Maastricht-Verträge. Demnach dürfen Euro-länder nur Schulden in Höhe von 60 Pro-

zent ihrer Wirtschaftsleistung aufweisen. Es ist „auch die Grundlage dafür, dass wir jetzt das tun können, was notwendig ist für unser Land“, sagte Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) vergangenen Herbst. Er argumentiert damit wie die Kollegen der CDU/CSU, zu deren Markenkern in den vergangenen Jahren ganz wesentlich eine Politik der Schwarzen Null gehörte.

»Steuererhöhungen haben in Krisenzeiten noch nie geholfen.«

Ralph Brinkhaus (CDU) Unionsfraktionschef

Überschüsse Eine solche Politik war beileibe kein deutsches Phänomen. Zwischen 1980 und 2014 hatte beispielsweise Irland zehn Mal einen Haushaltsüberschuss, Australien elf Mal, Dänemark zwölf Mal und Norwegen dank der Öleinnahmen sogar 33 Mal. Deutschland wird für einen Neustart nach der Krise um höhere Ausgaben nicht umhin kommen. Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft und das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie schlugen bereits 2019 ein großes Investitionsprogramm vor. Zehn Jahre lang solle – so ihr Ratschlag – der deutsche Staat jedes Jahr zusätzlich 46 Milliarden Euro investieren. Für kommunale Infrastruktur, Bildung, Wohnungsbau, Breitband und Verkehr und die Dekarbonisierung der Wirtschaft. Schon vor der Pandemie hatte es – auch aus der Wirtschaft – erhebliche Kritik an dem schlechten Zustand der Infrastruktur gegeben. Bemängelt wurden das langsame Internet genauso wie marode Brücken und Straßen. Um die verschlissene Infrastruktur auf

zu bringen, bräuchte es laut Experten schätzungsweise 450 Milliarden Euro. In der Krise spürten noch mehr Bürger als sonst die Mängel, ob beim Digitalunterricht ihrer Kinder oder wegen Personalmangel in Gesundheitsämtern. Auch der Aufbau einer klimaneutralen Gesellschaft erfordert zusätzliche hohe Investitionen. Tatsächlich denken beim Thema Infrastruktur westliche Industrieländer um, wenn es um die Ausgaben der öffentlichen Hand geht. Die EU hat 2020 ein gigantisches Aufbauprogramm beschlossen und nimmt erstmals in großem Umfang dafür selbst Schulden auf. US-Präsident Joe Biden will mit einem Rekordprogramm die Infrastruktur sanieren und wichtige Weichen für deren Zukunft stellen. Im Bundestagswahlkampf dürfte auf die Parteien die Frage zukommen, wie sie gleichzeitig die Schulden abbauen und die notwendige Infrastruktur in Deutschland aufbauen wollen. Es zeichnen sich zwei Positionen ab, was die künftige Steuerpolitik anbelangt: CDU/CSU, FDP und AfD lehnen Steuererhöhungen ab, SPD, Grüne und Linke halten sie dagegen für notwendig.

„Leute, die ein paar hunderttausend Euro verdienen, können mehr leisten.“

Olaf Scholz (SPD) Bundesfinanzminister

„Steuererhöhungen haben in Krisenzeiten noch nie geholfen“, sagte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus bei der ersten Lesung zum Haushalt. „Im Übrigen tragen starke Schultern schon jetzt mehr als schwache.“ Die FDP befürwortet trotz Schulden sogar Steuersenkungen, etwa eine

Abschaffung des Solidaritätszuschlags auch für die Bezieher hoher Einkommen oder eine Erweiterung des steuerlichen Verlustrücktrags. „Nur so wachsen wir dauerhaft aus den Schulden“, sagte FDP-Chef Christian Lindner. Die AfD tritt laut Grundsatzprogramm für eine niedrigere Mehrwertsteuer und Einführung einer allgemeinen Abgabebremse für Steuern, Beiträge und Gebühren ein. Dagegen fordert SPD-Kanzlerkandidat Olaf

Scholz Steuererhöhungen für Besserverdienende. Angesichts der vielen Aufgaben, die der Staat jetzt schultern müsse, müsse klar sein, dass Leute, „die ein paar Hunderttausend Euro verdienen, künftig einen höheren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten.“ Die Grünen wollen ebenfalls Gutverdienende durch eine höhere Einkommensteuer zur Finanzierung des Gemeinwesens heranziehen und werben für eine Steuer von einem Prozent auf Vermögen ab zwei Millionen Euro. Eine Vermögenssteuer für Millionäre fordert die Linkspartei schon seit langem. Zudem will die Partei auch die Schuldenbremse im Grundgesetz beseitigen. „Wer soll die Rechnung bezahlen?“, fragte Gesine Löttsch (Die Linke). Wenn die nächste Regierung schnell wieder zur Schuldenbremse zurückkehren wolle, blieben ihr dafür nur zwei Optionen: „Drastische Kürzungen beim Sozialhaushalt oder Erhöhung der Steuern.“ Die Grünen wollen den Passus der Schuldenbremse im Grundgesetz so ändern, dass

begrenzte Kredite aufgenommen werden dürfen, mit denen öffentliche Investitionen finanziert werden. Dagegen hält die AfD die Schuldenbremse laut ihrer Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel für eine „der letzten Barrieren gegen zügellose Schulden- und Umverteilungspolitik zu Lasten und Kosten der Steuerzahler und der Mittelschicht“.

Umstrittene Wirkung Was würde beispielsweise eine Vermögenssteuer an Einnahmen für den Haushalt einbringen? Die Wirkung ist umstritten. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung könnte der Fiskus 310 Milliarden einnehmen, wenn 0,7 Prozent der reichsten Erwachsenen in Deutschland mit einer Vermögensabgabe von 10 bis 30 Prozent über 20 Jahre belastet würden. Das entspräche einem Großteil der zusätzlichen Staatsschulden durch die Corona-Krise. Dagegen bezweifelt der Ökonom Clemens Fuest, dass die Rechnung aufgeht: „Es wird selbstverständlich Kapitalflucht und Ausweichreaktionen geben“, sagt er voraus. Außerdem würden viele Betriebe belastet, die wesentlich für Wachstum in Deutschland seien. Geeigneter wären laut Fuest eine höhere Einkommensteuer. Allerdings funktionieren diese nur, wenn nicht nur die Reichen, sondern auch die obere Mittelschicht belastet werde, sagte Fuest. Erfasst werden sollten dann sinnvollerweise die obersten 30 Prozent der Einkommensbezieher. Caspar Dohmen

Der Autor ist Diplom-Volkswirt und freier Journalist.

Mit aller Macht gegen die Pandemie

ETAT Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) plant im Nachtragshaushalt 2021 die höchste Neuverschuldung, die es je gab

Die Zahlen sind schwindelerregend, auch für an große Zahlen gewöhnte Haushaltspolitiker. Eckhardt Rehberg (CDU) führt sie zu Beginn seiner Rede an: 450 Milliarden Euro neue Schulden bis 2022. „Die Zahlen erschrecken“, räumt Rehberg ein. Allein der Pandemievorsorgetitel sei 18 Milliarden Euro schwer. „Wir treffen Vorsorge, und das ist auch richtig.“ Um Rekordzahlen in Krisenzeiten ging es bei der ersten Beratung des Nachtrags-Haushalts vergangene Woche im Bundestag (19/27800).

Die Bundesregierung plant mit 240 Milliarden Euro neuen Krediten 2021 die höchste Neuverschuldung, die es je gab, 60 Milliarden Euro mehr als zuletzt vorgesehen. Im vergangenen Jahr, als die Pandemie erstmals höhere Ausgaben verlangte, lag sie am Ende bei 130 Milliarden Euro. Nächstes Jahr will die Bundesregierung noch einmal die Ausnahme Klausel im Grundgesetz in Anspruch zu nehmen und die Schuldenbremse aussetzen. In den Folgejahren soll sie wieder eingehalten werden. Insgesamt erhöhen sich die Ausgaben im Bundeshaushalt 2021 auf 547,7 Milliarden Euro.

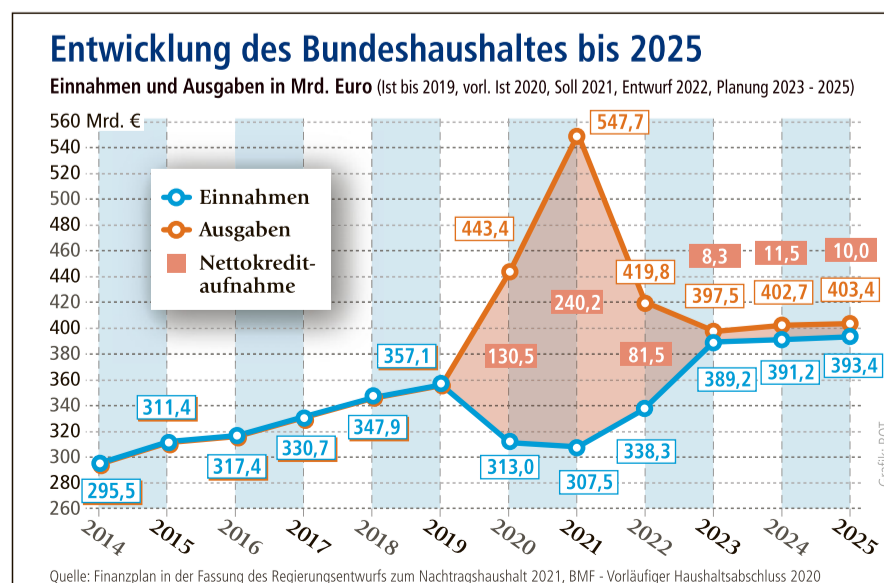
Die Zahlen sind größtenteils der Krise geschuldet: Die Steuereinnahmen sinken um 8,8 Milliarden Euro - während die Pandemie-Ausgaben steigen. Den größten Anteil im Nachtragshaushalt machen mit 25,5 Milliarden Euro die Corona-Unternehmenshilfen aus. Mit 8,7 Milliarden Euro schlagen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung des Bundesgesundheitsministers zu Buche. Der Nachtrag enthält auch einen Puffer für unvorhergesehene Corona-Kosten in Höhe von acht Milliarden Euro. Dazu kommen andere, nicht-krisenbedingte Ausgaben: 4,5 Milliarden Euro für höhere Zinsen, der entfallene Bundesbankgewinn in Höhe von 2,5 Milliarden Euro und 2,4 Milliarden Euro Ausgleichszahlungen an die Energieversorgungsunternehmen für den Atomausstieg. Diese hatten sie vor Gericht durchgesetzt. All dies zusammen macht die 60,4 Milliarden Euro aus, um die die Verschuldung nun steigen soll. In der Debatte kritisierte die Opposition Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) aus unterschiedlichen Richtungen. Linke und Grüne kritisierten nicht die Höhe der neuen Schulden, sondern falsche Schwer-

punkte. AfD und FDP dagegen warfen dem Bundesfinanzminister unnötige hohe Ausgaben und fehlende Kürzungen vor. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses Peter Boehringer (AfD) bezeichnete den

Nachtragset als „ökonomisch unverantwortlich“. Es weise „nur ein kleiner Teil der mit 240 Milliarden Euro Schulden finanzierten Maßnahmen einen Bezug zu Corona“ auf. Ansonsten sei die festgestellte Not-

situation seit März 2020 „eine Ausrede fürs Schuldenmachen“. Eine „unkontrollierbare Ausgabenwelle“ erkannte Otto Fricke (FDP). Er kritisierte fehlende Einsparungen. In Notsituationen müsse man fragen, wo man weniger ausgeben könne. Er wies auf die hohen Kosten der zusätzlichen Schulden hin, die Erhöhung der Zinskosten um 4,5 Milliarden Euro. An den Finanzminister gerichtet, sagte Fricke: „Sie schaffen sich eine Wahlkampfkasse.“ Gesine Löttsch (Die Linke) forderte Klarheit darüber, wie die Schulden abgebaut werden sollen. „Wir wollen vor der Wahl wissen, wer die Pandemiekosten bezahlt.“ Das stehe nicht im Nachtragshaushalt. „Wir brauchen endlich eine wirksame Besteuerung von Milliardären und Multimillionären.“ Die Pandemie treffe arme Menschen besonders hart. Das sei „Ergebnis einer falschen Politik“. Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen) fragte, wie die wirtschaftliche Erholung funktionieren könne. „Wir brauchen zusätzliche Investitionen in Klimaschutz, Bildung und Digitalisierung.“ Eine

Investitionsstrategie fehle im Nachtragshaushalt. Außerdem forderte Kindler „eine Reform unserer Schuldenregeln“. Man dürfe nicht an alten Dogmen festhalten. Der CDU-Haushälter Eckhardt Rehberg stimmte auf schwierige Zeiten ein: „Die größte Kraftanstrengung wird sein, die Schuldenbremse wieder einzuhalten.“ Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hatte zu Anfang der Debatte für seinen Nachtrag geworben. „Wir müssen dafür Sorge tragen, dass wir Unternehmen und Arbeitsplätze bis zum Ende der Krise mit Wirtschaftshilfen unterstützen können.“ Aber er räumte ein: „Die Kredite, die wir jetzt aufnehmen, werden zurückgezahlt ab 2026 alle zusammen. Das wird eine erhebliche Belastung für den Haushalt.“ Ohne faire Besteuerungsregeln werde das „niemals funktionieren.“ Annette Beutler





Hilfe aus der Dose

FORSCHUNG Ein Allheilmittel gegen Covid-19 gibt es nicht. Therapieansätze sollen gezielt gefördert werden

Forscher haben herausgefunden, dass kortisonhaltige Asthmasprays schwere Verläufe von Covid-19 verhindern können.

© picture-alliance/dpa/Christin Klose

Durch die Entwicklung von Impfstoffen sind mögliche Therapien gegen das Coronavirus in der öffentlichen Wahrnehmung etwas in den Hintergrund getreten. Wer geimpft und damit immunisiert ist, muss im Idealfall eine Ansteckung nicht mehr fürchten und nicht behandelt werden. Noch sind aber nicht so viele Menschen geimpft. Vergangene Woche sprach Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) im Gesundheitsausschuss von knapp 17 Prozent der Bevölkerung, die eine Erstimpfung erhalten hätten. Im zweiten Quartal komme die Impfkampagne richtig in Schwung, auch mit Unterstützung der nunmehr einbezogenen Hausarztpraxen. Zudem hätten die Impfzentren in den vergangenen Tagen einen Rekord erreicht mit bis zu 400.000 Impfungen am Tag. Bei aller Freude über die im Rekordtempo entwickelten Vakzine trüben inzwischen aber vereinzelt auch schlechte Nachrichten das Gesamtbild. Forscher gehen vom Verdacht nach, dass die Vektor-Impfstoffe womöglich in seltenen Fällen zu Hirnvenenthrombosen führen können. Die wenigen bekannt gewordenen Fälle betreffen die Impfstoffe von AstraZeneca sowie Johnson & Johnson aus den USA. Der US-Pharmakonzern hat nach Berichten über Sinusvenenthrombosen den Impfstoff in Europa aufgeschoben. Das Vakzin von AstraZeneca empfiehlt die Ständige Impfkommission (STIKO) derzeit nur für Personen über 60 Jahren. Personen unter 60, die bereits eine Erstimpfung mit AstraZeneca erhalten haben, sollen die zweite Impfung zwölf Wochen nach der Erstimpfung mit einem mRNA-Impfstoff (Biontech/Pfizer oder Moderna) erhalten. Trotz

zunehmender Immunisierung kann es künftig schwere Verläufe geben, die behandelt werden müssen. Bei der Therapie steht ein Durchbruch allerdings noch aus. Die meisten bisher genutzten Wirkstoffe gegen Covid-19 wurden ursprünglich zu einem anderen Zweck entwickelt. Neuentwicklungen brauchen Zeit. Unlängst sorgte eine Meldung in der medizinischen Fachzeitschrift „The Lancet“ für Aufsehen, wonach ein kortisonhaltiges Asthmaspray mit dem Wirkstoff Budesonid schwere Covid-19-Verläufe verhindern kann. In Studien war aufgefallen, dass Asthmatiker bei einer Corona-Infektion seltener einen schweren Verlauf durchmachten. Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach sprach von einer überzeugenden Studie, die womöglich ein „Game Changer“ sei. **Forschung forcieren** Nach Ansicht der FDP-Fraktion muss die Erforschung von Medikamenten gegen das Coronavirus beschleunigt werden. Sollten sich Mutationen stark verbreiten, die ein höheres Ansteckungspotenzial haben und gegen die der Impfschutz womöglich weniger wirksam sei, werde die Bedeutung von Arzneimitteln gegen Covid-19 weiter steigen, heißt es in einem Antrag (19/28434) der Fraktion, der vergangene Woche auf der Tagesordnung stand. Die Grünen verlangen in einem Antrag (19/27552), der ebenfalls beraten wurde, die Erforschung und Entwicklung von Medikamenten gegen Covid-19 auch in späteren klinischen Phasen stärker zu fördern. Christine Aschenberg-Dugnus (FDP) sagte, ein vollständig wirksames Allheilmittel gegen das Coronavirus sei noch nicht entdeckt worden. Die Suche danach müsse schnellstmöglich vorangebracht werden, denn es gelte, schwerste Verläufe, Spätfol-

gen und Todesfälle zu verhindern. „Die Forschung muss endlich den Turbo zünden.“ Emmi Zeulner (CSU) entgegnete: „Wir haben bewiesen, dass wir Deutsche auch bei der Impfstoffentwicklung schnell sein können.“ Sie hielt der FDP vor, die Arzneimittelentwicklung nicht auf Kosten der Sicherheit vorantreiben zu wollen. Bei der Entwicklung von Medikamenten komme es jedoch auf Sicherheit und Wirksamkeit an: „Das geht halt nicht mal so hopplahopp.“ Wenn es darum gehe, Studiendesigns oder die klinische Forschung zu beschleunigen, komme man an Grenzen, das ginge zulasten der Patientensicherheit. **Forschungsgelder** Nach Ansicht von Paul Podolay (AfD) ist das Krisenmanagement der Bundesregierung gescheitert. Unwissenschaftliche Maßnahmen würden der Bevölkerung als Lösungsversuche verkauft. Diese Fehlleistungen spiegeln sich auch in der Covid-Medikamentenforschung wider. Wissenschaftler kritisierten zurecht, dass seit Beginn der Pandemie von einer Milliarde Euro nur 17,5 Millionen Euro in die Entwicklung von Medikamenten geflossen sei. Der Rest gehe in die Impfstoffentwicklung. Podolay forderte, die Erprobung bereits bekannter und neuer Wirkstoffe zu beschleunigen. Martina Stamm-Fibich (SPD) räumte ein, dass in der öffentlichen Wahrnehmung die Impfstoffe dominierten. Die Entwicklung von Arzneimitteln dürfe jedoch daneben nicht vernachlässigt werden. Daher habe die Bundesregierung im Januar 50 Millionen Euro in die Entwicklung neuer Therapien gegen Covid-19 investiert. Konzepte aus der Impfstoffentwicklung könnten im Übrigen nicht einfach auf die Entwicklung von Therapien übertragen werden. Völlig aus der Luft gegriffen sei die Behauptung, die Zulassungsprozesse seien zu langsam. Die Krise habe gezeigt, dass die Behörden Prozesse sinnvoll beschleunigen könnten. **Grundlagen** Für eine weitsichtige Forschung sprach sich Petra Sitte (Linke) aus. „Das nächste Virus, die nächste Zoonose kommt bestimmt.“ Daher sei eine vorausschauende Planung wichtig und Aufmerksamkeit für solche Krankheiten, die derzeit noch keine Schlagzeilen machten. In der Gesundheitsforschung sei ein langer Atem nötig und Grundlagenforschung, etwa zu seltenen Erkrankungen oder Viren, die die nächste Pandemie auslösen könnten. Aus Sicht der Grünen-Fraktion hat die Bundesregierung die medizinische Forschung sträflich vernachlässigt. Kai Gehring (Grüne) warf der zuständigen Ministerin Anja Karliczek (CDU) Versäumnisse und Fehleinschätzungen vor. Die Medikamentenforschung hätte parallel zur Impfstoffforschung forciert werden müssen. Auch sei das Wissen über Langzeitfolgen von Covid-19 zu gering. Gehring betonte: „Impfen, Testen, Forschen sind die Gebote dieser Stunde.“ *Claus Peter Kosfeld*

> STICHWORT

Therapien gegen Covid-19

- > Antikörper** Monoklonale Antikörper binden virale Oberflächenstrukturen. So sollen die Vermehrung des Virus und eine überschießende Immunantwort verhindert werden.
- > Remdesivir** Das ursprünglich gegen Ebola entwickelte Mittel kann bei schwer erkrankten, sauerstoffpflichtigen Covid-Patienten die Genesungszeit verkürzen.
- > Dexamethason** Das Kortikosteroid ist eine Behandlungsoption für Covid-Patienten, die eine Sauerstofftherapie brauchen einschließlich Beatmung.

Hohe Standards für Medizinprodukte

GESUNDHEIT Mehr Patientensicherheit bei der Nutzung von Implantaten. Anpassungen an EU-Verfahrensregelungen

Nach der Corona-bedingten Verschiebung des Geltungsbeginns der EU-Verordnung 2017/745 über Medizinprodukte hat der Bundestag in der vergangenen Woche einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des sogenannten Medizinprodukte-recht-Durchführungsgesetzes (MPDG) (19/26942) beschlossen. Damit werden Anpassungen im MPDG und weiteren Gesetzen vorgenommen, die infolge der Verschiebung notwendig wurden. Für die in den Ausschussberatungen noch veränderte Vorlage (19/28517) votierten neben Union und SPD auch die Grünen, FDP, AfD und die

Linksfraktion enthielten sich. Der Geltungsbeginn der Verordnung 2017/745 wurde vom 26. Mai 2020 um ein Jahr auf den 26. Mai 2021 verschoben. Die EU-Verordnung 2017/746 zu in-vitro Diagnostika soll im Mai 2022 in Kraft treten. Die jetzt beschlossene Novelle sieht einige zusätzliche Änderungen im MPDG vor. **Sicherheitsstandards** Das Gesetz dient der Anpassung an EU-Verordnungen. Ziel der Reform ist ein reibungslos funktionierender Binnenmarkt für Medizinprodukte sowie hohe Standards für die Qualität und Sicherheit von Medizinprodukten. Die Änderungen betreffen unter anderem Übergangsvorschriften, Meldepflichten des Prüfers oder Hauptprüfers an den Sponsor einer klinischen Prüfung, Verfahrensregelungen für die Risikobewertung von Medizinprodukten, die im Eigentum des Patien-

ten sind und eine Regelung der zuständigen Marktüberwachungsbehörde für über das Internet angebotene Produkte. **Patientenrechte** Der CDU-Abgeordnete Dietrich Monstadt äußerte sich zufrieden und erklärte, mit den Neueregungen würden hohe Standards für Qualität und Sicherheit von Medizinprodukten erreicht. Er erinnerte daran, dass mehr als 500.000 solche Produkte neu zertifiziert würden. Auch die Benannten Stellen, die für die Zulassung zuständig sind, benötigen eine neue Akkreditierung. Derzeit stünden 20 Benannte Stellen zur Verfügung, künftig sollen es 40 sein. Als wichtige Verbesserung benannte Monstadt die gestärkten Rechte von Patienten, wenn es darum geht, Medizinprodukte im Eigentum der Patienten zu untersuchen. Vor einer in der Regel zerstörenden Untersuchung müsse künftig die

Einwilligung der Patienten eingeholt werden. Zur Beweissicherung seien Fotodokumente vorgesehen. Das führe zu mehr Patientensicherheit. Martina Stamm-Fibich (SPD) ergänzte, bisher seien potenziell fehlerhafte Medizinprodukte ohne Einverständnis der Patienten untersucht worden. Damit sei es für Betroffene unmöglich gewesen, Fehler am Produkt nachzuweisen. Der Nachweis sei aber wichtig, um Ansprüche vor Gericht durchzusetzen. **Defizite** Robby Schlund (AfD) sagte, das Medizinprodukterecht sei vor allem für ältere Menschen wichtig, die geschützt werden müssten. Die Reform enthalte viele kluge Regelungen, allerdings seien nicht alle Defizite behoben worden, die in der Anhörung deutlich geworden seien. Das monierte auch der FDP-Abgeordnete Wieland Schinnenburg und begründete damit die Enthaltung seiner Fraktion bei einem ansonsten richtigen und nötigen Gesetz.



Implantate müssen sehr langlebig sein.

Disput über Alternativen

RECHT Streit um Lockdown-Politik der Bundesregierung

Die AfD-Fraktion ist mit einem Antrag für alternative Maßnahmen zur Lockdown-Politik der Bundesregierung (19/28447) bei allen anderen Fraktionen auf heftigen Widerstand gestoßen. Redner von Union, SPD, FDP, Linken und Grünen warfen der AfD in der Debatte vergangene Woche vor, falsche Behauptungen aufzustellen und nicht konstruktiv zur Bekämpfung der Corona-Pandemie beizutragen. Zuvor hatte Thomas Seitz (AfD) den Antrag begründet und erklärt, der Bundesregierung falle außer dem Lockdown nichts ein. Zudem umgebe sie sich nur mit Beratern, denen auch nichts anderes einfallt. Der Bundestag als Gesetzgeber könne aber nicht dauerhaft entmachtet werden. Seitz warf der Bundesregierung vor, mit dem Endlos-Lockdown „ihr Versagen“ verschleiern zu wollen. **Expertenkommission** Der Antrag der AfD-Fraktion sieht vor, dass der Bundestag eine von der Bundesregierung und dem Robert-Koch-Institut (RKI) unabhängige Expertenkommission einrichtet, die das Parlament bei der Wahrnehmung seiner legislativen Tätigkeit, staatliche Handlungsmöglichkeiten als Alternativen zum Lockdown zu entwickeln, unterstützt. Der Kommission sollen Personen aus der Praxis sowie Experten aus der Wirtschaft angehören.

Karin Maag (CDU) bezeichnete den Antrag als „Zurmutung“. Der AfD gehe es offenbar nicht um einen konstruktiven Diskurs. Die Partei habe sich klar auf die Seite der Corona-Leugner gestellt. Hilde Mattheis (SPD) sagte, der Antrag der AfD sei wie alle anderen der Fraktion skurril und rechtspopulistisch. Wenn die AfD das Testen als Irrweg abtue, sei sie keine ernstzunehmende Opposition. Wieland Schinnenburg (FDP) merkte an, alle Fraktionen des Bundestags mit Ausnahme der AfD strengen sich seit einem Jahr legislativ an und machten konkrete Vorschläge. Was dagegen von der AfD komme, sei Hilfe für das Corona-Virus. Der Linken-Abgeordnete Friedrich Straetmanns betonte, es sei wichtig, in der Pandemie über Alternativen zur Politik der Bundesregierung zu reden. Das sei aber auch die einzige Übereinstimmung mit dem Antrag der AfD-Fraktion. Diese scheine vergessen zu haben, dass sie selbst Teil des Bundestages sei und damit eigene Gesetzesinitiativen einbringen könne. Manuela Rottmann (Grüne) bemerkte, ihr falle es bei dem Antrag schwer, die Redezeit sinnvoll zu füllen. „Tiefer als mit diesem Antrag kann man eigentlich nicht mehr fliegen“, sagte sie. Für die AfD seien unabhängige Experten Leute, die das vertreten, was die Partei hören wolle. *Michael Wojtek*

»Hilfeschrei« des DOSB

SPORT Angebote für Kinder trotz Pandemie gefordert

Andreas Silbersack macht sich Sorgen. Wenn Kinder und Jugendliche sich im Lockdown daran gewöhnen, von früh bis abends vor dem Computer zu sitzen, „verabschieden sie sich von Bewegung“, sagte der für Breitensport zuständige Vizepräsident des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) vergangene Woche vor dem Sportausschuss. Benötigt werde eine Privilegierung der bis 14-Jährigen, damit sie wieder Sport treiben können. „Wir produzieren ansonsten eine verlorene Generation“, warnte er in seinem „Hilfeschrei“. Der halbe Tag nach der Bundestagsdebatte am folgenden Tag nach, bei der es vor allem um einen neuen Goldenen Plan für den Sportstättenbau ging, aber eben auch um das von Silbersack angesprochene Problem. Die Sportpolitiker aller Fraktionen, das wurde deutlich, teilen sowohl den Befund als auch die Forderungen des DOSB-Vizepräsidenten. Eberhard Gienger (CDU) betonte: „Wir setzen uns bei den Beratungen um das neue Infektionsschutzgesetz für differenzierte Ausnahmen im Sport von Kindern und Jugendlichen ein.“ Die lange fehlenden Bewegungsangebote in Vereinen und Schulen verstärkten die bekannten Probleme wie Übergewicht, schlechte Kondition und schlechte Koordination, sagte er. Jörn König (AfD) verlangte die Öffnung der Fitnessstudios und des Vereinssports. Dies sei in Coronazeiten notwendig, denn je „Sport ist Teil der Lösung und stärkt das Immunsystem“, betonte er. Mahmut Özdemir (SPD) sagte, wenn Kindern nach fünf, sechs Stunden Home-schooling gesagt werden müsste: Du darfst einmal um den Block spazieren, aber du darfst keinen Sport treiben, könne er nur feststellen: „Das geht so nicht.“ Den Sport differenziert zu betrachten, forderte Britta Dassler (FDP). Statt automatische Verbote brauche es eine Prüfung, „wie wir Sport an der frischen Luft ermöglichen können, auch in Kleinstgruppen“. Gerade im Freien ist das fast durchgängige Verbot von Schul- und Vereinssport aus Sicht von Andre Hahn (Die Linke) „unangemessen und kontraproduktiv“. Erhard Grundl (Grüne) gab dem Unions-Abgeordneten Gienger Recht. Die „sogenannte Coronanotbremse“ müsse der positiven Bedeutung des Sports im Außenbereich Rechnung tragen. „Ich hoffe, das wird auch von Ihrer Fraktion insgesamt so gesehen“, sagte Grundl. *Götz Hausding*

Wie Übergewicht, schlechte Kondition und schlechte Koordination, sagte er. Jörn König (AfD) verlangte die Öffnung der Fitnessstudios und des Vereinssports. Dies sei in Coronazeiten notwendig, denn je „Sport ist Teil der Lösung und stärkt das Immunsystem“, betonte er. Mahmut Özdemir (SPD) sagte, wenn Kindern nach fünf, sechs Stunden Home-schooling gesagt werden müsste: Du darfst einmal um den Block spazieren, aber du darfst keinen Sport treiben, könne er nur feststellen: „Das geht so nicht.“ Den Sport differenziert zu betrachten, forderte Britta Dassler (FDP). Statt automatische Verbote brauche es eine Prüfung, „wie wir Sport an der frischen Luft ermöglichen können, auch in Kleinstgruppen“. Gerade im Freien ist das fast durchgängige Verbot von Schul- und Vereinssport aus Sicht von Andre Hahn (Die Linke) „unangemessen und kontraproduktiv“. Erhard Grundl (Grüne) gab dem Unions-Abgeordneten Gienger Recht. Die „sogenannte Coronanotbremse“ müsse der positiven Bedeutung des Sports im Außenbereich Rechnung tragen. „Ich hoffe, das wird auch von Ihrer Fraktion insgesamt so gesehen“, sagte Grundl. *Götz Hausding*

Debatte zu AfD-Anträgen

CORONA Bundestag berät mehrere Initiativen der Fraktion

Mit mehreren Anträgen der AfD-Fraktion für Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise hat sich der Bundestag am vergangenen Freitag befasst. Einen Antrag (19/27849) zur erleichterten Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen lehnte der Bundestag mit der Mehrheit der übrigen Fraktionen ab. Darin hatte die AfD für den Fall von Umsatzeinbrüchen aufgrund der COVID-19-Maßnahmen gefordert, die Möglichkeit einer solchen Stundung einzuführen. Dies sollte durch Änderungen im Vierten Buch Sozialgesetzbuch möglich gemacht werden. Ferner sollte geprüft werden, inwiefern im Bedarfsfall aus dem Bundeshaushalt zinsfreie Darlehen oder Kredite an die Sozialversicherungen vergeben werden können, um deren finanzielle Überlastung zu vermeiden.

Zwei weitere Anträge wurden zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen. In einem Antrag (19/28450) fordert die Fraktion, das Kurzarbeitergeld in den Jahren 2020 und 2021 nicht dem Progressionsvorbehalt nach dem Einkommensteuergesetz zu unterwerfen. Zudem verlangt sie, den Katalog des Paragraphen 32b des Einkommensteuergesetzes dahingehend zu prüfen, ob weitere Leistungen in den Jahren 2020 und 2021 von der Besteuerung ausgenommen werden können. In einem weiteren Antrag (19/28448) spricht sich die Fraktion dafür aus, Fitnessstudios unter Einhaltung von Hygieneregulungen während der Corona-Pandemie zu öffnen. Diese leisteten einen gesundheitsrelevanten Beitrag für die Gesellschaft, heißt es zur Begründung. *che*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Der gesetzliche Mindestlohn liegt derzeit bei 9,50 Euro pro Stunde. Auch nach 45 Beitragsjahren reicht dies nicht für eine Rente oberhalb der Grundsicherung.

© picture-alliance/Geisler-Fotopress/Christoph Hardt

Rechte indigener Völker im Fokus

SOZIALES Mit breiter Mehrheit hat der Bundestag in der vergangenen Woche einen Gesetzentwurf (19/26834; 19/27894) der Bundesregierung zum Übereinkommen Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) vom 27. Juni 1989 über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern zugestimmt. Gegenstimmen gab es nur von der AfD-Fraktion.

Ziel des Übereinkommens ist es, die auf Assimilierung abzielende Ausrichtung der früheren internationalen Normen, insbesondere das IAO-Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Bevölkerungsgruppen von 1957, abzulösen und die Bestrebungen dieser Völker anzuerkennen, Kontrolle über ihre Einrichtungen, ihre Lebensweise und ihre wirtschaftliche Entwicklung auszuüben. Das Übereinkommen ist am 5. September 1991 in Kraft getreten. Durch das Vertragsgesetz sollen nun die Voraussetzungen für die Ratifikation des Übereinkommens durch Deutschland geschaffen werden.

Kerstin Griese (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, betonte: „Wir sprechen hier von mehr als 370 Millionen Menschen. Sie stellen rund fünf Prozent der Weltbevölkerung, gleichzeitig aber 15 Prozent der in Armut lebenden Menschen.“

René Springer (AfD) lehnte das Gesetz klar ab: „Ein Gesetz, das vorgibt, etwas zu schützen, das es bei uns gar nicht gibt, brauchen wir nicht.“ Carl-Julius Cronenberg (FDP) erwiderte: „Dennoch ist es wichtig, die Konvention zu ratifizieren. Wie sonst könnte die Bundesregierung ihre Anliegen vor Ort adressieren?“ Margarete Bause (Grüne) ergänzte: „Wenn Ökosysteme vernichtet werden, von denen unser aller Klima- und Artenvielfalt abhängig ist, dann geht uns das an.“

Martin Patzelt (CDU) verwies auf die „bemerkenswerte Rolle“ indigener Völker für den Kampf gegen den Klimawandel. Darin müssten sie noch viel stärker unterstützt werden. Eva-Maria Schreiber (Die Linke) betonte, eine bloße Ratifizierung reiche nicht, die Bundesregierung müsse das Selbstbestimmungsrecht indigener Völker endlich ernst nehmen, zum Beispiel beim Naturschutz. **che**

Die Höhe des Niedrigsten

MINDESTLOHN Linke und Grüne fordern mehr Flexibilität für die Erhöhung der Lohnuntergrenze

Andere Zeiten: Anfang 2005, der Sozialdemokrat Gerhard Schröder war noch Bundeskanzler, als er vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos verkündete: „Wir haben einen der besten Niedriglohnssektoren, den es in Europa gibt, aufgebaut.“ Zehn Jahre später trat, nach jahrelangen erbitterten Diskussionen, ein gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland in Kraft, um die niedrigsten dieser niedrigen Löhne etwas anzuheben, auf 8,50 Euro je Stunde. Heute liegt der Mindestlohn bei 9,50 Euro und schon lange plädieren Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände für einen „armutsfesten“ Mindestlohn in Höhe von zwölf Euro. Im Oppositionslager sind sich Linke und Grüne darüber längst einig, und auch die SPD hat eine solche Anhebung für 2022 als Ziel formuliert. Denn nach einem Jahr Corona-Pandemie zeigt sich, dass insbesondere niedrige Einkommensgruppen unter Einbußen leiden. In der Mindestlohn-Debatte der vergangenen Woche zu drei Anträgen von Linken und Grünen wurde dieser Punkt ebenfalls als Argument für eine Erhöhung ins Feld

»Grüne und Linke wollen die Mindestlohnkommission austricksen.«

Peter Weiß (CDU)

geführt. In den zwei Linken-Anträgen (19/27319; 19/20030) und dem Grünen-Antrag (19/22554) geht es aber um mehr. Beide Fraktionen fordern, die Mindestlohnkommission einen größeren Handlungsspielraum bei der Festsetzung der Lohnuntergrenze zu gewähren. In der Kommission entscheiden Tarifpartner und Wissenschaftler, orientiert an den jüngsten Tarifabschlüssen, über eine Erhöhung. Dies ist für die Antragsteller ein zu enges Korsett, sie fordern eine Reform der Kommissionsarbeit.

Union, FDP und AfD lehnten es unter Verweis auf die Tarifautonomie klar ab, in die Arbeit der Kommission einzugreifen. Die SPD unterstützt die Forderung dagegen. Susanne Fersch (Die Linke) ließ das Argument einer politischen Lohnfestsetzung nicht gelten. „Dass Menschen von ihren Löhnen nicht leben können, ist eine Folge politischer Entscheidungen in diesem Haus. Erst die Deregulierung des Arbeitsmarktes hat die Gewerkschaften und Beschäftigten geschwächt.“ Deswegen sei die Tarifbindung überhaupt erst in den freien Fall gekommen und ein gesetzlicher Mindestlohn nötig geworden, betonte sie.

politischen Lohnfestsetzung nicht gelten. „Dass Menschen von ihren Löhnen nicht leben können, ist eine Folge politischer Entscheidungen in diesem Haus. Erst die Deregulierung des Arbeitsmarktes hat die Gewerkschaften und Beschäftigten geschwächt.“ Deswegen sei die Tarifbindung überhaupt erst in den freien Fall gekommen und ein gesetzlicher Mindestlohn nötig geworden, betonte sie.

Beate Müller-Gemmeke (Grüne) hielt eine Erhöhung des Mindestlohns deshalb für nötig, weil dieser sehr niedrig gestartet sei. „Nun ist es Zeit, Millionen Beschäftigten, die in systemrelevanten Berufen arbeiten, über die Armutsschwelle zu heben.“ Die Mindestlohnkommission dürfe sich nicht nur an der Tarifentwicklung orientieren, forderte sie.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) plant ebenfalls, den Mindestlohn künftig am mittleren Lohn zu orientieren, um schneller zu einer Erhöhung zu kommen. Auch die EU-Kommission arbeitet derzeit an einem rechtlichen Rahmen für europäische Mindestlöhne, die sich an den jeweiligen Durchschnittslöhnen der Länder orientieren sollen.

Freiheit der Kommission Peter Weiß (CDU) betonte, zum Erfolg der sozialen Marktwirtschaft gehöre eine starke Position von Tarifpartnern, und dies komme in der Besetzung der Mindestlohnkommission zum Ausdruck. „Die Anträge von Grünen und Linken sind nichts anderes als der Versuch, die Mindestlohnkommission auszutricksen und politisch einen Mindestlohn festzulegen“, sagte Weiß. Er wies die Auffassung strikt zurück, wonach die Kommission nicht frei in ihren Entscheidungen sei. Diese sei nicht so strikt an die Tarifentwicklung gebunden, wie es die Anträge suggerierten.

Es sei an der Zeit für eine Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro, befand dagegen Bernd Rützel (SPD). „In der Pandemie haben wir doch gesehen, dass bei jenen, auf die es ankommt, am wenigsten ankommt. Das ist ein Problem“, bekräftigte er. Nach sieben Jahren Mindestlohnkommission habe sich der Mindestlohn gerade einmal um einen Euro pro Stunde erhöht. Das zeige, die Kommission brauche mehr Spielraum, sagte Rützel.

Uwe Witt (AfD) betonte, seine Fraktion lehne die „unausgereiften“ Anträge komplett ab. Denn diese Forderungen sorgten nicht nur für einen massiven Stellenabbau, sondern auch für unbezahlbare Dienstleistungen.

Gerade für kleine mittelständische Unternehmen würden sich die Kosten dramatisch erhöhen, während gleichzeitig bei den Beschäftigten nur eine minimale Erhöhung im Portemonnaie lande.

Carl-Julius Cronenberg (FDP) lobte: „Der Mindestlohn ist ein Erfolg“, aber nur deshalb, weil sich die Politik nach dem Startschuss herausgehalten und alles weitere der Kommission überlassen habe. In „sozialromantischer Absicht“ wollten Grüne und Linke diese Leitplanken einreißen. Er betonte, dass sich die Armut seit 2005 halbiert habe und nicht der intervenierende Staat, sondern Arbeit und Aufstieg vor Armut schütze. **Claudia Heine**

> STICHWORT

Mindestlohn

> Höhe Am 1. Januar 2021 ist der Mindestlohn von 9,35 Euro auf 9,50 Euro gestiegen. Bis zum Juli 2022 soll er stufenweise auf 10,45 Euro steigen.

> Rente Um eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu bekommen, ist bei einer Vollzeitstätigkeit ein Stundenlohn von 12,80 Euro nötig.

> Beschäftigte Rund 1,9 Millionen Beschäftigte arbeiten zum gesetzlichen Mindestlohn. Rund 20 Prozent der Beschäftigten arbeiten zum Niedriglohn (weniger als 11,50 Euro pro Stunde).



© picture-alliance/digitalzoo

Fonds für Härtefälle

ANHÖRUNG Altersarmut bei Kontingentflüchtlingen

Die Vorschläge von FDP, Linken und Bündnis 90/Die Grünen für eine bessere Alterssicherung jüdischer Kontingentflüchtlinge stoßen bei Experten auf ein überwiegend positives Echo. Das wurde in einer Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales in der vergangenen Woche deutlich, bei der ein Antrag (19/7854) der drei Fraktionen zur Diskussion stand. Sie weisen darin auf die schwierige finanzielle Lage vieler der 200.000 jüdischen Zuwanderer aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion hin und verlangen von der Bundesregierung, einen Härtefallfonds nicht nur für jene Menschen einzurichten, die vom Rentenüberleitungsprozess nach 1991 benachteiligt worden seien, sondern auch für Spätaussiedler und jüdische Kontingentflüchtlinge. Ferner soll ein Sozialversicherungsabkommen mit den betroffenen Nachfolgestaaten der Sowjetunion geschlossen werden, um einen rückwirkenden Ausgleich von Alterssicherungsleistungen zu erzielen. Auch sollen jüdische Kontingentflüchtlinge rentenrechtlich mit Spätaussiedlern gleichgestellt werden. Begrüßt wurde die Fondslösung unter anderem vom Sozialverband VdK Deutschland, der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. und dem Zentralrat der Juden in Deutschland. **che**

Der Zentralrat betont in seiner Stellungnahme, die Fondslösung müsse so ausgestaltet sein, dass sie der Lebenslage der Betroffenen angemessen sei. 30 Jahre nach Beginn der jüdischen Zuwanderung sei eine zeitnahe Lösung nötig, fordert der Verband. Thomas Puhe, Fachanwalt für Migrations- und Sozialrecht, sprach sich für eine Erweiterung des Fremdrentengesetzes (FRG) aus. Dabei würde es sich „auch um keinen Systembruch im Zuwanderungsrecht handeln, da die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler sowie die Gruppe der jüdischen Zuwanderer historisch miteinander vergleichbar sind“, führte er aus.

Kritisch bewertet wurde der Antrag dagegen unter anderem von Eckart Bomsdorf, Professor am Institut für Ökonometrie und Statistik der Universität zu Köln. Jüdische Kontingentflüchtlinge nach FRG zu behandeln, sei nicht systemkompatibel umsetzbar, heißt es in seiner Stellungnahme. Ähnlich argumentierte die Deutsche Rentenversicherung. Eberhard Eichenhofer, Professor für Sozialrecht an der Universität Jena, betonte, der Härtefallfonds führe zu einem einmaligen Geldersatz, verändere aber nicht substantiell die prekäre sozialversicherungsrechtliche Lage der jüdischen Zuwanderer. **che**

Debatte um Grundrente

RENTE Fraktionen streiten über Vorsorgemodelle

Über die Gewichtung von gesetzlicher und kapitalgedeckter Altersvorsorge haben die Fraktionen am vergangenen Freitag in einer Debatte über einen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen debattiert. Er wurde im Anschluss an die Debatte an die Ausschüsse zur Beratung überwiesen. Die Grünen fordern in dem Antrag (19/27213), die gesetzliche Rente zu stärken und eine verlässliche Altersversorgung für alle sicherzustellen. Sie fordern unter anderem eine Bürgerversicherung, deren Finanzierung über einen „Maßnahmenmix“ gesichert werden soll. Außerdem wollen die Grünen die Grundrente zu einer Garantierente weiterentwickeln.

Markus Kurth (Grüne) wies darauf hin, die Kapitalmarktrisiken seien derzeit so groß wie lange nicht. Er habe nichts gegen Aktien, aber eine kapitalmarktbasiertere Form der Altersvorsorge „muss eine freie Entscheidung der Bürger sein, die sagen, ich gehe das Risiko ein“, erläuterte Kurth. Peter Weiß (CDU) betonte, die Rentenversicherung stehe sehr gut da. Nun müsse es darum gehen, die Zusatzversicherungen wie die Betriebsrente auch bei den unteren Einkommensgruppen weiter zu verbreiten. Ulrike Schielke-Ziesing (AfD) bezeichnete den Antrag als einen „bunten Strauß schön klingender Ideen“. Nicht alle seien

schlecht, zum Beispiel die Idee für eine Bürgerversicherung. „Eine Garantierente lehnen wir jedoch ab, denn damit würden die Fehler der Grundrente noch verschärft“, sagte sie.

Ralf Kapschack (SPD) betonte, die Idee einer Bürgerversicherung sei richtig. Man dürfe aber darüber hinaus nicht vergessen, dass der Schlüssel für ordentliche Renten in ordentlichen Löhnen liege. Aktien als Vorsorgemöglichkeit dürften nur eine freiwillige Möglichkeit sein, so Kapschack. Johannes Vogel (FDP) warf den Grünen vor, mit ihrem Antrag keinen Realitätsinn bewiesen zu haben. Es sei weltfremd, sich der kapitalmarktbasiertere Altersvorsorge so zu verschließen.

Matthias W. Birkwald (Die Linke) betonte, es reiche nicht aus, das Rentenniveau der gesetzlichen Rente nur bei 48 Prozent stabilisieren zu wollen. Vielmehr sei ein Rentenniveau von 53 Prozent für eine lebensstandardsichernde Rente aus der ersten Säule der Altersversorgung nötig. **che**

Anzeige

Denn ihre Sprache verrät sie



Die Sprache der Populisten

Eine politikwissenschaftlich-politologisch-linguistische Analyse

Von Johannes Schaefer
2021, ca. 240 S., brosch., ca. 46,- €
ISBN 978-3-8487-7081-6
(Parteien und Wahlen, Bd. 25)
Erscheint im 2. Quartal 2021

Sprache konstituiert die Arena der politischen Auseinandersetzung und ist deswegen selbst Gegenstand des politischen Kampfs. Welche Sprache aber sprechen Populisten? Die Studie untersucht die Wahlprogramme der Parteien und die erste „Generaldebatte“ des 19. Deutschen Bundestags, um zu verstehen, was wirklich spezifisch für den Sprachgebrauch von Populisten ist. Ausgehend von einem weiten Sprachverständnis entwickelt sie das theoretische Konzept der Parteilandsprache und wendet eine modifizierte Variante der linguistischen Mehr-Ebenen-Diskursanalyse an. So arbeitet sie schlussendlich sechs Merkmale der Sprache der Populisten heraus.

Nomos
eLibrary www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ NOTIERT

Keine Mehrheit für den AfD-Abgeordneten Weyel

Der AfD-Abgeordnete Harald Weyel ist auch im zweiten Wahlgang nicht zum Vizepräsidenten des Bundestages gewählt worden. Auf Weyel entfielen vergangene Woche 104 Stimmen, 517 Abgeordnete votierten gegen ihn, 17 enthielten sich. Um gewählt zu werden, wären 355 Stimmen erforderlich gewesen. Der Betriebswirt hatte bereits im November 2020 im ersten Wahlgang nicht die erforderliche Zahl der Stimmen bekommen. *pk*

Immunität von Georg Nüßlein erneut aufgehoben

Der Bundestag hat in der vergangenen Woche erneut die Immunität des Abgeordneten Georg Nüßlein (fraktionslos, ehemals CDU/CSU) aufgehoben. Er genehmigte damit einstimmig den Vollzug gerichtlicher Vermögensarrest- und Durchsuchungsbeschlüsse gegen den Abgeordneten. Der Bundestag folgte einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (19/28510). Bereits am 25. Februar 2021 hatte der Bundestag den Vollzug gerichtlicher Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlüsse gegen Nüßlein einstimmig genehmigt. *pk*

Bundestag billigt Beitritt zu Europaratkonvention

Der Bundestag hat dem Beitritt Deutschlands zum „Übereinkommen des Europarats vom 3. Juli 2016 über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fußballspielen und anderen Sportveranstaltungen“ zugestimmt. Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke verabschiedete das Parlament vergangene Woche einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (19/27413). Wie die Bundesregierung in der Vorlage ausführte, löst die neue Konvention das alte Europäische Übereinkommen von 1985 über Gewalttätigkeiten und Fehlverhalten von Zuschauern bei Sportveranstaltungen ab und trägt „den aktuellen Entwicklungen im Bereich Sportgroßveranstaltungen Rechnung“. *sto*

Ausländerzentralregister soll weiterentwickelt werden

In erster Lesung hat der Bundestag vergangene Woche über den Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Weiterentwicklung des Ausländerzentralregisters“ (19/28170) debattiert. Danach soll das Ausländerzentralregister (AZR) zum führenden und zentralen Ausländerdateisystem für alle ausländerrechtlichen Fachverfahren weiterentwickelt werden mit der Folge, „dass AZR-relevante Daten nur einmal erhoben, im AZR gespeichert und auch von dort in die Fachverfahren übernommen werden können“. Künftig sollen bestimmte, bisher in den Ausländerdateien vorgehaltene Daten laut Vorlage unmittelbar an das Ausländerzentralregister übermittelt und nur noch dort gespeichert werden. *sto*

Intensivere Überprüfung von Bundeswehrsoldaten

Bundeswehrsoldaten in Verwendungen mit besonders hohen Sicherheitsanforderungen sollen zukünftig einer intensiveren und erweiterten Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden. Zudem sollen Reservisten vor Eintritt eines Reservisten in eine einfache Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden können. Dies sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung (19/28126) vor, den der Bundestag am Donnerstag in erster Lesung beraten und in den Verteidigungsausschuss überwiesen hat. Die Regierung verweist darauf, dass Soldaten in bestimmten Verwendungen über herausragende Kampffertigkeiten und andere Kenntnisse verfügen, die im Fall eines Missbrauchs großen Schaden anrichten können. *aw*

Vorstoß gegen kriminelle Handelsplattformen

Die Bundesregierung will das Betreiben krimineller Handelsplattformen im Internet unter Strafe stellen. Ein Gesetzentwurf (19/28175), den der Bundestag vergangene Woche in erster Lesung behandelte, sieht dazu die Einführung eines neuen Straftatbestands im Strafgesetzbuch vor. Dieser solle ausschließlich Plattformen erfassen, deren Zweck darauf ausgerichtet ist, die Begehung von bestimmten Straftaten zu ermöglichen oder zu fördern. *mwo*



Schulkinder der zweiten Klasse auf einem Spielplatz in Hamburg. Wie ihre Rechte im Grundgesetz festgeschrieben werden sollen, ist unter den Bundestagsfraktionen umstritten.

© picture-alliance/rtr - radio tele nord/juergen kreys

Zum Wohl der Kinder

GRUNDGESETZ Fraktionen streiten über Verankerung von Kinderrechten in der Verfassung

Eine Änderung des Grundgesetzes ist auch für den Bundestag keine alltägliche Angelegenheit. Sie ist „auch im dichten Parlamentskalender eine Besonderheit“, wie es Stephan Thomae (FDP) vergangene Woche in der Debatte über die Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung formulierte. Dies gilt „zumal, wenn es sich um den Grundrechtsteil handelt“, wie Volker Ullrich (CSU) ergänzte. Dabei sind die Hürden für eine Verfassungsänderung hoch: Sowohl der Bundestag muss also mindestens 473 Parlamentarier der Neuerung zustimmen; die Koalition von Union und SPD mit ihren knapp 400 Stimmen bräuchte mithin mindestens die FDP (80 Stimmen) mit im Boot oder die Linken (69) nebst Grünen (67); im Bundesrat wiederum ist ohne die Grünen mit ihrer Regierungsbeteiligung in elf Ländern an eine Zweidrittelmehrheit gar nicht zu denken. Dabei scheinen die Chancen der Kinderrechte für einen erfolgreichen Hürdenlauf zum Verfassungsrang auf den ersten Blick so schlecht nicht zu sein: Mit Ausnahme der AfD plädieren alle Fraktionen für eine

»Wir haben die historische Chance, etwas ganz Wichtiges für unsere Kinder zu tun.«

Christine Lambrecht (SPD), Bundesjustizministerin

Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz. Gleichwohl wird dazu noch so manches Hindernis zu nehmen sein; das zeigte die breite Oppositionskritik an der Vorlage der Bundesregierung. Die will mit ihrem Gesetzentwurf (19/28138) „die Grundrechte von Kindern im Text des Grundgesetzes besser sichtbar machen“, wie es in der Vorlage heißt, und zwar in dessen Artikel 6 (Ehe, Familie, Kinder). So sollen kinderspezifische Aspekte wie das Kindeswohlprinzip und das Anhörungsrecht des Kindes im Verfassungstext betont und dadurch die Rechtstellung von Kindern und Familien unterstrichen werden. Zugleich sollen dadurch dem Entwurf zufolge die grundrechtlichen Interessen anderer Personen nicht geringer veranschlagt werden. Insbesondere sei es ein Kernanliegen der Grundgesetzänderung, Elternrecht und Verantwortung nicht zu beschränken. Auf der Tagesordnung standen zugleich ein frisch eingebrachter FDP-Gesetzentwurf zur Änderung des Verfassungsartikels 6 (19/28440) sowie ein Grünen-Entwurf „zur Stärkung der Kinderrechte“ im Grundgesetz (19/10552) vom Juni 2019, in dem auch Die Linke einen Gesetzentwurf zur „Verankerung von Kinderrechten“ in der Verfassung (19/10622) vorgelegt hatte.

Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) betonte, mit dem Regierungsentwurf werde im Grundgesetz als dem „Mittelpunkt unseres Rechtssystems“ ausdrücklich festgeschrieben, dass die Rechte der Kinder „zu achten und zu schützen“ sind, was vor allem das Recht umfasse, sich zu „eigenverantwortlichen Persönlichkeiten“ zu entwickeln. Zweitens müsse überall da, wo Kinder betroffen sind, deren Wohl „angemessen“ berücksichtigt werden. Und schließlich werde der Anspruch des Kindes auf rechtliches Gehör im Grundgesetz verankert, damit Kinder sich äußern können, wenn Gerichte oder Behörden Entscheidungen über ihre Lebenssituation treffen. Zugleich mache der Entwurf unmissverständlich klar, dass man „keine Rechte von den Eltern hin zum Staat“ verschiebe, fügte die Ressortchefin hinzu und sprach von einer „historischen Chance, etwas ganz Wichtiges und Wertvolles für unsere Kinder zu tun“. Diese Chance solle man unbedingt ergreifen, appellierte Lambrecht „an die Kompromissbereitschaft aller“ im Haus. Fabian Jacobi (AfD) kritisierte, die von der Regierung vorgeschlagenen Grundgesetzergänzungen enthielten lediglich Verweise auf ohnehin bestehende Rechte oder blieben hinter der geltenden Kinderrechtskon-

»Wenn wir von Kinderrechten sprechen, dann müssen auch Kinderrechte drin sein.«

Stephan Thomae (FDP)

vention zurück. „Was Sie da vorschlagen“, bilanzierte er, „ist überflüssig, also sollten wir das bleiben lassen.“ FDP-Mann Thomae fand es „ein Stück zu wenig“, lediglich festzuschreiben, dass der Staat das Kindeswohl angemessen berücksichtigen muss – das müsse der Staat ohnehin immer tun. „Wenn wir von Kinderrechten sprechen, dann müssen auch Kinderrechte drin sein“, hob Thomae hervor. Dabei bekräftigte er, dass die „Erziehungshoheit der Eltern“ nicht angetastet werden dürfe: Man wolle nicht den Staat, sondern die Kinder stärken, ohne Elternrechte zu schwächen. Norbert Müller (Linke) monierte, der Regierungsentwurf trage den Stempel der Union, „die eigentlich keine Kinderrechte im Grundgesetz will“. Die UN-Kinderrechtskonvention nenne das Kindeswohl ein „vorrangig zu berücksichtigendes Gesichtspunkt“ und teile die Kinderrechte im Wesentlichen in ein Recht auf Beteiligung, ein Recht auf Förderung und ein Recht auf Schutz auf. Genau diese vier Aspekte habe die Regierung jedoch nicht umgesetzt. Auch Ekin Deligöz (Grüne) beklagte, der Gesetzentwurf der Bundesregierung falle hinter die UN-Kinderrechtskonvention zurück, zu der sich Deutschland völkerrechtlich verpflichtet habe. Auch falle er zurück

hinter die EU-Grundrechtecharta und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Die Regierungskoalition beschränke sich „auf eine überflüssige Wiederholung dessen, was sowieso schon in unserer Verfassung steht.“ »Guter Schritt« Thorsten Frei (CDU) verteidigte die Regierungsvorlage als „guten Schritt in die Zukunft“. Das Kindeswohl sei eben nicht vorrangig zu berücksichtigen, sondern angemessen, weil das Grundgesetz „keine Hierarchie der Grundrechte für die einzelnen Grundrechtssubjekte kennt“. So könne es etwa sein, dass man einen Kinderspielplatz verkleinern muss, um ein Krankenhaus vergrößern zu können. Dann sei es richtig, die einzelnen Interessen gegeneinander abzuwägen. Wichtig sei seiner Fraktion zudem, das „fein austarierte Dreiecksverhältnis von Kindern, Familie und Staat“ nicht anzufügen. Dabei stünden Kinder und ihre Eltern nah beieinander, während der Staat „in einiger Entfernung das Wächteramt übernimmt, falls das Kindeswohl verletzt wird“. Katja Mast (SPD) bekannte sich zum Ziel, „Deutschland zum kinderfreundlichsten Land in Europa zu machen“. Sie versicherte, dass die SPD „jeder Verbesserung an diesem Entwurf“ im Sinne der Kinder und ihrer Familien zustimmen werde. Für eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat brauche man aber „neben uns die CDU/CSU, Die Linke, die FDP und die Grünen.“ *Helmut Stoltenberg*

»Die tatsächliche Gleichberechtigung«

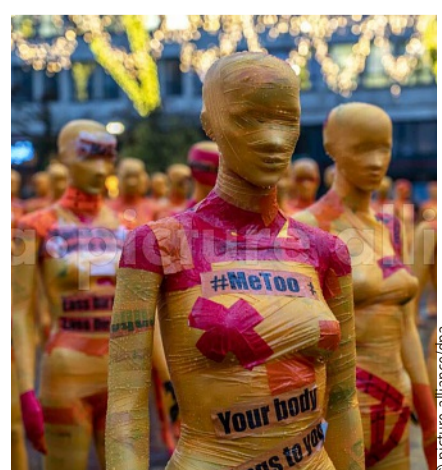
FAMILIE Bundestag beschließt Einrichtung einer Bundesstiftung Gleichstellung

Der Bund wird eine eigene Stiftung zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern einrichten. Den entsprechenden Gesetzentwurf der CDU/CSU- und der SPD-Fraktion (19/27839) verabschiedete der Bundestag am vergangenen Donnerstag in der durch den Familienausschuss geänderten Fassung (19/28521) mit den Stimmen der Koalition gegen das Votum der AfD-Fraktion. Die übrigen Oppositionsfraktionen begrüßten die Einrichtung der Stiftung zwar prinzipiell, enthielten sich jedoch. FDP, Linke und Bündnis 90/Die Grünen monierten unter anderem den zu geringen Beratungszeitraum der Gesetzesvorlage. Die Stiftung mit Sitz in Berlin soll die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft fördern, durch Service und Beratung von Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft bei der Entwicklung von Lösungsansätzen und deren Umsetzung helfen, Forschungslücken identifizieren und bei Bedarf Forschungsaufträge vergeben sowie Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichstellung entwickeln. Union und Sozialdemokraten begründen die Stiftung mit dem Auftrag des Grundgesetzes in Artikel 3, demzufolge Frauen und Männer gleichberechtigt sind und der Staat die „tatsächliche Gleichbe-

rechtigung“ fördert sowie auf die „Beseitigung bestehender Nachteile“ hinwirkt. Die Kosten der Stiftung werden für 2021 auf 3,2 Millionen Euro und ab 2022 auf rund 5,2 Millionen Euro jährlich beziffert. Entgegen dem ursprünglichen Gesetzentwurf soll das doppelköpfige Direktorium der Stiftung nicht paritätisch mit einer Frau und einem Mann besetzt werden, sondern „mit zwei Personen unterschiedlichen Ge-

schlechts, darunter einer Frau“. Demnach ist die Besetzung einer der beiden Direktoriumsstellen durch eine nicht-binäre Person möglich. Auf diese Formulierung hatten sich die Koalitionsfraktionen in einem Änderungsantrag geeinigt, den der Familienausschuss einen Tag vor der Gesetzesverabschiedung annahm.

Oppositionskritik Linke und Grüne monierten die Änderung. Die Formulierung schließe zwar eine verpflichtende Männerquote aus, verhindere die Besetzung einer der beiden Posten mit einem Mann aber auch nicht. Dies sei angesichts der Tatsache, dass sich vor allem Frauen mit dem Thema Gleichstellung auseinandersetzen würden, höchst problematisch. Ebenfalls kritisch bewerten Linke, Grüne auch die FDP, dass der Stiftungsrat ausschließlich mit Bundestagsabgeordneten und Vertretern des Familienministeriums besetzt werden sollen. Dies gefährde die politische Unabhängigkeit der Stiftung. Die AfD wiederum lehnte die Stiftung prinzipiell ab. Während hunderttausende von Gewerbetreibenden in der Coronapandemie um ihre Existenz kämpfen müssten, wolle die Koalition Millionenbeträge für „feministische Ideologienprojekte“ ausgeben. *Alexander Weinlein*



Wanderausstellung: Die Installation „Broken“, des Künstlers Dennis Josef Meseg, gegen Gewalt gegen Frauen.

»Frauenhass« im Netz

INNERES Oppositionsanträge zu digitaler Gewalt abgelehnt

Die Fraktionen von FDP, Linken und Grünen sind im Bundestag mit Vorstoßen zur Bekämpfung digitaler Gewalt gegen Frauen gescheitert. Ein FDP-Antrag mit dem Titel „Frauenrechte im digitalen Raum schützen und geschlechterspezifische digitale Straftaten stärker bekämpfen“ (19/27185) fand vergangene Woche ebenso keine Mehrheit wie eine Linken-Vorlage zu digitaler Gewalt gegen Frauen (19/25351) und ein Grünen-Antrag, „Hasskriminalität und andere Formen von Gewalt gegen Frauen“ wirksam zu bekämpfen (19/24382). Auch eine Grünen-Vorlage zu „Dunkelfeld-Opferbefragungen“ (19/5894) wurde abgelehnt. In der Debatte betonte Digitalstaatsministerin Dorothee Bär (CSU), dass es „Frauenhass“ in vielen Ausprägungen gebe, zu denen auch die Androhung von Straftaten in sozialen Netzwerken und Cyberstalking zählten. „Virtuelle Gewalt ist Gewalt im Hier und Jetzt“ und werde von der Bundesregierung „mit aller Macht bekämpft“. Wichtig sei ihr, frauenfeindliche Straftaten in den polizeilichen Statistiken künftig besser zu erfassen und auszuwerten. Susanne Mittag (SPD) verwies auf das drohende Gewaltpotenzial „sich radikalisierender Frauenhasser im Netz“. Aber auch in der realen Welt habe sich „die Bandbreite verändert – von Stalking, Misshandlungen,

psychischer Gewalt bis zu Folter und Mord“. Axel Müller (CDU) sagte, Gewalt gegen Frauen geschehe körperlich, sexuell, psychisch oder digital. Digitale Erscheinungsformen seien etwa das herabwürdigende Bloßstellen im Netz oder das Ausspähen von Frauen in ihrem Bewegungsraum oder ihren sozialen Kontakten. Cyde Jensen (FDP) mahnte, man müsse Frauen in die Lage versetzen, sich gegen Angriffe und Persönlichkeitsverletzungen im Netz besser und effektiver verteidigen zu können. Anke Domscheit-Berg (Linke) forderte eine Erweiterung der Polizeilichen Kriminalstatistik, um die Formen digitaler Gewalt zu erfassen, sowie mehr Forschung „vor allem im Dunkelfeld“. Auch brauche es etwa besser ausgestattete und qualifizierte Beratungsstellen. Irene Mihalic (Grüne) nannte es „völlig unverständlich“, dass Hassstrafaten gegen Frauen in der Statistik zur politisch motivierten Kriminalität „noch nicht einmal gesondert erfasst werden“. Beatrix von Storch (AfD) betonte demgegenüber, eine Auswertung der Weltgesundheitsorganisation über häusliche Gewalt in 48 Staaten sei zu dem Ergebnis gekommen, „dass die Gewalt in nicht-westlichen Ländern zehnmal höher ist als in unseren westlichen Staaten“. *sto*

KURZ NOTIERT

Anlegerschutz vor Kapitalmarkt-Investitionen

Die Bundesregierung will Anleger besser vor zweifelhaften Kapitalmarkt-Investments schützen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf (19/28166) hat der Bundestag in der vergangenen Woche an den Finanzausschuss zur weiteren Beratung überwiesen. Der Entwurf sieht vor, dass der Vertrieb von Vermögensanlagen künftig stärker reguliert wird. Zudem sollen die Kontroll-Kompetenzen der Finanzaufsicht erweitert werden. Das Gesetz verbietet künftig sogenannte Blindpool-Anlagen, also Finanzanlagen, bei denen die konkreten Anlageobjekte bei der Prospekterstellung noch nicht feststehen.

Mehr Transparenz gegen Geldwäsche

Der Bundestag hat in der vergangenen Woche über Maßnahmen gegen Geldwäsche diskutiert. Um letztere sowie die Finanzierung von Terrorismus zu bekämpfen, soll die Transparenz über deutsche Gesellschaften und ihre wirtschaftlich Berechtigten erhöht werden. Die Bundesregierung hat dazu einen Gesetzentwurf (19/28164) vorgelegt, der nun im Finanzausschuss weiter debattiert wird. Der Entwurf eines Transparenzregister- und Finanzinformationsgesetzes sieht einen erleichterten Informationsaustausch vor. Anlass ist die nach der EU-Geldwäscherichtlinie vorgesehene Vernetzung der Transparenzregister der EU-Mitgliedstaaten.

Munitionsaltlasten auf dem Meeresboden

Die Bundesrepublik soll sich nach dem Willen der Fraktionen von FDP und Bündnis 90/Die Grünen des Problems der Munitionsaltlasten auf dem Meeresboden annehmen. In einem gemeinsamen Antrag (19/26339) fordern die beiden Fraktionen die Bundesregierung auf, eine umfassende Strategie für die vollständige Bergung und umweltverträgliche Vernichtung von Munitionsaltlasten in der deutschen Nord- und Ostsee zu entwickeln. Nach Angaben der Antragsteller liegen auf dem Meeresboden der deutschen Nord- und Ostsee schätzungsweise etwa 1,6 Millionen Tonnen an Munitionsaltlasten aus den beiden Weltkriegen. Die Vorlage soll nach einer Debatte im Bundestag in der vergangenen Woche nun im Umweltausschuss weiter beraten werden.

Kampf gegen das Insektensterben

Ein Vorstoß der Bundesregierung, dem Insektensterben Einhalt zu gebieten, ist vom Bundestag in den Umweltausschuss zur weiteren Beratung überwiesen worden. Die Bundesregierung möchte mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (19/28182) gegen die Lichtverschmutzung vorgehen und die Liste gesetzlich geschützter Biotope erweitern. Mit dem vorgelegten Entwurf sei großer wirtschaftlicher Nutzen des zu schützenden Naturkapitals verbunden, argumentiert sie und verweist auf eine Studie, die den Wert der Bestäubungsleistung durch Insekten auf mehr als eine halbe Milliarde Euro schätzt.

Insolvenzversicherung durch Reiseversicherungsfonds

Ein Gesetzentwurf zur Insolvenzversicherung durch Reiseversicherungsfonds (19/28172) hat in der vergangenen Woche erstmals auf der Tagesordnung im Bundestag gestanden. Die Bundesregierung will mit dem Entwurf das bisherige System der Insolvenzversicherung verbessern. Hintergrund sind Schwachstellen und Gefahren wegen eines unzureichenden Deckungsschutzes. Der Entwurf sieht vor, dass die Insolvenzversicherung künftig über einen Reiseversicherungsfonds erfolgt, der als Gesellschaft mit beschränkter Haftung organisiert ist und ein Fondsvermögen verwaltet, in das die Reiseveranstalter einzahlen. Die Vorlage wird im Rechtsausschuss weiter debattiert.

Nein zu AfD-Plänen zur Kernreaktorforschung

Der Bundestag hat Plänen der AfD zur Kernreaktorforschung eine Absage erteilt. Einem entsprechenden Antrag der Fraktion (19/26898) stimmten in der vergangenen Woche in namentlicher Abstimmung 81 Abgeordnete zu. 548 lehnten den Antrag ab, zwei enthielten sich. Die AfD wollte die Forschung zu Kernreaktoren der vierten Generation vorantreiben, um die Energieversorgung in Deutschland sicherzustellen. *abl/pez*



Der Ex-Beauftragte für die Nachrichtendienste des Bundes, Klaus-Dieter Fritsche, sprach vor dem Ausschuss. © picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

Welt der Spione

WIRECARD Untersuchungsausschuss geht möglichen Kontakten von Unternehmensspitze und Geheimdiensten nach

Jan Marsalek, 31, hegt eine Faszination für Geheimdienste. Anders als andere junge Männer mit diesem Interesse hatte er jedoch auch die Chance, diese Faszination auszuleben und aktiv in der Welt der Spione mitzumischen. Marsalek war Vorstandsmitglied der Wirecard AG, einem Dax-Konzern mit vermeintlichem Milliardenumsatz und einer angeschlossenen Bank. Er hatte Zugang zu den Kreisen, in denen er echte Agenten treffen konnte. Marsalek besaß aber noch etwas viel Wertvolleres. Wirecard sitzt als Zahlungsdienstleister im Zentrum globaler Geldströme. Darin befindet sich das, wonach Geheimdienste stets suchen: Informationen. Außerdem konnte Marsalek echte Kreditkarten auf falsche Namen ausstellen lassen. Auch das ist für die Sicherheitsbehörden interessant. Diese Konstellation könnte zu einer tiefen Verstrickung Marsaleks und der Wirecard AG mit verschiedenen Geheimdiensten geführt haben. Marsalek selbst hat erweisenmaßen mit seinen Kontakten zu Spionen verschiedener Länder gepflegt. Für einen Ausschuss, der die Fehler und Verhältnisse des Regierungsapparats im Umgang mit Wirecard aufarbeiten will, ist das ein wichtiges Thema. Der 3. Untersuchungsausschuss des Bundestags hat sich daher in der vergangenen Woche zunächst eine Auswertung angeforderten Akten der deutschen Dienste vorlegen lassen. Dann hat er zwei ehemalige Geheimdienstkoordinatoren des Bundes verhört, die beide Verbindungen zu Wirecard hatten.

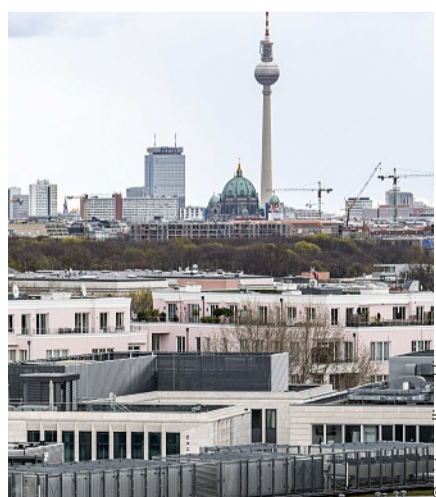
Der Sonderermittler des Ausschusses, Wolfgang Wieland (Bündnis 90/Die Grünen), berichtete den Abgeordneten über seine Sichtung der Akten von Geheimdiensten. Daraus gehen jedoch kaum Hinweise auf konkrete Berührungspunkte zwischen Wirecard und Geheimdiensten hervor. Lediglich das Bundeskriminalamt habe Kreditkarten von Wirecard verwendet – ironischerweise für Betrugsermittlungen. Der Abgeordnete Danyal Bayaz (Bündnis 90/Die Grünen) sieht den Grund für die fehlenden Belege jedoch in „schlechter Informationsübermittlung der Bundesregierung“. Jens Zimmermann (SPD) beklagte sich ebenfalls über die geringe Kooperationsbereitschaft der Regierung: „Wir bekommen hier vor allem geschwärzte Seiten vorgelegt.“ Es sei schlicht nicht realistisch, dass der BND nie von Marsalek gehört habe. Ein langjähriger Geheimdienstkoordinator des Bundes bekräftigte die Zweifel daran, ob das vorgelegte Bild vollständig war. Bernd Schmidbauer war in den 1990er-Jahren unter Kanzler Helmut Kohl die Schnittstelle zwischen den Diensten und der Regierung. „Die Dienste müssen Marsalek auf Schirm gehabt haben, sie haben ihn ja benutzt“, sagte Schmidbauer. Er selbst war 2018 auf Marsalek aufmerksam geworden. Der Unternehmer hatte gefragt, über das Produktionsverfahren für das Nervengift Nowitschok Bescheid zu wissen. Außerdem unterhalte er in Libyen gute Geschäftskontakte, obwohl – oder weil – dort ein Bürgerkrieg tobte. Der 82-jährige Schmidbauer traf sich gezielt

mit Marsalek zu einem Essen, um ihn auszufragen. Er bescheinigte Marsalek ein umfangreiches Halbwissen zur Welt der Geheimdienste. Insgesamt hielt er es für gut möglich, dass Marsaleks Beziehungen zu Agenten real waren. Diese hätten die Zugriffsmöglichkeit auf Finanzinformationen „offenbar auch genutzt“. Marsalek setzte sich nach Aufwiegen des Skandals im Juni 2020 an einen unbekanntem Ort ab. Kurz zuvor hatte sich herausgestellt, dass die Umsätze und Reichtümer von Wirecard eine Illusion waren, die Marsalek und seine Kollegen durch Tricks vorgetäuscht hatten. Ein weiterer Ex-Geheimdienstkoordinator bewertete die Person Marsalek anders. Klaus-Dieter Fritsche war von 2014 bis 2018 unter Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) für die Sicherheitsdienste zuständig und ist heute Lobbyist. Wirecard hatte ihn 2019 als Berater engagiert, um in Berlin „Türen zu öffnen“; mit Marsalek hatte er dabei aber nur wenig zu tun. Fritsche hält die angeblichen Geheimdienstkontakte für Prahlerei. „Leute, die wirklich mit Geheimdiensten zu tun haben, reden nicht darüber.“ Diejenigen, die darüber reden, seien umgekehrt meist nicht wirklich in die Arbeit eingebunden. Wenn sich Marsalek tatsächlich in Russland aufhalte, wie viele vermuten, dann „Gnade ihm Gott“. Denn die russischen Dienste verlangten für jede Hilfe eine konkrete Gegenleistung – und die könne er seit dem Zusammenbruch Wirecards nicht mehr liefern, so Fritsche. *Finn Mayer-Kuckuk*

Ruf nach Bundesebene

MIETEN Karlsruhe kippt Berliner Mietendeckel – Debatte über Konsequenzen

Was sich tags zuvor mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Berliner Mietendeckel angekündigt hatte, ist am vergangenen Freitag im Bundestag überdeutlich geworden: Bauen und Wohnen haben sich auf der Liste der Wahlkampfthemen ein ganzes Stück nach oben geschoben. Abgeordnete mehrerer Fraktionen nutzten eine Debatte für eine Vorschau auf ihr Trommeln für die besten Ideen zum Mieterschutz im Land. So erklärte die Linke-Abgeordnete Caren Lay, ihre Fraktion kämpfe für einen bundesweiten Mietendeckel. Der Grünen-Abgeordnete Christian Kühn wies darauf hin, dass die Karlsruher Richter nicht über den Inhalt der Berliner Regelungen geurteilt hätten, sondern lediglich über die Form. Das Gericht hatte entschieden, dass das Land Berlin nicht befugt sei, Mietrechtsbestimmungen zu erlassen. Dies sei Bundessache – was die SPD-Politikerin Mechthild Rawert zu der Aussage verleitet, niemand behindere eine soziale Weiterentwicklung des Mietrechts auf Bundesebene. Sie nannte als Ziel ihrer Fraktion etwa einen verfassungsgemäßen Mieterschutz in angespannten Wohnungsmärkten. Was man in dieser Legislatur nicht mehr schaffe, transportiere man in den Wahlkampf, kündigte Rawert an. Auch in Bezug auf den eigentlichen Anlass der Debatte, eine erste Aussprache zum Gesetzentwurf zur Reform des Mietspiegelrechts (19/26918), verwies die SPD-Abgeordnete noch auf Diskussionsbedarf: Für sie sind die geplanten Regelungen zum Heranziehen von Vergleichswohnungen Schlupflö-



Im Fokus: Der Berliner Wohnungsmarkt und das Aus des Mietendeckels

cher, die es zu stopfen gelte. Auch Lay wertete gegen die derzeit vorgesehenen Regelungen diesbezüglich; die Reform sei insgesamt ein schlechter Witz. Kühn kritisierte außerdem den Betrachtungszeitraum, der zu gering sei und forderte, Kappungsgrenzen deutlicher abzuskenken. Die AfD sah dies anders. Der Abgeordnete Udo Hemmelgarn sah in dem Entwurf einen Versuch, mit strengeren Regulierungen vom Versagen in der Baupolitik abzulenken. Für ihn sind die Vorschriften ein Weg in den Sozialismus – dabei habe das Mietendeckel-Experiment gezeigt, wohin das führe. Katha-

rina Willkomm (FDP) sagt, der Gesetzentwurf sei ein Bürokratiemonster. Ihrer Auffassung nach sollten die Daten über Finanzämter abgefragt werden, das entlaste auch finanzschwache Kommunen, die sich eine eigene Datenerhebung nicht leisten könnten. Die geplante Verlängerung des Zeitraums ist für die Abgeordnete ein „Entkoppeln von der Realität“. Zuvor hatte Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) den Gesetzentwurf als Vorlage bezeichnet, der zusammen mit einer Rechtsverordnung Klarheit schaffe sowie Qualität und Transparenz bei der Berechnung von Mietspiegeln sichere. Letztere seien ein Kernbereich für die Mietpreisberechnung. Das Gesetz verhindere Rechtsstreitigkeiten und diene somit Vermietern und Mietern gleichermaßen. Carsten Müller (CDU) stimmte letzterem Punkt zu und sah Mietspiegel ebenfalls als „entscheidende Referenz“ auf dem Markt. Er betonte, dass aus Sicht seiner Fraktion der Mietspiegel als Spiegel des Markts diene – und nicht, um den Markt zu ersetzen. Laut Gesetzentwurf, der an den Rechtsausschuss zur weiteren Beratung überwiesen wurde, sollen die Grundsätze für das Erstellen qualifizierter Mietspiegel auf das Wesentliche beschränkt werden. Die zukünftig maßgeblichen wissenschaftlichen Grundsätze sollen in einer Mietspiegelverordnung konkretisiert werden. Zur Verbesserung der Bedingungen für die Erstellung qualifizierter Mietspiegel sollen den Behörden Befugnisse zur Datenverarbeitung eingeräumt werden. *Kristina Pezzi*

Höhere Sammelquote

UMWELT Ja zu Gesetz zur Rücknahme von Elektrogeräten

Die Sammelquote von Elektro- und Elektronikgeräten soll steigen. Dazu hat der Bundestag in der vergangenen Woche einer Änderung des Elektro- und Elektronikgerätesetzes (19/26971) zugestimmt. Dem Gesetzentwurf der Bundesregierung in einer vom Ausschuss geänderten Fassung stimmten die Fraktionen CDU/CSU und SPD zu, die Opposition votierte dagegen. Abgelehnt wurden zwei Grünen-Anträge (19/16419, 19/16412). Auch ein Antrag der FDP-Fraktion (19/28429) fand keine Mehrheit. Das Gesetz sieht vor, das Netz an Rückgabestellen auszuweiten, um so die Sammelquote zu erhöhen. Letztere lag in Deutschland 2018 bei lediglich 43,1 Prozent und damit weit unter der von der EU vorgegebenen Quote von 65 Prozent der durch-

schnittlich in den drei Vorjahren in Verkehr gebrachten Elektro- und Elektronikgeräte. So sind zukünftig Lebensmitteleinzelhändler mit einer Verkaufsfläche von mindestens 800 Quadratmetern, die mehrmals im Jahr Elektro- oder Elektronikgeräte verkaufen, verpflichtet, solche Geräte zurückzunehmen. Außerdem soll es Herstellern aus Ländern außerhalb der EU nun erschwert werden, als Trittbrettfahrer ihren gesetzlichen Pflichten nicht nachzukommen. Weitere Maßnahmen dienen der Umsetzung von europarechtlichen Vorgaben der EU-Richtlinie 2012/19. Die Opposition kritisierte an den Plänen unter anderem die Belastungen für Lebensmitteleinzelhändler und warnte vor illegaler Entsorgung. *pez*

Neue Bezeichnungen

FINANZEN Gesetze zum Wertpapierrecht beschlossen

Der Bundestag hat zwei Gesetzentwürfe der Bundesregierung zum Wertpapierhandel verabschiedet. Einer betrifft das Pfandbriefgesetz, der zweite die Aufsicht über Wertpapierinstitute. Beide Gesetze setzen EU-Richtlinien um. Für den Gesetzentwurf „zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/2162 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über die Emission gedeckter Schuldverschreibungen und die öffentliche Aufsicht über gedeckte Schuldverschreibungen“ (CBD-Umsetzungsgesetz, 19/26927) stimmten in der vergangenen Woche neben den Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD die Fraktionen von FDP und Grünen, die der AfD und der Linken enthielten sich. Der Regierungsentwurf „zur Umsetzung

der Richtlinie (EU) 2019/2034 über die Beaufsichtigung von Wertpapierinstituten“ (19/26929) stieß auf Zustimmung bei den Grünen, die Fraktionen von AfD, FDP und Die Linke enthielten sich. Der erste Gesetzentwurf sieht vor, die EU-Richtlinie durch Änderungen des Pfandbriefrechts zu vollziehen. Der Bezeichnungsschutz wird ausgeweitet, und zwar um die neuen Bezeichnungen „Europäische gedeckte Schuldverschreibung“ und „Europäische gedeckte Schuldverschreibung (Premium)“. Mit dem zweiten Gesetzentwurf (19/26929) wird die Aufsicht über Wertpapierinstitute aus dem Kreditwesengesetz herausgelöst. Für kleinere Institute wird laut Regierung so eine einfache Gesetzessystematik geschaffen. *ab*

Entlastung für Kommunen

VERKEHR I Umbau von Bahnübergängen ohne Eigenbeitrag

Mit breiter Mehrheit hat der Bundestag eine weitere Entlastung von Kommunen bei den Kosten für Umbauten an Bahnübergängen und Bahnunterführungen beschlossen. Lediglich die AfD enthielt sich vergangenen Donnerstag bei der Abstimmung zu dem entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (19/27660) in der durch den Verkehrsausschuss auf Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD geänderten Fassung (19/28511). Durch die Entlastung der Kommunen von Finanzierungsbeiträgen nach dem Bundesfernstraßengesetz und dem Eisenbahnkreuzungsgesetz sollen Investitionen in die Infrastruktur für den Radverkehr sowie in das Schienennetz beschleunigt werden. Nachdem schon im vergangenen Jahr der kom-

munale Eigenbeitrag bei Kreuzungen mit Eisenbahnen des Bundes abgeschafft wurde, gilt das nun auch bei Kreuzungen kommunaler Straßen mit NE-Bahnen (nicht-bundeseigene Bahnen). Das jeweilige Bundesland soll zwei Drittel der Kosten, die entsprechende NE-Bahn ein Drittel übernehmen. Mit der Neuregelung sollen auch die Investitionsbedingungen für den Ausbau kommunaler Radwege verbessert werden, um durch eine attraktive Infrastruktur für den Radverkehr dessen Anteil am Gesamtverkehrsaufkommen zu steigern. Insbesondere für den Bau von Fahrradwegen im Bereich stillgelegter Bahnstrecken enthält das Gesetz nun die Möglichkeit, Bundeszuschüsse zu gewähren. *hau*

Im Jahr der Schiene

VERKEHR II Fraktionen streiten über Bahnpolitik

„Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe.



ICE in der Kölner Innenstadt

Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „Gut und modern“ ist aus Sicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Bahn- und Schienenpolitik der Großen Koalition. Von „vielen, vielen großen Projekten“ sprach der Minister vergangenen Donnerstag in einer Debatte zur Bahnpolitik vor dem Bundestag. Und auch davon, dass dieser Bereich der Verkehrspolitik für ihn höchste Priorität habe. Nur ist das beispielsweise für die Grünen nicht zu erkennen. „Sie bauen lieber Straßen als Schienen“, warf Matthias Gastel (FDP) ein. „G

Bildung in Corona-Zeiten

JUGEND Die FDP-Fraktion fordert von der Bundesregierung einen breiten Maßnahmenkatalog, um die Bildungschancen junger Menschen auch in der Corona-Pandemie zu gewährleisten. So spricht sie sich unter anderem für einen „Digitalpakt 2.0“ zur Weiterbildung von Lehrern im Bereich digitaler Methodik und Didaktik, für regelmäßige Schnelltests vor Schulbeginn und eine Impfperspektive für Jugendliche aus. Über den Antrag (19/28436) beriet der Bundestag erstmals am vergangenen Freitag. Mehrheitlich abgelehnt wurden in der gleichen Debatte eine Reihe weiterer Anträge der Oppositionsfraktionen zur Jugend- und Bildungspolitik. Keine Mehrheit fanden die Forderungen der Linken nach einem Soforthilfeprogramm für Bildungs- und Jugendstätten (19/20545), nach einem Investitionsprogramm in Höhe von zwei Milliarden Euro für die Kinder- und Jugendarbeit (19/20029) und gesetzlich bundesweite Mindeststandards für die Kita-Betreuung (19/20035). Ebenso abgelehnt wurden die Forderungen der Grünen nach der Ausstattung von Schulen mit Schutzmitteln, Luftfiltern, Corona-Tests sowie einem bundeseinheitlichen Stufenplan zur Öffnung des Schulbetriebs (19/27825, 19/27826). Auch die FDP-Forderung nach einem Programm zur Kompensation von Lernrückständen (19/27808) bei Schülern während der Corona-Pandemie wurde abgelehnt. **aw |**



Oliver Decker (unten) sieht in den „Hygienedemonstrationen“ während der Corona-Pandemie einen Treffpunkt unter anderem von Verschwörungstheoretikern, Antimodernisten und Rechtsextremisten. © picture-alliance/Geisler-Fotopress/Christoph Hardt/Eventpress Stauffenberg

KURZ NOTIERT

FDP will Begabtenförderung ausbauen

Die FDP-Fraktion setzt sich für einen Ausbau der Begabtenförderung und Stipendienkultur ein. In einem Antrag (19/28439), den der Bundestag ohne Aussprache in die Ausschüsse überwies, fordert sie von der Bundesregierung eine Strategie, mit der bis 2030 15 Prozent der Studierenden mit einem Stipendium ausgestattet werden könnten. Außerdem sollten mit den 13 akademischen Begabtenförderungswerken Gespräche aufgenommen werden, damit der Anteil von Erstakademikern und Personen mit Migrationshintergrund unter den Stipendiaten erhöht werden kann. **aw |**

AfD scheitert erneut bei Wahlen zu Gremien

Die AfD-Fraktion ist erneut mit ihren Wahlvorschlägen für die Besetzung diverser Gremienbesetzungen gescheitert. Der Bundestag lehnte am vergangenen Donnerstag mehrheitlich die Wahlvorschläge für die Kuratoren der „Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ (19/27278), der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld“ (19/27279), der Stiftung „Deutsches Historisches Museum“ (19/27280) und der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (19/27281). Ebenso abgelehnt wurden die Wahlvorschläge für die Stiftungsräte der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ (19/27282), der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (19/27284) sowie der Stiftung „Haus der kleinen Forscher. Seit Monaten versucht die AfD vergeblich, eine Mehrheit für die von ihr vorgeschlagenen Kandidaten im Bundestag zu bekommen. **aw |**

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
fazit-com@intime-media-services.de
Telefon 089-8585 3832



Unerfüllter Verfassungsauftrag

KIRCHEN Experten plädieren für Ablösung der sogenannten Staatsleistungen

Mehr als 500 Millionen Euro jährlich erhalten die katholische und die evangelische Kirche als Entschädigung für die Trennung der vermögensrechtlichen Entflechtung von Kirche und Staat. Dass der seit 1919 bestehende Auftrag der Weimarer Reichsverfassung zur Ablösung dieser sogenannten Staatsleistungen nun im Bundestag angegangen wird, haben die Sachverständigen in einer öffentlichen Anhörung des Innenausschusses in der vergangenen Woche ausnahmslos begrüßt. Der Bund müsse hierfür die Grundsätze gesetzlich vorgeben, zahlen müssten allerdings die Bundesländer. Die Experten bewerteten Gesetzesentwürfe, die die AfD-Fraktion (19/19649) und die Fraktionen der FDP, der Linken und Grünen (19/19273) in die parlamentarische Beratung eingebracht hatten.

Der Rechtsanwalt Michael Adam rechnete vor, dass der Gesetzentwurf der AfD zu einer Entschädigung von drei Milliarden Euro führen würde bei einem Auslaufen

der Leistungen bis Ende 2026. Nach den Vorstellungen der Liberalen, Linken und Grünen kämen mindestens 20 Milliarden Euro zusammen, weil danach die Staatsleistungen noch 20 Jahre weiterläufen würden und eine Ablösung noch oben drauf käme. Ein Grundsatzgesetz habe zumindest zwei Punkte zu regeln: Der Bund müsse festlegen, welche Rechte von der Kompensation erfasst werden sollen, und habe die maximale Höhe des sich daraus ergebenden Kompensationswerts zu bestimmen. Diese Grundsätze der Ablösung könnten nicht auf Landesebene mittels einvernehmlicher Lösungen mit den Kirchen verändert werden.

Neutralitätsgebot Der Rechtswissenschaftler Claus Dieter Classen von der Universität Greifswald argumentierte, finanzielle Dauerleistungen des Staates an die Kirchen stünden in einem gewissen Gegensatz zur Neutralität des Staates in religiösen Fragen und sollten beendet werden. Ein schwerer Nachteil des AfD-Gesetzentwurfs sei, dass er die Leistungen schlicht auslaufen lassen wolle. Das genüge nicht der verfassungsrechtlichen Vorgabe. Am Entwurf von FDP, Linken und Grünen bemängelte er eine fehlende Definition der Staatsleistungen. Dies berge die Gefahr divergieren-

Scharnier zwischen radikaler Rechter und gesellschaftlicher Mitte.

Beim Anschlag gegen die Synagoge in Halle hätte es bei einer weniger gut geschützten Tür erheblich mehr Tote geben können. Wächst der Antisemitismus?

Der vorher geäußerte Wunsch nach besserem Schutz wurde von den Behörden nicht erfüllt. Dass es diese Tür überhaupt gab, ging auf internationale Vereine zurück, die jüdische Gemeinden finanziell unterstützen. Die Tür hat Leben gerettet, nicht weil vor Ort eine besondere Sensibilität herrschte. Im Gegenteil, das Bagatelisieren durch die Landesregierung von Sachsen-Anhalt war ein niedrigschwelliger Ausdruck von Antisemitismus. Es gibt immer wieder Umwegkommunikationen über das sogenannte „Othering“, die Besonderung: Juden werden damit konfrontiert, dass sie eigentlich nicht zu Deutschland gehören.

Hat auch die Islam-Feindlichkeit zugenommen?

Die anti-muslimischen Ressentiments sind nach wie vor hoch. Nach unseren Befragungen fühlen sich mehr als die Hälfte der Ostdeutschen als Fremde im eigenen Land. Diese Einstellungen sind nicht an konkrete Erfahrungen geknüpft, im Gegenteil: Der Hass auf Migranten ist dort niedrig, wo die meisten von ihnen leben, in den westdeutschen Großstädten. Je mehr Kontakt man zu den Menschen hat, umso schwieriger wird es, das Ressentiment aufrecht zu erhalten. Die Erfahrung steht immer dem Hass entgegen.

Ein Thema der letzten Studie war die Corona-Krise. Beunruhigen Sie „Hygienedemonstrationen“?

Es kursieren Verschwörungserzählungen wie die, dass Microsoft-Gründer Bill Gates mit der Krise Geschäfte mache. Solche Aussagen erhalten hohe Zustimmungswerte, dahinter steckt der Wunsch, die Welt mit einfachen Erklärungen weniger komplex und gefährlich zu machen. Ein Teil der Demonstrierenden kommt eher aus dem alternativen Milieu, das sich in Esoterik oder Heilpraktikerinnen, Menschen, die eine abergläubige antimoderne Weltansicht haben. Es handelt sich sozusagen um eine noch nicht politisierte, gegen die Aufklärung gerichtete Verschwörungsmentalität. Natürlich ist nicht jeder, der zum Heilpraktiker geht, anfällig für antidemokratische Einstellungen, aber der Angelpunkt ist da. Und bei den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen marschieren eben auch Rechtsextreme mit, die versuchen, die Krise für ihre Zwecke zu nutzen. Die Politik hat das zum Teil mit verschuldet, durch eine Delegation der Mitbestimmung in den Parlamenten. Die Abgabe der Verantwortung an die Exekutive mag in Notlagen sinnvoll erscheinen, doch solche Debatten gehören an den Ort, der dafür geschaffen wurde.

Das Gespräch führte Thomas Gesterkamp.

Oliver Decker ist Professor für Sozialpsychologie an der Sigmund Freud Universität Berlin und Direktor des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus und Demokratieforschung an der Universität Leipzig.



Oliver Decker, Elmar Brähler (Hg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität.

Psychosozial-Verlag, Gießen 2020; 385 S., 24,90 €

KURZ REZENSIIERT

CAROLINE FOUREST
GENERATION BELEIDIGT
VON DEN SPRACHPOLITZEIEN ZUR BEGABTENPOLITIK
DIE WACHSCHWENK EINFÜHRT
LINKEN IDENTITÄREN
IM FOKUS
Caroline Fourest:
Generation beleidigt. Von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei.
Edition Tiamat, Berlin 2021; 143 S., 18 €

Zu den vielgelobten politischen Büchern des Jahres 2020 gehört die Streitschrift der französischen Journalistin und Filmemacherin Caroline Fourest. Die bekannte Feministin schreibt für „Charlie Hebdo“ und unterrichtet am Sciences Po in Paris. Im Sinne einer traditionell universalistischen Haltung will sie unser Demokratiemodell gegen linke sektiererische Identitäten verteidigen.

Die Identitären seien keine „neuen Antirassisten“, sondern „die neuen Rassisten“. So verwandle die Identitätspolitik der Linken „Antirassisten in Kultur-Taliban“. Die Publizistin protestiert gegen die Stilisierung des Schleiers zu einem Symbol der muslimischen Kultur, schließlich kämen zahlreiche Muslimes auch gut ohne ihn aus. Nachdrücklich verweist sie auf die Algerierinnen, die dafür gekämpft hätten, ihn nicht tragen zu müssen; die Iranerinnen würden dies noch heute tun, „obwohl man sie dafür einsperrt oder foltert“.

Fourest identifiziert neue Gefahrenherde für unsere Demokratie: Verantwortlich dafür sei die an den französischen und US-amerikanischen Universitäten vorherrschende Stimmung der „Mikroaggression“. Überzeugend erklärt die Autorin, warum die linke identitäre Bewegung in den USA zur Niederlage der Demokraten bei der Präsidentschaftswahl 2016 beigetragen habe: Sie habe Trump geholfen, sich als Verteidiger der Freiheit und der Rechte aller Amerikaner zu stilisieren.

Das Buch, verfasst von einer für die universellen Menschenrechte kämpfenden Publizistin, ist als Warnung auch an uns Deutsche zu lesen: Tappt nicht in die Falle der Identitätspolitik! Denkende Individuen sollten sich nicht der „Massenhysterie“ der Internetaktivisten beugen, die Kampagnen gegen „kulturelle Aneignung“ organisierten und willkürlich Opfer proklamierten. Das Buch ist ein Muss für jeden politisch interessierten Menschen und bietet argumentatives Rüstzeug. **manu |**

Michael Koß:
Demokratie ohne Mehrheit?
dtv, München 2021; 270 S., 20 €

Ein Geschenk für die Leser politischer Bücher ist die gründliche und gut lesbare Arbeit des Lüneburger Demokratieforschers Michael Koß. Sein Buch beantwortet aktuell relevante Fragen: Warum fällt es so schwer, gesellschaftliche Mehrheiten zu organisieren? Was bedeutet das für die Abstimmungen in Parlamenten und Parteien? Was kann man tun, damit politische Entscheidungen überhaupt noch zustande kommen? Und zwar so, dass sie die gesellschaftlichen Mehrheitsverhältnisse möglichst gut abbilden? Für die Nachbarländer Deutschland und Österreich hat Koß die Fragen beantwortet.

In einer detaillierten Analyse arbeitet der Wissenschaftler heraus, dass die Parteidemokratien auch im Zeitalter der sozialen Medien noch eine Zukunft haben. Allen „Unkenrufen zum Trotz“ stellt er klar: „Die Parteien waren, sind und bleiben die zentralen Akteure der demokratischen Mehrheitsbildung.“ Zugleich fordert er die politisch Verantwortlichen auf, zu verhindern, dass die Parteien „durch Plebiszite ausgehebelt“ werden. Die heutige Wahrnehmung von einer Demokratiekrise gehe maßgeblich darauf zurück, „dass hinter uns eine außergewöhnliche Phase der parteipolitischen Stabilität liegt“. Dies sei ursächlich auf die spezifische Konstellation des Kalten Krieges zurückzuführen. Die Umbrüche unserer Zeit wie Globalisierung, Europäisierung, Digitalisierung, Klimawandel, Migration und die Pandemieerfahrung stellten die Parteien vor neue Herausforderungen. Das parlamentarische Demokratiemodell werde dadurch herausgefordert. Laut Koß könne man durchaus ein „wenig Angst um die Demokratie“ haben; allerdings bestehe kein Anlass, in Panik zu verfallen oder sich gar mit den völkischen Rechten einzulassen. Stattdessen schlägt er Reformen vor, durch welche die komplexe parlamentarische Mehrheitsbildung erleichtert werden kann. Dazu gehöre auch das Wahlrecht für alle Ansässigen im Land. **manu |**

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Eine Schneise der Verwüstung zieht sich am Tag nach dem Anschlag vom 19. Dezember 2016 durch den Weihnachtsmarkt auf dem Berliner Breitscheidplatz.

© picture-alliance/Bernd von Jutrczenka/dpa

Terror unter der Lupe

FALL AMRI Drei Jahre lang spürte der Untersuchungsausschuss dem Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz nach

Manches ist ja auch gelungen. Auf den Fall des Syrers Jaber al-Bakr etwa blickt Hans-Georg Maaßen nach wie vor mit Genugtuung zurück. Seit September 2016 war das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) dem Mann auf der Spur, der schließlich festgenommen wurde, bevor er seinen Plan, den Flughafen Tegel in die Luft zu sprengen, in die Tat umsetzen konnte. Al-Bakr erhängte sich in der Zelle. Bei seinem Auftritt im Amri-Untersuchungsausschuss des Bundestages am 8. Oktober vorigen Jahres sprach der einstige Verfassungsschutzpräsident Maaßen freilich auch über Aufwand und Kosten. Er erwähnte drei Asylbewerber, deren Sympathie für die Terrororganisation des sogenannten „Islamischen Staats“ (IS) den Behörden zunächst nur durch vage Hinweise bekannt geworden sei. Es habe Monate gedauert, das Trio der Planung eines Terrorakts zu überführen. Dafür seien 22.000 Observationsstunden erforderlich gewesen, das Äquivalent der Arbeitsleistung von 137 Beamten in einem ganzen Monat. Bedenke man nun, dass im Jahr 2016 rund 1.600 Verdächtige dem „islamistisch-terroristischen Personenpotential“ zuzurechnen gewesen seien, dann sei doch klar: „Es müssen Prioritäten gesetzt werden.“

Dass Amri ein alter Bekannter war, dämmerte den Behörden schon zum Zeitpunkt seines Todes.

Zwölf Menschen haben ihr Leben verloren, weil sich ein gewisser Anis Amri in entscheidenden Momenten damals keiner behördlichen Priorität erfreute. Am Abend des 19. Dezember 2016 steuerte Amri einen 40-Tonnen schweren, mit Stahlträgern beladenen Sattelschlepper in eine Budengasse des Weihnachtsmarkts auf dem Berliner Breitscheidplatz. Elf Besucher starben. Den polnischen Fahrer hatte Amri erschossen, als er das Fahrzeug kaperte. Mehr als 130 Menschen wurden verletzt; manche trugen bleibende Beeinträchtigungen davon. Vom Täter fehlte jede Spur, bis er 80 Stunden nach dem Anschlag in Norditalien bei einem Schusswechsel mit der Polizei starb.

Alter Bekannter Dass dieser Amri ein alter Bekannter war, begann den Zuständigen zum Zeitpunkt seines Todes schon zu dämmern. Bereits im Frühjahr 2015 war er Mitbewohner im Flüchtlingsheim der Niederrhein-Stadt Emmerich als rabiaten Islamisten aufgefallen. Einer, der mit Tiraden über die Allah einzig gefällige Lebensführung nervte und mit seinen Verbindungen zum IS in Libyen prahlte. Die Information gelangte ans zuständige Ausländeramt des Kreises Kleve und von dort zur Polizei in Krefeld, die Ende Oktober 2015 einen „Prüfball Islamismus“ anlegte.

Wenig später erschien Amri auch auf dem Radar des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamts (LKA). Dort bestand seit Sommer 2015 eine Ermittlungskommission (EK) mit dem Codenamen „Ventum“. Sie befasste sich im Auftrag des Generalbundesanwalts mit einer Gruppe von Salafiten, die im Ruhrgebiet Rekruten für den Heiligen Krieg in Syrien anwarb. Ihr geistlicher Mentor war der Hildesheimer Prediger Abu Walaa. Der EK „Ventum“ war es gelungen, eine hochkarätige „Vertrauensperson“, eine „VP“ also mit der behördlichen Kennziffer 01, im Umkreis Abu Walaa unterzubringen. Dort begegnete der Informant im November 2015 Amri, der sich mit dem Gedanken trug, Schnellfeuerwaffen zu erwerben, um in Deutschland ein Attentat zu verüben. Die VP01 schlug Alarm.

„Wenn ein eingestuftes Gefährlicher in Deutschland einen Anschlag begeht, dann können die Behörden nicht sagen, wir haben alles richtig gemacht“. Ein Satz aus dem Mund des Präsidenten des Bundeskriminalamts, Holger Münch. Die Frage, was schief gelaufen ist und wo, hat seit Anfang 2017 zwei Sonderermittler und zwei Landtagsausschüsse in Düsseldorf und Berlin beschäftigt und zuletzt einen Untersuchungsausschuss des Bundestages, der in diesen Wochen sein öffentliches Wirken vorerst beendet hat. Zu klären, ob „unter Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten sachgerechte Maßnahmen ergriffen“ wurden und „wer gegebenenfalls für Versäumnisse politische Verantwortung trägt“, lautete der Auftrag. Dazu hat das Gremium in 32 Monaten 120 Mal getagt. Vernommen wurden 153 Zeugen; zusätzlich äußerten sich Ende März in einer Sondersitzung drei Sachverständige zur Spurenlage.

Schwarzer Peter Dass der Bundestagsausschuss erst gut 15 Monate nach dem Anschlag zustande kam, als die Welle der öffentlichen Erregung verebbt war, hat seiner Außenwirkung nicht gut getan. In einem breiteren Publikum fand er wenig Beachtung. Umso größer waren zunächst die Erwartungen der Überlebenden und Angehörigen der Opfer des Breitscheidplatz-Attentats. Erfüllt haben sie sich nach deren eigenem Empfinden nicht. In einem Schreiben an den Bundestag bekundeten Betroffene im April 2019 ihre Enttäuschung. Die Rede war von blockierten Beweisanträgen der Opposition, geschwätzten Unterlagen, unergiebigem Befragungen: „Wer war neben dem vermeintlichen Einzeltäter an dem Anschlag beteiligt? Weshalb wurde der Anschlag nicht verhindert, obwohl er hätte verhindert werden können und müssen? (...) Wer übernimmt für das staatliche Versagen die Verantwortung?“

Hier äußerte sich ein Verdacht, der Ende 2019 auch in einer internen Einschätzung der SPD-Fraktion die Formulierung fand: „Im kritischen Rückblick könnte man den Eindruck gewinnen, dass bisher alle beteiligten Institutionen primär damit beschäftigt waren, sich wechselseitig den schwarzen Peter im Nachgang zum Anschlag zuzuschieben.“ Das war so etwas wie die Arbeitshypothese. Es gab dafür Anhaltspunkte, Äußerungen verantwortlicher Politiker und Behördenchefs aus den ersten Wochen nach dem Attentat, an denen der Ausschuss sich während der gesamten Dauer seiner Tätigkeit abgearbeitet hat. Etwa die Erklärung des einst obersten Verfassungsschutzers Maaßen, Amri sei ein „reiner Polizeifall“ gewesen. Sie wurde ihm ebenso wenig geglaubt wie die Behauptung, seine Behörde habe im „Umfeld“ des Täters über keine Quelle verfügt. In welchem Umfeld agierte dann der V-Mann des BfV in der Fussilet-Moschee in Berlin-Moabit, von dessen Existenz eine interessierte Öffentlichkeit Anfang 2017 Kenntnis erhielt, fragten die zahlreichen Maaßen-Kritiker. In der Fussilet-Moschee war Amri während seiner Aufenthalte in Berlin regelmäßiger Gast gewesen.

Verkürzt Von Thomas de Maizière (CDU), dem damaligen Innenminister, war das Zitat im Umlauf, außer dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) habe keine Bundesbehörde mit Amri zu tun gehabt. Auch dies ein klarer Fall von Selbstabsolution, so mochte es scheinen. Tatsächlich hatte sich de Maizière anders ausgedrückt. „Wo war der Bund betroffen“, hatte seine Frage gelaute. Die Antwort: „Der Bund war betroffen insbesondere über das Bamf.“ Aber nicht nur dort. Auch im Gemeinsamen Terrorismus-Abwehrzentrum (GTAZ) der deutschen Sicherheitsbehörden, in dem der Fall Amri wiederholt zur Sprache kam, sei der Bund beteiligt gewesen und nicht zuletzt bei Amris miss-

glücktem Versuch, Deutschland im Sommer 2016 in Richtung Schweiz zu verlassen, der von der Bundespolizei unterbunden wurde. Ins öffentliche Gedächtnis geformt hat sich die Kurzfassung des Zitats. Nicht weniger ausdauernd, als er sich der Widerlegung Maaßens und de Maizières widmete, rieb sich der Ausschuss bis zuletzt an der „Einzeltäterthese“. Dass die Ermittler nach eigenem Bekunden in Berlin keinen unmittelbaren Helfer Amris hatten aufspüren können, wandelte sich in den Augen ihrer Kritiker in den Vorwurf, sie hätten sich von vornherein darauf fixiert, Amri als „einsamen Wolf“ zu sehen, zumindest nicht mit gehörigem Nachdruck nach Komplizen gefahndet. Immerhin konnten 13 DNA-Spuren am Tatfahrzeug nicht zugeordnet werden. Und bis heute ist unklar, woher Amri seine Waffe hatte und wie er auf der Flucht von Berlin nach Emmerich an der niederländischen Grenze gelangte, wo er am Morgen nach dem Attentat erstmals wieder gesichtet wurde. Eng verknüpft mit der Frage nach Mittätern war der Fall des Amri-Vertrauten Bilel ben Ammar, der den Ausschuss ebenfalls durchgehend beschäftigte. Ben Ammar hatte den Vorabend des Attentats mit Amri in einem Imbiss verbracht und war danach zehn Tage lang abgetaucht. Bis heute ist unbekannt, wo er sich aufgehalten hat. Dennoch wurde er nach zwei Vernehmungen durch das Bundeskriminalamt (BKA) Anfang 2017 abgeschoben. Die Frage war, warum. Wollte sich jemand eines Mitwissers, womöglich Mittäters, eilends entledigen? Gab es etwas zu vertuschen?

Pseudonyme Hellhörig wurden die Abgeordneten, als im Juni 2018 eine Zeugin berichtete, dass das BKA Amri bereits seit Ende 2015 auf dem Schirm hatte, und zwar als Kontaktperson einer Gruppe von terroristverdächtigen Tunesiern. Die Ermittlungen liefen unter dem Code-Wort „Lacrima“, später „Eisbär“. Dass es um die Jahreswen-

de 2015/16 gelang, den unter einer Vielzahl von Pseudonymen als Asylbewerber auftretenden Amri zu identifizieren, war ebenfalls ein Erfolg des BKA. Deutlich wurde andererseits auch, dass dort die Kompetenz der in Düsseldorf hochgeschätzten VP01 angezweifelt und Amris Gefährlichkeit geringer veranschlagt wurde als im nordrhein-westfälischen LKA. Interne Mailverkehre belegen massive Vorbehalte gegen die Düsseldorfer Kollegen mit ihrer Amri-Obsession und ihrer VP01.

BfV-Personenakte Erneut ließ im September 2018 eine Zeugin den Ausschuss aufhorchen, die offenbarte, dass es im Bundesamt für Verfassungsschutz seit Januar 2016 eine Personenakte über Amri gab. Kein „reiner Polizeifall“ also? Die Zeugin beeilte sich hinzuzufügen, der Inhalt der Akte habe nicht mehr als einen schmalen Leitz-Ordner gefüllt, und in der Folge hörte der Ausschuss Verfassungsschützer am laufenden Band, die beteuerten, „federführend“ im Fall Amri sei die Polizei gewesen, und die eigene Behörde nicht mehr als eine Nebendarstellerin. Der V-Mann des BfV in der Fussilet-Moschee habe Amri nicht einmal gekannt, sei also nicht dessen „Umfeld“ zuzurechnen.

So mochte Gilbert S., Leitender Regierungsdirektor und im Bundesamt seit 2015 mit der Abwehr radikalislamischer Bestrebungen befasst, zwar nicht mehr von einem „reinen Polizeifall“ sprechen. Er habe nie bestritten, betonte S., „dass wir uns operativ mit Amri beschäftigt haben“, indes: „Aus meiner Perspektive hat es sich um einen Sachverhalt in polizeilicher Zuständigkeit gehandelt.“ Bis zuletzt hat sich kein Zeuge gefunden, der Maaßens Behauptung in ihrem Kern öffentlich widersprochen hätte. Den Fall Ben Ammar haben die Zuständigen, wie der Ausschuss erfuhr, als Dilemma empfunden. Es war ja nicht restlos auszuschließen, dass er mit dem Anschlag doch etwas zu tun hatte, doch fehlten dafür die harten Beweise. Andererseits galt der Mann als ebenso gefährlich wie Amri selbst. Zwar war es gelungen, ihn unter dem Vorwand eines geringfügigen Sozialhilfebetrugs hinter Gitter zu bringen. Doch mit umso größerer Sorge sahen die Verantwortlichen dem Haftprüfungstermin entgegen. „Wir wollten alles in unserer Macht Stehende tun, um zu verhindern, dass Ben Ammar in Deutschland wieder auf freien Fuß kommt“, so die damalige Innen-Staatssekretärin Emily Haber. Also wurde er aus der Haft heraus abgeschoben: „Für uns war der ausländerrechtliche Umgang mit dem Fall Amri eine dramatische Warnung, wie dringlich die Durchsetzung der Ausreisepflicht bei Gefährdungen ist.“

Den Verdacht, an möglichen Komplizen Amris von vornherein nicht interessiert gewesen zu sein, haben Zeugen aus Polizei und Justiz durchweg fast mit Empörung quittiert. „Weder ich noch meine Behörde haben eine Einzeltäterthese vertreten“, betonte Ende 2020 Generalbundesanwalt Peter Frank. Es sei doch nicht so, gab Franks Kollege, Bundesanwalt Horst Rüdiger Salzmann, zu bedenken, dass Ermittler mit vorgefassten „Hypothesen“ ans Werk gingen: „Die Einzeltäterthese ist keine für einen Staatsanwalt bedeutsame Kategorie.“

Unstrittig war ohnehin, dass Amri kein Einzelgänger war. Er war im radikalislamischen Milieu vielfältig vernetzt, mit den Zielpersonen der polizeilichen Operationen „Lacrima“ und „Eisbär“, mit dem Kreis um Abu Walaa, und obendrein an der Planung eines Sprengstoffanschlags auf das Berliner Gesundbrunnenzentrum beteiligt, was deutsche Behörden allerdings erst 2018 erfuhrten. Bekannt war auch, dass Amri spätestens seit November 2016 ermutigt und angeleitet wurde von einem Mentor beim IS in Libyen, Maher D. alias Mouadh Tounsi alias Momol. Gegen ihn besteht seit 2018 ein Haftbefehl wegen Beihilfe. Doch am Tatort Berlin selbst verliefen bisher nach übereinstimmender Darstellung der Beteiligten alle Bemühungen im Sande, Komplizen ausfindig zu machen.

Amri war im radikal-islamistischen Milieu vielfältig vernetzt.

„Vermeidbar“ Wo also liegt der Schlüssel zur Erklärung des „Behördenversagens“? Hätte das Bundeskriminalamt die Ermittlungen der EK „Ventum“ an sich ziehen sollen, wie deren Leiter ins Gespräch gebracht hatte? War es die Entscheidung der Düsseldorfer, ihre Allzweckwaffe VP01 aus der engen Begleitung Amris zurückzuziehen, als dieser im Frühjahr 2016 seinen Lebensmittelpunkt nach Berlin verlegte? Würden die rechtlichen Handhaben falsch eingeschätzt, Amri wegen einer Vielzahl von Delikten hinter Gitter zu bringen? Für den Zeugen Maaßen war die Sache klar: „Der Anschlag hätte nicht stattfinden müssen. Er war vermeidbar.“ Maaßens damaliger Dienstherr vermied vor dem Ausschuss den Brustton der Überzeugung, „Alle Attentäter in Europa waren irgendwie vorher bekannt gewesen“, sagte Thomas de Maizière. „Ich wage nicht zu sagen, dass der Anschlag sicher hätte verhindert werden können.“

Winfried Dolderer



Seit dem 19. Dezember 2017 erinnert das Mahnmahl „Goldener Riss“ auf dem Breitscheidplatz an die Opfer des Anschlags.

© picture-alliance/Revierfoto/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Es ist ein Ritual, das sich ungefähr alle acht Wochen um 20 Uhr wiederholt: Emmanuel Macron spricht vor den goldverfärbten Wänden des Elysée zu seinem Volk. Unter den Blicken von rund 30 Millionen Fernsehzuschauern verkündet der Staatschef von seinem Schreibtisch aus die neuesten Maßnahmen im Kampf gegen die Corona-Pandemie. Im zentralistischen Frankreich ist klar: Der Hausherr im Präsidentenpalast entscheidet, was im Rest des Landes geschieht. Stundenlange Diskussionen mit den Präsidenten der Regionen wie die Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den Länderchefinnen und -chefs führt, sind in Frankreich nicht vorstellbar. Im Gegenteil.

Als die erste Welle das Land vor einem Jahr mit voller Wucht erfasste, erstückte Paris regionale Initiativen im Keim. Eine Bestellung von 3,6 Millionen Masken, die eine Region und ein südfranzösisches Département gemeinsam in China aufgegeben hatten, ließ die Präfektin der ostfranzösischen Region Grand Est als Vertreterin des Zentralstaats am Flughafen Basel-Mulhouse von der Armee beschlagnahmen. Dabei hatte es die Regierung vorher versäumt, genügend Lagerbestände an Masken vorzuhalten. „Die auf den Staat ausgerichtete zentralisierte Organisation war der Situation nicht angepasst“, gab der frühere Minister François Bayrou, ein enger Vertrauter Macrons, hinterher zu. „Wenn man etwas aus der Krise lernen kann, dann die Tatsache, dass die lokalen Initiativen viel wirksamer sind, um auf Unvorhergesehenes zu reagieren“, sagte er der Zeitung „Figaro“.

Neidisch schauten die Französinnen und Franzosen im vergangenen Jahr auf Deutschland, das mit seinem föderalen System besser durch die Krise zu kommen schien. Noch heute gehört Frankreich mit mehr als 100.000 Toten zu den am meisten betroffenen Ländern. Doch die täglichen Totenzahlen liegen nicht mehr so weit auseinander und auch beim Impfen sind Deutschland und Frankreich auf einem ähnlichen Niveau. Den Einfluss, den die Bundesländer in Deutschland auf die Entscheidungen ausüben, sehen die Nachbarn inzwischen mit Befremden. „Die Länder kochen ihre eigene Suppe und die Situation wird durch die bevorstehenden Wahlen noch verschärft“, kritisiert der Abgeordnete der Regierungspartei La République en Marche (LREM), Christophe Arend, in der Zeitung „Le Monde“.

„Der französische Zentralstaat hat den Vorteil, schnell landesweit reagieren zu können“, sagt Stefan Seidendorf vom Deutsch-Französischen Institut in Ludwigsburg. In Deutschland könne dagegen auf die regionalen Besonderheiten eingegangen werden. „Ich wäre sehr vorsichtig damit zu sagen, dass das eine System besser funktioniert hat als das andere.“

Blick über die Grenze Dennoch wird gerne verglichen und die französische Regierung nimmt Deutschland inzwischen als abschreckendes Beispiel her. Vor allem, wenn es um die Schulen geht, die Frankreich bis Anfang April offen hielt, während in Deutschland die Kinder monatelang zu Hause lernten.

Für die französische Opposition ist der Blick über die Grenze aber auch eine Gelegenheit, die einsamen Entscheidungen des Präsidenten zu kritisieren. „Denkt der Präsident, dass er intelligenter ist als die deutsche Bundeskanzlerin, die sieben Stunden mit dem Landeschef diskutiert, um einen Konsens zu finden?“, fragte die sozialistische Fraktionschefin Valérie Rabault Anfang April in der Nationalversammlung. Macron, der Ende Januar gegen die Empfehlung der Wissenschaftler einen dritten Lockdown ablehnte, berät sich lediglich

Unter der Käseglocke

FRANKREICH Im zentralistisch regierten Nachbarland entscheidet allein der Präsident über Maßnahmen im Kampf gegen die Corona-Pandemie. Doch Rufe nach mehr Kompetenzen für die Regionen werden lauter



Etwa alle zwei Monate verkündet Frankreichs Präsident Emmanuel Macron im Elysée die neuesten Maßnahmen im Kampf gegen Corona. Große Rücksichten auf regionale Befindlichkeiten muss er dabei nicht nehmen. © picture-alliance/dpa/MAXPPP/Alexandre Marchi

mit dem so genannten Verteidigungsrat. Er nutzt das Gremium, das eigentlich für nationale Sicherheitsfragen zuständig ist, um einmal pro Woche hinter verschlossenen Türen über die Pandemie-Lage zu sprechen. Die Opposition ist empört. „Durch die sanitäre Krise entscheidet der Präsident alleine im Bunker des Verteidigungsrates“, bemerkt der Chef der Sozialisten, Olivier Faure. „Unsere Demokratie kann nicht unter eine Käseglocke gestellt werden.“

Vergebliche Forderungen Die Regionalpolitiker ignorieren Macron nach einem Jahr Corona weiterhin. Als für den Großraum Paris Mitte März strengere Maßnahmen anstanden, hielt der Staatschef es nicht für nötig, die Präsidentin der Hauptstadtregion Ile de France zu konsultieren. Auch die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo ließ er außen vor. Der Bürgermeister von Metz forderte vergeblich einen kurzen, harten Lockdown, als sich die südafrikanische Variante in seinem Département ausbreitete.

Dennoch sind Regionalvertreter wie der Präsident der Region Grand Est, Jean Rottner, der Ansicht, dass die Pandemie den Regionen den Rücken gestärkt hat. Schließlich waren es Politiker wie er, die sich in der Krise um Masken, schnelle Finanzhilfen an Not leidende Kleinunternehmen und Computer für den Fernunterricht kümmerten. Nun fordert der 54-Jährige, der selbst Notarzt ist, den Regionen mehr Kompetenzen im Gesundheitswesen zu geben. So könnte der Regionalpräsident die Leitung der regionalen Gesundheitsbehörde ARS übernehmen. Die Französinnen und Franzosen selbst sind der Ansicht, dass ihre Regionalpolitiker sie bisher eher gut durch die Pandemie geführt haben. Präsident Emmanuel Macron bescheinigen dagegen 61 Prozent seiner Landsleute ein schlechtes Krisenmanagement. *Christine Longin*

Christine Longin ist freie Korrespondentin in Paris.

Gewalt entlang von Friedensmauern

NORDIRLAND Brexit-Folgen sorgen für blutige Krawalle

Vergangenen Donnerstag bestand in Belfast kurzzeitig Einigkeit. Gemeinsam erläuterten die beiden Leiterinnen der tief zerstrittenen nordirischen Allparteienregierung – Arlene Foster von der protestantisch-unionistischen DUP und Michelle O'Neill, Regionalvorsitzende der katholisch-republikanischen Sinn Féin – der Bevölkerung die nächsten Lockerungsschritte aus dem Covid-Lockdown. Von diesem Freitag an gibt es endlich wieder legale Haarschnitte beim Friseur, drei Wochen später dürfen Fitnessstudios öffnen; hingegen bleibt es noch bis Juni beim Verbot, Freunde und Verwandte in deren Wohnungen zu besuchen. Im Freien bleiben Begegnungen erlaubt – wobei die politisch Verantwortlichen in Belfast, London und Dublin inständig hoffen, dass ihnen Vorgänge wie zu Monatsbeginn erspart bleiben. Acht Nächte in Folge randalierten überwiegend Jugendliche und junge Männer in Belfast, (London-)Derry und Carrickfergus. Beamte der örtlichen Polizeibehörde PSNI wurden mit Steinen beworfen, geparkte Autos sowie Polizei-Fahrzeuge und ein Linienbus gingen ebenso in Flammen auf wie Telefonzellen. Was in loyalistischen („loyal zur britischen Krone“) Wohnvierteln begann, eskalierte zu neuen Auseinandersetzungen zwischen den ethnisch-religiösen Gruppen entlang den sogenannten Friedensmauern, den meterhohen Zäunen zwischen deren Stadtvierteln. Die PSNI bilanzierte 88 verletzte Polizisten.

Hundert Jahre nach der Teilung Irlands bleibt der britische Teil der grünen Insel ein Schauplatz ungelöster Konflikte. Die Ursache ist eine Gemengelage aus ethnischen und religiösen Ressentiments zwischen den nach London orientierten Protestanten und den irisch-katholischen Nationalisten, aus Armut und Perspektivlosigkeit sowie der Traumatisierung nach 30 Jahren Bürgerkrieg mit mehr als 3.500 Toten. Ihn beendete erst 1998 das Karfreitagsabkommen.

Aktuell hinzu kommen zwei brisante Entscheidungen der Strafverfolger. Seit Jahresbeginn macht die PSNI mit Hilfe ihrer südirischen Garda-Kollegen mächtig Druck auf die organisierte Bandenkriminalität in Nordirland. Weil sich dort viele frühere Mitglieder paramilitärischer Terrorgruppen tummeln, bekommt rasch einen politischen Anstrich, was anderswo als pure Kriminalität behandelt würde.

Hochpolitisch war zweitens in der Karwoche eine Verfahrenseinstellung durch die örtliche Staatsanwaltschaft. Führende Vertreter von Sinn Féin, darunter die nordirische Vize-Regierungschefin O'Neill, hatten im Juni mit rund 2.000 anderen am Begräbnis des IRA-Terroristen Robert „Bobby“ Storey teilgenommen – und das zu einer Zeit, als die Covid-Vorschriften Beerdigungen auf 30 Trauernde beschränkten. Dass das Ermittlungsverfahren gegen die Parteilührung, deren Nähe zur irisch-republikanischen Terrortruppe ohnehin heikel

bleibt, sang- und klanglos eingestellt wurde, sorgte bis weit in die bürgerliche Gesellschaft hinein für Erbitterung.

Über allen lokalen Konflikten liegt außerdem der schwarze Schatten des Brexit. Seit Neujahr, als das Vereinigte Königreich endgültig Binnenmarkt und Zollunion der EU verließ, gilt für Nordirland eine Ausnahmeregel. Das Nordirland-Protokoll im EU-Austrittsvertrag hält die vielerorts kaum noch existente Landgrenze auf der grünen Insel offen und garantiert dadurch den weitgehend ungestörten Verbleib von ganz Irland im europäischen Binnenmarkt. Dadurch entstand aber die Notwendigkeit begrenzter Zoll- und Warenkontrollen zwischen der einstigen Unruhprovinz und der britischen Hauptinsel – eine Notwendigkeit, die von der Regierung unter Premierminister Boris Johnson gern gelehnet oder als irrelevant heruntergespielt wird.

Doch die Realität sieht anders aus. Die Regale führender Supermärkte bleiben immer wieder leer, weil wegen zeitraubender Kontrollen der Nachschub fehlt. Die Brexit-Regierung macht dafür Brüsseler Starrsinn verantwortlich. Die EU-Kommission hat zusätzlich für Empörung gesorgt, weil sie Ende Januar im Impfstreit mit Astra Zeneca kurzzeitig die Schließung der Landgrenze in Aussicht stellte. Im Gegenzug hat London einseitig die Übergangsfristen für Zoll- und Veterinärkontrollen verlängert, wogegen Brüssel gerichtlich vorgeht.

Auf einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem irischen European Movement machte der irische Vizepremier und FG-Chef Leo Varadkar die in der Republik vorherrschende Analyse deutlich: „Die Auswirkungen des Brexit werden das Netz von Beziehungen in unseren beiden Inseln dauerhaft verändern.“ Dublin verstehe die tiefempfundene Besorgnis unter Protestanten und Loyalisten und bedauere jegliche Beeinträchtigung der nordirischen Wirtschaft, beteuerte der frühere Regierungschef, dessen Treffen mit Premier Johnson im Herbst 2019 den Grundstein für das Nordirland-Protokoll gelegt hatte. Die Schuld an den neuen Handelshindernissen liege aber woanders, meint Varadkar. „Wir wollen sie nicht, deshalb war ich gegen den Brexit und gegen Großbritannien Austritt aus dem Binnenmarkt.“

Die Regale der Supermärkte bleiben wegen aufwändiger Kontrollen immer wieder leer.

Chancen des Freihandels Der frühere britische Vizepremier David Lidington mahnt seine konservativen Parteifreunde zu mehr Offenheit: London müsse „öffentlich akzeptieren, dass Nordirland anders behandelt werden muss als der Rest des Vereinigten Königreiches“. Dies berge enorme Chancen: Investoren könnten angelockt werden mit dem Argument des Freihandels – sowohl im europäischen Binnenmarkt wie innerhalb der sechstgrößten Wirtschaftsmacht der Welt. *Sebastian Wirtz*

Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus London.

> STICHWORT

Corona in Frankreich

> Opfer Frankreich hat vergangene Woche die Schwelle von 100.000 registrierten Corona-Toten überschritten. Schon zu Beginn gehörte es zu den Ländern, die in Europa am heftigsten von der Pandemie heimgesucht wurden.

> Maßnahmen Seit Monaten gelten strenge Ausgangssperren, ein Großteil der Geschäfte ist seit April wieder geschlossen. In den Schulen sind die Zeiten für die Osterferien landesweit vereinheitlicht worden. Der Präsenzunterricht soll danach schrittweise wieder anlaufen.

> Impfungen Knapp zwölf Millionen Menschen (Stand 15. April) haben mindestens eine Impfung gegen Covid-19 bekommen. Das entspricht rund 17,8 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Kampf um begehrten Milliardentopf aus Brüssel

POLEN Die Auszahlung von EU-Hilfen droht an innenpolitischen Querelen in Warschau zu scheitern. Die Koalition bröckelt, die Opposition will bei Ausgaben mitbestimmen

Die Finanzspritze für Polen ist gewaltig, 57 Milliarden Euro soll das Land aus dem EU-Aufbaufonds zur Überwindung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise bekommen. Polen gehört damit zu den Hauptnutznießern des neuen EU-Hilfsprogramms, Ökonomen rechnen mit einem enormen Wachstumsschub. Doch noch immer hat Warschau den Aufbauplan nicht fertig, den die Kommission vor der Auszahlung der Gelder verlangt, und der zuerst vom Sejm, der Großen Kammer, gebilligt werden muss.

Regierungschef Mateusz Morawiecki und sein Vize-Premier und Parteichef Jaroslaw Kaczynski von „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) haben dennoch bereits Pläne mit dem Geld. Bis 2026 sollen laut den durchgesehenen Entwürfen etwa Hunderte von Krankenhäusern modernisiert und Tausende von Autobussen gebaut werden, die mit in Polen gewonnenem Wasserstoff angetrieben werden sollen. Außerdem sind 9.000 zusätzliche Krippenplätze geplant, der Zukauf

weiterer Covid-Impfdosen und neue Fotodargeräte für die polnische Polizei. Der Plan sollte bis Ende April verabschiedet werden. Doch die Abstimmung wurde vergangene Woche im Parlament erneut verschoben. Denn noch immer suchen Morawiecki und Kaczynski händierend eine Mehrheit für ihr Papier. Wegen des Widerstandes in seiner Regierungsfraktion ist Polens starker Mann Kaczynski plötzlich auf rund 15 Stimmen aus der Opposition angewiesen. Die letztmögliche reguläre Parlamentsitzung für eine Abstimmung fällt auf den 20. April. Bis dahin muss ein Kompromiss gefunden werden, der in dem zerstrittenen Land kaum machbar scheint.

Schrielle Töne Mitschuld daran ist Kaczynski PiS selbst. Wochenlang übertrumpften sich Polen und auch Ungarn im Herbst 2020 mit Veto-Drohungen gegen das EU-Budget 2021 bis 2027 und den darin enthaltenen EU-Aufbaufonds. Sowohl Kaczynski als auch Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban lehnten die mit einer künftigen EU-Mittelauszahlung verbundenen Auflagen zur Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit ab. Schrielle Töne beherrschten den Diskurs, die ganze EU zitterte, ob sich das Budget überhaupt noch rechtzeitig verabschieden ließe. Als Kompromiss handel-



Vize-Premier Jaroslaw Kaczynski (PiS) braucht Stimmen aus der Opposition, um den politischen Ausgabeplan durch das Parlament zu bringen. © picture alliance / PAP | Radek Pietruszka

te Deutschland eine Zusatzklärung zum Rechtsstaatsmechanismus aus, woraufhin Polen und Ungarn einknickten. Immerhin lockten jeweils Dutzende zusätzliche EU-Milliarden. In Polen allerdings hatte Kaczynski mit seiner Vetodrohung gegen das EU-Budget seinen kleinen rechten Juniorpartner „Solidarisches Polen“ (SP) von Justizminister Zbigniew Ziobro so sehr auf den alten Verhandlungskurs eingeschworen, dass die

knapp unter 20 SP-Abgeordneten im Sejm seitdem gegen den Kompromiss protestieren. Polen büße damit seine Souveränität ein, argumentiert Ziobro. Die Frage ist gerade wieder besonders aktuell, nachdem die EU Anfang April wegen der Justizreform eine weitere Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) eingereicht hat. Zur Erinnerung: Kaczynski's Regierungskoalition ist nicht – wie im Ausland oft falsch verstanden – ein einheitlicher rechts-kon-

servativer Block namens PiS, sondern sie besteht aus der großen PiS mit aktuell 201 von 450 Abgeordneten sowie den beiden Kleinparteien „Solidarisches Polen“ und „Verständigung“. Gerade die rechts-liberale „Verständigung“ von Wirtschaftsminister Jaroslaw Gowin hat sich seit Mai 2020 als aufmüpfiger Juniorkoalitionspartner Kaczynski's profiliert, steht aber beim EU-Aufbaufonds klar hinter der neuen Regierungslinie. Ziobros rechts der PiS stehende Partei „Solidarisches Polen“ hat hingegen immer wieder betont, den EU-Aufbauplan nicht unterstützen zu wollen. Neben dem Rechtsstaatsmechanismus stört sich die Kleinpartei auch an der Finanzierung und der damit verbundenen Neuverschuldung Polens. Ohne SP hat Kaczynski aber keine Mehrheit im Sejm.

Damit ist er zum ersten Mal seit dem Wahlsieg der PiS im Herbst 2015 auf die Unterstützung der Opposition bei einem wichtigen Sachgeschäft angewiesen. Bereits im Dezember 2020 hatte sich die kleine Bauernpartei PSL dafür angeboten. Doch nach dem Durchsickern des Aufbauplans hat sie sich wieder zurückgezogen. Die Bedürfnisse der Bauern würden bei den Investitionsplänen zu wenig berücksichtigt, heißt es, außerdem forderte man mehr Mitspracherechte der lokalen Verwaltungs-

organe. In die Lücke sprang im März das Bündnis „Linke“. Doch auch deren Fraktionschef Wlodzimierz Czarzasty hat seine Zustimmung an weitgehende Forderungen nach einer Neuausarbeitung des Investitionsplans gebunden. Polens „Linke“ will deutlich mehr Investitionen bei der Bildung und wie die PSL ein Mitspracherecht der Lokalverwaltungen.

Erste Zugeständnisse Inzwischen gibt es erste Schritte von PiS in Richtung Kompromiss: Premier Morawiecki hat ein nicht näher umschriebenes Mitspracherecht der Lokalverwaltungen zugesichert. Doch die Bereitschaft der Opposition, vor allem der großen liberalen Bürgerplattform (PO), solchen Versprechen Glauben zu schenken, ist in Polen sehr beschränkt. Will die PiS ihren Aufbauplan und den EU-Aufbaufonds mit einem „Ja“ durch den Sejm bringen, bleibt ihr nur, Ziobros „Solidarisches Polen“ umzustimmen, etwa mit der Drohung, die Regierungskoalition platzen zu lassen. Das würde vorgezogene Neuwahlen bedeuten. Die SP würde dabei laut allen Umfragen an der Fünfprozenthürde scheitern. *Paul Flückiger*

Der Autor ist freier Korrespondent in Warschau.





Separatistische Rebellen Anfang April in Solncevo, außerhalb der Stadt Donezk im Donbass. Die Region wird von Russland militärisch kontrolliert. Beobachter und die Ukraine selbst fürchten eine schlechende Annexion.

© picture-alliance/AA/Alexander Usenko

Mehr Teilhabe von Frauen

AUSWÄRTIGES Die Bundesregierung hat im Zeitraum 2017 bis 2020 insgesamt 684 Maßnahmen im In- und Ausland umgesetzt, um die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit der Vereinten Nationen voranzutreiben und die Teilhabe von Frauen etwa im Bereich der Krisenprävention, in Friedensmissionen und einer geschlechtergerechten Personalentwicklung innerhalb der Bundesregierung zu stärken. Das geht aus ihrem Bericht zur Umsetzung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats (19/27460) hervor, über den der Bundestag vergangene Woche erstmals debattierte. Das Parlament überwies diesen zusammen mit dem „Dritten Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen für den Zeitraum 2021 bis 2024 (19/27461)“ und einem Antrag der AfD-Fraktion (19/28445) zur weiteren Beratung an den federführenden Auswärtigen Ausschuss. Die Bundesregierung urteilt in ihrem Aktionsplan, Geschlechtergerechtigkeit in Krisenregionen zu fördern, sei auch eine Frage der Effektivität und Nachhaltigkeit von Friedens- und Sicherheitsprozessen. Auch skizziert sie, wie sie Menschenrechte von Frauen und Mädchen in fragilen, Konflikt- und Postkonfliktstaaten schützen will. Die AfD lehnt den Aktionsplan ab und wendet sich in ihrem Antrag gegen die Beteiligung an „gesellschaftlichen Transformationsprozessen durch die Förderung kulturimperialistischer Maßnahmen im Ausland“. Dies gefährde die Souveränität von Staaten und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, kritisiert sie. *joh*

Reaktionstest im Donbass

UKRAINE Der Osten erlebt die größte Mobilisierung russischer Truppen seit der Krim-Annexion

Betonblöcke versperren den Weg in die ukrainische Industriestadt Mariupol. Soldaten kontrollieren die Fahrzeuge, in den Feldern rund um die Stadt sieht man Stellungen: Alltag, seit der Krieg in der Ostukraine vor sieben Jahren begann. Mariupol am Asowschen Meer spielte schon damals eine Schlüsselrolle. Denn Russland hat große Schwierigkeiten, die 2014 eroberte Krim mit Wasser zu versorgen. Bereits damals gab es Befürchtungen, Russland werde versuchen, einen Landweg auf die Krim freizukämpfen und bis nach Odessa vorstoßen. „Noworossija“ hieß das Projekt, Neurussland. Es scheiterte. Nun fürchten die Ukraine, Russland könne versuchen, das Projekt neu aufzulegen.

»Präsident Putin käme ein kleiner, siegreicher Krieg sehr gelegen.«

Olexij Hontscharenko, ukrain. Abgeordneter

Besorgnis löst nicht nur der Aufmarsch zehntausender Soldaten auf der russischen Seite aus; auch entlang der Waffenstillstandslinie im Donbass kommt es seit Wochen wieder vermehrt zu Kämpfen. Seit dem Herbst sind dort rund 50 ukrainische Soldaten gestorben. Den Beobachtern der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) wurde schon

oft der Zugang zu den besetzten Gebieten verwehrt; in den vergangenen Tagen sorgten Störmanöver erstmals dafür, dass ihre Aufklärungsdrohne nicht starten konnte. Ein ukrainischer Soldat berichtete in einem Fernsehsender von feindlichen Drohnen, die Tag und Nacht unterwegs seien. Leidtragende sind weiterhin auch Zivilisten. Nach dem Beschuss einer Pumpstation waren 50 Ortschaften im Donbass ohne fließendes Wasser. Bisher starben etwa 13.000 Menschen in diesem Krieg. Die meisten Experten in der Ukraine glauben nicht, dass Russland einen groß angelegten Einmarsch in das Nachbarland plant. Aber es erhöhe „die Kampfkraft der Besatzungstruppen“, konstatiert Maria Salnyk, Sprecherin des ukrainischen Verteidigungsministeriums.

In dem Punkt sind sich Opposition und Regierung in der Ukraine einig. Russlands Präsident Wladimir Putin käme ein „kleiner, siegreicher Krieg sehr gelegen“, sagt Olexij Hontscharenko, Abgeordneter der Partei Europäische Solidarität. „Deshalb provoziert er, er testet die Reaktion der Ukraine und vor allem die der USA.“ Dabei versucht Russland, der Ukraine die

Verantwortung für eine mögliche Eskalation in die Schuhe zu schieben. Es hat in der Ostukraine bereits mehrere hunderttausend russische Pässe ausgegeben und damit einen Vorwand, zum „Schutz“ seiner Staatsbürger im Ausland militärisch einzugreifen. Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu behauptete zudem erneut, sein Land reagiere auf die Bedrohung der Nato. „Bei einer Verschärfung der Lage“, wird der stellvertretende Außenminister Russlands, Sergej Rjabakow von russischen Medien zitiert, „wird die Nato die Verantwortung tragen müssen“.

Wachsende Angst Das Bündnis ist erneut nervös. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg sprach von der „größten Mobilisierung russischer Truppen seit der illegalen Annexion der Krim im Jahr 2014“ und betonte die Solidarität mit der Ukraine. Deren neuerlicher Wunsch, schnell in die Nato aufgenommen zu werden, stößt dort allerdings auf Skepsis.

In der Ukraine wächst die Angst, die Nato könnte wie schon 2014 den Angriffen Russlands tatenlos zusehen. Damals habe Russland schnell seine militärischen Ziele auf der Krim und in der Ostukraine verfolgt, „während unsere westlichen Partner noch über ihre Reaktionen nachdachten“, sagte der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba nach einem Treffen mit Stoltenberg in Brüssel. Er warnte davor, die „Fehl-

er“ von damals zu wiederholen. Während der Europaabgeordnete und Berichterstatter für die Ukraine, Michael Gahler (CDU), fordert, im Fall eines russischen Angriffs auf die Ukraine Öl- und Gasimporte aus Russland zu stoppen und es aus dem Swift-Zahlungssystem auszuschließen, lehnt Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) solche Schritte weiterhin ab und warnt vor einer weiteren Eskalation. Wichtig sei, der Ukraine Solidarität zu versichern und Russland vor einem militärischen Einmarsch zu warnen.

Unterdessen hat US-Präsident Joe Biden Putin ein Gipfeltreffen vorgeschlagen. Analysten werten das als Erfolg der russischen Drohgebärden gegen die Ukraine. Doch die Ausweisung von zehn russischen Diplomaten aus den USA, unter anderem wegen der mutmaßlichen russischen Einmischung in die US-Wahl, und die Ankündigung neuer Finanzsanktionen deuten darauf hin, dass Biden nicht gewillt ist, Putin gegenüber einzuknicken. *Thomas Franke*

Der Autor ist freier Osteuropa-Korrespondent.

> STICHWORT

Krieg in der Ostukraine

> Geschichte Seit 2014 werden Teile der ostukrainischen Gebiete Donezk und Luhansk entlang der russischen Grenze von moskautreuen Separatisten kontrolliert. Aktuell wirft die Ukraine Russland unter anderem Provokationen im Asowschen Meer vor. Das Gebiet liegt nahe der Halbinsel Krim, die das Nachbarland 2014 von der Ukraine annektiert hatte.

> Reaktionen Auf einem Dreier-Gipfel berieten vergangenen Freitag Deutschland, Frankreich und die Ukraine über die jüngsten Spannungen mit Russland. Deutschland und Frankreich vermitteln seit Jahren im sogenannten Normandie-Format zwischen Moskau und Kiew. Grundsätzliches Ziel ist es, den Waffenstillstand aufrechtzuerhalten



© picture-alliance/dpa/FRAS/Valentin Sprinchak

»Gradmesser für die Freiheitlichkeit eines Gemeinwesens«

MENSCHENRECHTE Experten loben zweiten Bericht zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit, mahnen aber auch einen Blick nach Europa an

Im Oktober 2020 hat die Bundesregierung ihren zweiten Bericht zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit (19/23820) vorgelegt und darin einen globalen Trend zur Einschränkung des Menschenrechts verzeichnet. Christen seien als Angehörige der zahlenmäßig größten Glaubensgemeinschaft weltweit von der Verletzung der Religionsfreiheit besonders betroffen. Auch stellten Blasphemie- und Anti-Konversionsgesetze eine aktuelle Herausforderung dar: Diese erwiesen sich „oft als Einfallstor für die Einschränkung von Menschenrechten, unter anderem der Religions- und Weltanschauungsfreiheit selbst“, schreibt die Bundesregierung.

Der Bericht, der den Zeitraum 2018 und 2019 in den Blick nimmt, stieß vergangene Woche im Menschenrechtsausschuss bei Experten auf Zustimmung. In einer öffentlichen Anhörung lobten sie die gründliche Beschäftigung mit dem Thema, regten jedoch an, in künftigen Berichten auch die Situation der Religions- und Weltanschauungsfreiheit in Deutschland und anderen europäischen Staaten in den Blick zu nehmen.

Heiner Bielefeldt, Professor für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik an der Universität Erlangen-Nürnberg, urteilte, die

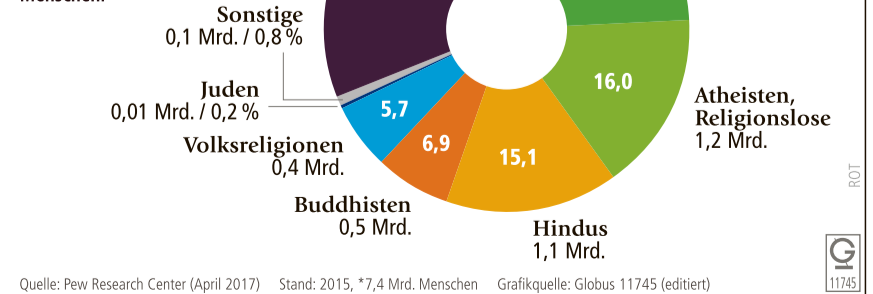
Religions- und Weltanschauungsfreiheit sei ein „vielfältig verletztes Menschenrecht“, das von Staaten etwa für ihre Identitätspolitik missbraucht werde. „Doch Religionsfreiheit ist ein Recht der Menschen, nicht der Staaten“, hob der frühere Berichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit des UN-Menschenrechtsrats hervor. Marianne Heimbach-Steins, Direktorin des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster, sagte, die Bundesregierung setze mit ihrem Bericht ein „Signal für die Bedeutung des Rechts auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit“. Dieses sei ein „eigenständiges, elementares Freiheitsrecht“. Dass es in Deutschland und anderen europäischen Staaten keine „nennenswerten Probleme“ geben solle, sei nicht realistisch, gab sie zu bedenken.

Mouhanad Khorchide, Leiter des Zentrums für Islamische Theologie an der Universität Münster, hielt die Aufnahme europäischer Staaten in den Bericht zwar für richtig, warnte aber davor, dass dies den Missbrauch der Rede vom antimuslimischen Rassismus durch Islamisten weiter befördern könne. Sinnvoller sei stattdessen, stärker zwischen innerislamischen Strömungen zu differenzieren. So werde etwa die Situation liberaler Muslime, die auch unter Repressionen litten, kaum beachtet. Erika Steinbach, Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung, nahm in ihrer Stellungnahme die Verletzungen der Religionsfreiheit in muslimisch geprägten Staaten in den Fokus. Die ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete und Ex-Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen warnte zudem vor einer Expansion des „politischen Islamismus“ in Richtung Europa. Davor verschleiße die Bundesregierung in ihrem Bericht die Augen, „obwohl alle Signale längst auf Alarm stehen“.

Unter Druck Viel Anerkennung für den Bericht äußerte Thomas Schirmacher, Direktor des International Institute for Religious Freedom: Der Bericht enthalte substantielle Informationen, beleuchte zentrale Querschnittsthemen und nehme die Lage der Religionsfreiheit allgemein und nicht nur die Lage der Christen „vorurteilsfrei“ in den Blick. Sabine Schiffer, Leiterin des Instituts für Medienverantwortung, beurteilte den Bericht zwar als „wertvoll“, warf in ihrer Stellungnahme aber die Frage auf, weshalb die Bundesregierung die Religionsfreiheit mit ihrem Bericht so herausgreife, während die Meinungsfreiheit weltweit ebenso zunehmend unter Druck stehe. Der Pfarrer und Kirchenrechtler Patrick Roger Schnabel, Beauftragter für den kirchlichen Entwicklungsdienst im Berliner Missionswerk, nannte es begrüßenswert, dass die Bundesregierung religionsbezogenen Themen in der Außen- und Entwicklungspolitik sowie dem Schutz der Religionsfreiheit ein zunehmend größeres Maß an Beachtung schenke. Dies erhöhe die Qualität ihres analytischen und strategischen auswärtigen Handelns erheblich. Die Religionsfreiheit sei ein „Gradmesser für die Freiheitlichkeit und Rechtsstaatlichkeit eines Gemeinwesens“. *Sandra Schmid*

Religionen in der Welt

So verteilt sich die Weltbevölkerung* auf die verschiedenen Religionen in Prozent und absolut in Milliarden Menschen:



Anzeige

DAS LEBEN ÄNDERT SICH

Bitte benachrichtigen Sie uns bei:

Namensänderung

Adressänderung

Änderung der Bankverbindung

Telefonisch unter: 089-85853832, via E-Mail: fazit-com@intime-media-services.de oder online unter: www.das-parlament.de/aboservice

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



AUFGEKEHRT

Don't talk about sex, baby

Das Ypsilon führt ein alphabetisches Schattendasein in der deutschen Sprache. Im Vergleich zu den zur Verfügung stehenden Buchstaben taucht das „Y“ nämlich nur in 0,04 Prozent aller Fälle auf – und dann fast ausschließlich in Fremdwörtern, Eigennamen oder auf den Autokennzeichen der Bundeswehr. Schlechter schneiden nur noch „X“ und „Q“ ab. Kein Wunder, dass beim „Glücksrad“ nie ein „Y“ gekauft wurde. Doch diese Missachtung könnte bald ein Ende finden. In der experimentierfreudigen Welt der geschlechtergerechten Sprache kursiert einer neuer Vorschlag, der die epische Diskussion um generisches Maskulinum, Binnen-I oder Gender-Sternchen ein für allemal beenden könnte. Und das geht so: Bei Personenbezeichnungen wird an den Wortstamm ein „y“ angehängt und dieses Substantiv dann mit dem Neutrum-Artikel „das“ versehen. Bei mehreren Personen wird einfach noch ein Plural-S angehängt. Liebe Lesys, das mag jetzt ein wenig nach Tinky-Winky und Dipsy von den Teletubbis oder pseudo-schweizerischem Heidi-Deutsch klingen. Aber den Vorschlag hat immerhin ein gestandenes Germanist namens Thomas Kronschlager von der TU Braunschweig gemacht. Seine Y-Lösung ist eigentlich schon 30 Jahre alt und geht zurück auf das österreichische Aktionskünstlerin Hermes Prettberg. Und sie lässt sich auch deutlich einfacher aussprechen als der X-Vorschlag von Professur Lann Hornscheidt von der Humboldt-Uni Berlin. Aber egal ob „X“, „Y“ oder demnächst „Q“: Hauptsache alle Menschen fühlen sich angesprochen und ihr Geschlecht lässt sich nicht mehr erkennen. „Entgendern“ nennt sich das. Adieu Sexus! Don't talk about sex, baby! *Alexander Weinlein*

VOR 20 JAHREN...

Hunde müssen draußen bleiben

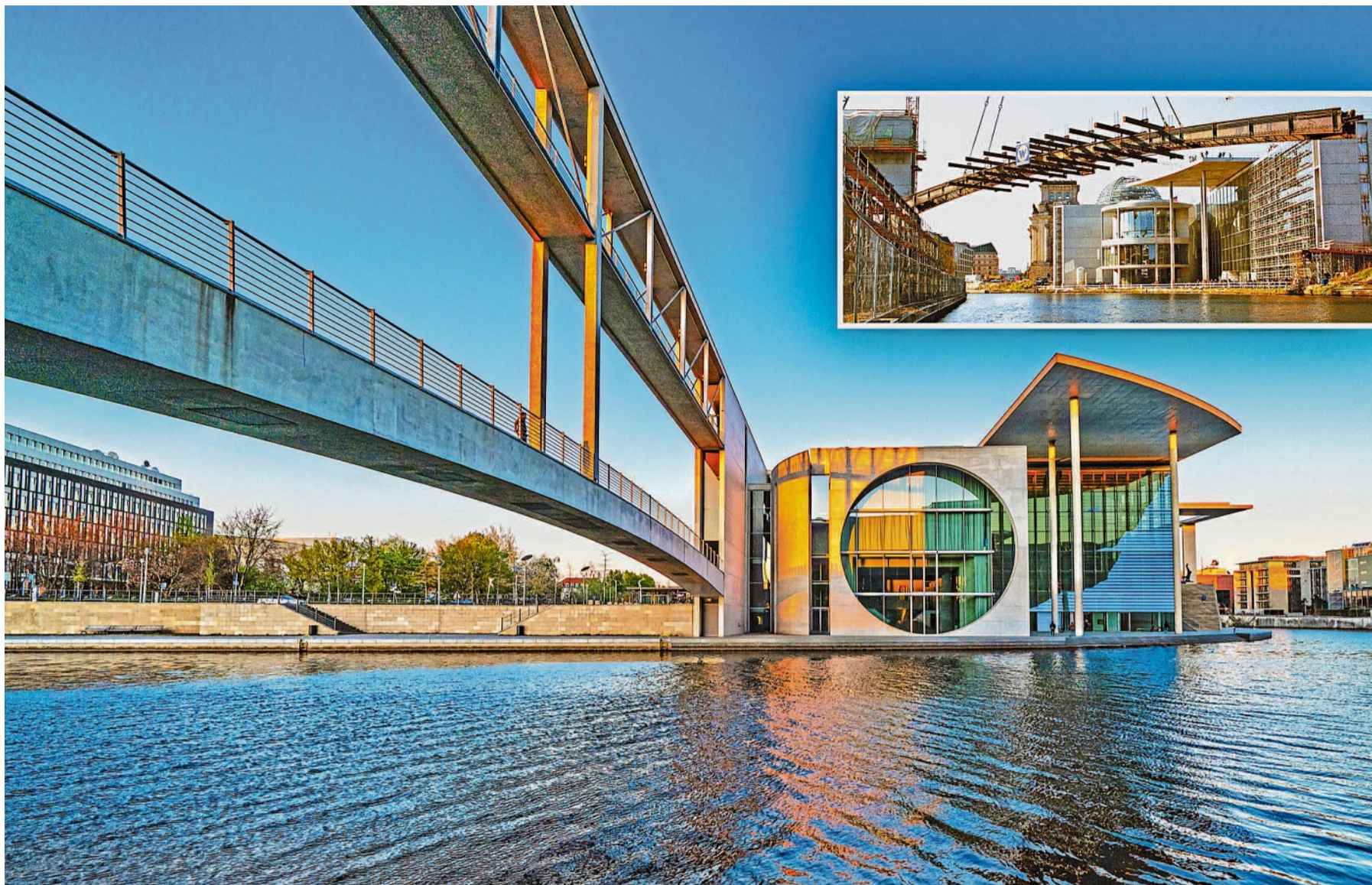
21.4.2001: Verbot von Kampfhunden tritt in Kraft. Der Tod eines sechsjährigen Jungen in Hamburg, der Opfer von zwei Kampfhunden geworden war, sorgte im Juni 2000 für eine heftige Debatte über das Verbot der Tiere. In einer aktuellen Stunde des Bundestages waren sich alle Fraktionen einig, konsequent und ohne Rücksicht auf die Interessen von Haltern gegen Kampfhunde vorzugehen. „Wir lassen nicht zu, dass das Leben und



Der damalige FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle in der Aktuellen Stunde.

die Gesundheit von Menschen durch das Imponiergehabe, die Aggressionslust und die Verantwortungslosigkeit von bestimmten Hundehaltern in Gefahr gebracht werden“, sagte Bundesinnenminister Otto Schily (SPD). FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle meinte: „In Deutschland hat niemand das Recht, Raubtiere wie Löwen und Tiger an der Leine über die Straße zu führen.“ Nur fünf Monate später wurde das „Gesetz zur Bekämpfung gefährlicher Hunde“ verabschiedet. Am 21. April 2001 trat es in Kraft. Das Gesetz verbot die Einfuhr von Bullterriern, Pitbull-Terriern, American Staffordshire-Terriern und Staffordshire-Bullterriern. Auch Kreuzungen mit diesen Rassen wurde untersagt. Bei Verstößen droht eine Geld- oder eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren. Der Bundesrat wollte das Gesetz allerdings noch verschärfen und rief den Vermittlungsausschuss an. Schließlich wurde auch das unerlaubte Halten gefährlicher Hunde unter Strafe gestellt. Händler und Züchter versuchten das Gesetz zu stoppen, zogen vor das Bundesverfassungsgericht und hatten 2004 teilweise Erfolg: Die Karlsruher Richter kippten das bundesweite Zuchtverbot für Kampfhunde. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: ÜBER DER SPREE IM PARLAMENTSVIERTEL



In luftiger Höhe: Vor 20 Jahren (kleines Foto) wurde die Bundestags-Gebäude Paul-Löbe-Haus und Marie-Elisabeth-Lüders-Haus durch Brücken miteinander verbunden. Während der obere Steg als Verbindung für Parlamentarier und Verwaltung fungiert, ist die untere Brückenebene für jedermann begehbar.

© picture-alliance/SULUPRESS.DE/Marc Vorwerk/Berliner Zeitung/Wächter Markus

Es wächst zusammen, was zusammen gehört

130 Tonnen Stahl – so viel brachten die Brückenteile auf die Waage, die vor 20 Jahren über die Berliner Spree schwebten. Aus ihnen sollte innerhalb weniger Tage eine doppelstöckige Fußgängerbrücke entstehen. Zuerst waren am 24. April 2001 die Elemente für die 60 Meter lange Fußgängerbrücke dran, die seitdem die beiden Spreifer verbindet. Einen Tag später folgten in luftiger Höhe, im 6. Stock, die Brückenteile für die 100 Meter lange Abgeordnetenbrücke, die die das Paul-Löbe-Haus (PLH) mit seinen Ausschuss-Sälen und Abgeordnetenbüros mit dem neu gebauten Marie-Elisabeth-Lüders-Haus (MELH), dem wissenschaftlichen Dienstleistungszentrum des Parlaments verbindet. Während die untere Brücke den Namen „Marie-Elisabeth-Lüders-Steg“ trägt, benannt nach der DDP- und späteren FDP-Politikerin und Frauenrechtlerin, hat die obere Brücke viele Namen: Vom der „höheren Beamtenlaufbahn“ ist da die Rede – zeitweise hieß sie auch „Jakob-Mierscheid-Steg“.

Dies geht zurück auf Sozialdemokraten um Thomas Oppermann, Katharina Barley und Michelle Müntefering, die am - Vorsicht - 1. April 2004 als Würdigung von Jakob-Maria Mierscheid, des sogenannten Phantoms des Bundestages, ein Schild am Geländer angebracht hatten. Das Schild hing nicht lang, der Name blieb trotzdem vielen im Gedächtnis. Beim Aufbau im April 2001 wurden die Teile aus den Einzelementen vormontiert, ein Autokran schwenkte die beiden Stahlkonstruktionen in ihre endgültige Position. Abschnittsweise werden die Bauteile betoniert. Da sich die Fußgängerbrücke erst nach dem Aushärten des Betons selbst tragen konnte, wurde sie mit vier Zugankern an die obere Brücke gehängt, die aus zwei miteinander verbundenen Fachwerkträgern aus Stahl und aus Beton besteht. Ursprünglich waren schützende Scheiben gegen Wind und Wetter vorgesehen, aus Gründen des Vogelschutzes wurden diese aber wieder verworfen.

Begehbar wurde die Brücke aber erst im Jahr 2003, zur Eröffnung des Lüders-Hauses. Schöpfer beider Brücken ist der Münchener Architekt Stephan Braunfels, der auch schon das Löbe-Haus und das MELH gestaltet hatte. „Sprung über die Spree“ nannte er seinen Entwurf. Die beiden Stege verbinden seitdem, was zusammen gehört. Mit dem vom Bundeskanzleramt zum Kanzlergarten führenden Kanzleramtssteg sind sie Bestandteile des „Band des Bundes“, einer geradlinigen Bebauung im Regierungsviertel über die Spree in Ost-West-Ausrichtung. Dieses Band soll die verbindenden Tätigkeiten der Ministerien für Ost- und Westdeutschland symbolisieren. Aber auch die Stelle ist geschichtsträchtig: Das MELH überbaut den ursprünglichen Verlauf der Berliner Hinterlandmauer. Im Erdgeschoss befindet sich ein Mahnmahl mit Segmenten der Mauer an ihrem ursprünglichen Ort. Schräg gegenüber, am ehemals westdeutschen Spreufer, erinnern Kreuze an die Opfer der Teilung. *Lisa Brübler*

LESERPOST

Zur Ausgabe 10-11 vom 8. März 2021, „Wege aus der Krise“ auf Seite 1: Die Philosophie des Bundestages führt noch nicht weit genug. Denn ein Jahr nach Ausbruch der Pandemie wäre auch ein guter Zeitpunkt gekommen, um neben einer Fortgeltung der epidemischen Lage eine kritische Bilanz zu ziehen, was dringend verbessert werden muss. Trotz der Lockdowns ist es hierzulande leider alles andere als gut gelungen, gerade die besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen, zu denen nicht nur ältere Menschen zählen, vor dem Virus zu schützen. Deshalb bedarf es einer besseren Fehlerkultur, um nicht geschwächt, sondern gestärkt aus der Krise zu gehen. Und das, zumal es ebenfalls noch keine politische Antwort auf die massiv beschleunigte soziale Spaltung der Gesellschaft durch das Herunterfahren des öffentlichen Lebens gibt, die den brüchigen Zusammenhalt wieder stärkt!

Zur selben Ausgabe, „Raus aus dem Risiko“ auf Seite 9: Der Mensch baut den Globus mit seinen „sicheren“ Kernkraftwerken weiterhin zu. Saubere Energie zum billigen Preis, so die saublere Grundidee. Macht es dann doch einen riesigen Schepperer, wie damals in den Kernkraftwerken von Tschernobyl (1986) und Fukushima (2011), dann ist das Entsetzen bei den Menschen groß. Dazu bleibt die weiterhin ungeklärte Frage zur Endlagerung des Atom Mülls.

Zur Zeitung allgemein: Generell finde ich Ihre Zeitung informativ und sie bietet spannende Einblicke in die Bundes-

politik Mit Bauchschmerzen öffne ich allerdings zum wiederholten Male die Seite „Menschen und Meinungen“. Das dritte Mal in Folge lächeln mich da nur weiße Männer an. Gerade im Licht des 8. März, aber auch in Anbetracht des Titels, fühlt sich das für mich, wie ein Schlag ins Gesicht an. Wäre da nicht eher der Titel „Männer und Meinungen“ treffender? Ich würde mich freuen, wenn Sie eine Diversität herstellen können, die sich nicht nur in unserer Gesellschaft längst widerspiegelt, sondern auch in Teilen die Politik. Ich kann mir kaum vorstellen, dass es keine weiblichen und/oder schwarzen Stimmen dazu gibt.

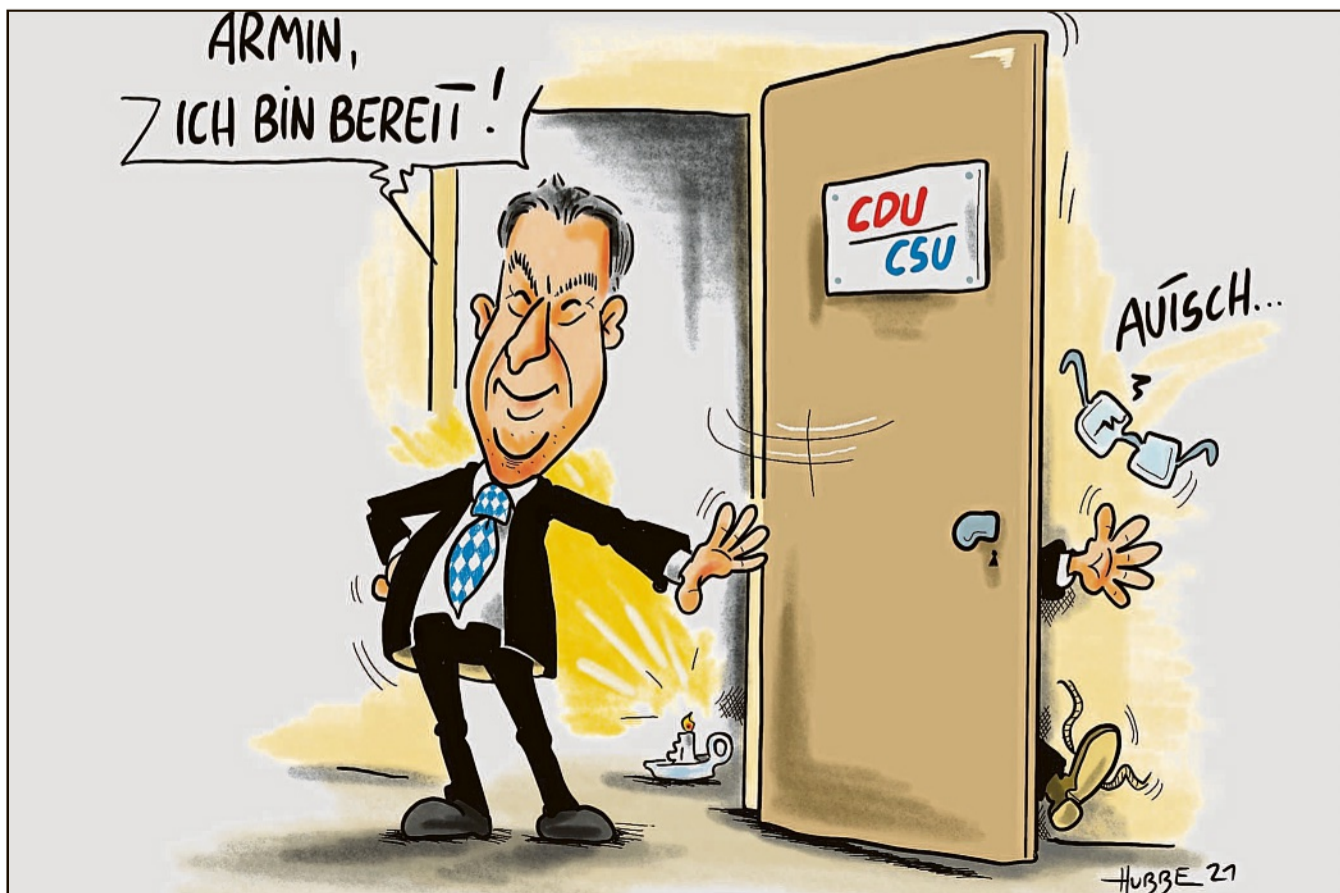
Zur Themenausgabe „Jüdisches Leben in Deutschland“ vom 22. März 2021: Schön geworden, insgesamt!

Susanne Urban, Worms

Zur Ausgabe 13-15 vom 29. März 2021, „Listen für die Lobbyisten“ auf Seite 1: So sehr ich mich freue, dass die grundsätzlichen Widerstände gegen ein Lobbyregister endlich gebrochen wurden, enttäuscht bin ich doch. Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände müssen sich nicht als Lobbyisten registrieren lassen. Dabei waren es doch jüngst die katholische Caritas und die evangelische Diakonie, die aus organisations-egoistischen Gründen den geplanten Flächentarifvertrag Altenpflege haben scheitern lassen. Sie wollen ihre seit 1934 bestehende „Dienstgemeinschaft“ (Arbeitgeber wollen sie ja nicht sein!) durch Verhandlungen mit Gewerkschaften und Arbeitgeber-Organisationen nicht stören lassen. Und solcher Lobbyismus soll weiterhin ohne Transparenz möglich sein?

Gerhard Lein, per E-Mail

SEITENBLICKE



Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 26. April.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 21. – 23.04.2021
4. Bevölkerungsschutzgesetz (Mi), Familienentlastung (Fr)
Phoenix überträgt live ab 9 Uhr
Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

PERSONALIA

>Christian Schmidt † Bundestagsabgeordneter 1985-1987, Die Grünen
Am 5. April starb Christian Schmidt im Alter von 78 Jahren. Der promovierte Philologe und Lehrer aus Hamburg, von 1965 bis 1981 SPD-Mitglied, trat danach der dortigen Alternativen Liste und 1984 den Grünen bei. 1985/86 war er einer der Sprecher seiner Bundestagsfraktion und 1987/88 zusammen mit Jutta Ditfurth und Regina Michalik auch Sprecher des Bundesvorstands. Der Grünenpolitiker arbeitete im Bundestag im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit.

>Hans-Joachim Jentsch † Bundestagsabgeordneter 1976-1982, CDU
Hans-Joachim Jentsch starb am 28. März im Alter von 83 Jahren. Der promovierte Jurist und Rechtsanwalt aus Wiesbaden, CDU-Mitglied seit 1960, trat 1969 an die Spitze des dortigen Kreisverbands und war Mitglied des hessischen CDU-Landesvorstands. Von 1982 bis 1985 amtierte er als Oberbürgermeister von Wiesbaden und gehörte von 1987 bis 1990 dem hessischen Landtag an. 1990 wurde er zum thüringischen Justizminister berufen und hatte wesentlichen Anteil am Aufbau der neuen, rechtsstaatlich ausgerichteten Justizordnung. Das Amt hatte er bis 1994 inne und war danach bis 1996 Richter am Thüringischen Verfassungsgerichtshof. Von 1996 bis 2005 amtierte Jentsch als Richter im Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts. Im Bundestag wirkte Jentsch vorwiegend im Innenausschuss mit.

>Sabine Bergmann-Pohl Bundestagsabgeordnete 1990-2002, CDU
Sabine Bergmann-Pohl begeht am 20. April ihren 75. Geburtstag. Die Fachärztin für Lungenerkrankheiten aus Berlin trat 1981 der CDU in der DDR bei. 1990 wurde sie in den Berliner Landesvorstand gewählt und gehörte bis 1992 dem CDU-Parteipräsidium an. Von März bis Oktober 1990 war sie Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer und wurde am 5. April zu deren Präsidentin gewählt. Nach der zugleich beschlossenen Auflösung des Staatsrats amtierte sie bis zum 2. Oktober als letztes Staatsoberhaupt der DDR. Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) berief Bergmann-Pohl am Tag darauf zur Bundesministerin für besondere Aufgaben. Von 1991 bis 1998 amtierte sie als Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit und widmete sich vor allem dem Gesundheitswesen in den neuen Bundesländern. Im Bundestag gehörte sie zuletzt dem Ausschuss für Gesundheit an. Bergmann-Pohl, nach wie vor in zahlreichen sozialen Verbänden engagiert, war von 2003 bis 2012 Präsidentin des Berliner Roten Kreuzes. 2012 wurde ihr der Ehrentitel „Stadtälteste von Berlin“ verliehen.

>Gabriele Lösekrug-Möller Bundestagsabgeordnete 2001-2017, SPD
Gabriele Lösekrug-Möller wird am 20. April 70 Jahre alt. Die Diplom-Sozialpädagogin aus Hameln trat 1972 der SPD bei und amtierte von 1997 bis 2015 als Vorsitzende des Unterbezirks Hameln-Pyrmont. Sie gehörte darüber hinaus dem Vorstand des SPD-Landesverbands Niedersachsen und seit 2011 dem SPD-Parteivorstand an. Von 1996 bis 2011 saß sie im Kreisrats Hameln-Pyrmont. Lösekrug-Möller wirkte im Rechtsausschuss, im Petitions-, im Umwelt- sowie im Sozialausschuss mit und gehörte von 2009 bis 2013 dem Vorstand ihrer Bundestagsfraktion an. Von 2013 bis 2017 hatte sie das Amt der Parlamentarischen Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales inne.

>Heinz Paula Bundestagsabgeordneter 2002-2013, SPD
Heinz Paula wird am 24. April 70 Jahre alt. Der Lehrer aus Augsburg, SPD-Mitglied seit 1975, war von 1999 bis 2010 Vorsitzender des Unterbezirks Augsburg und von 2000 bis 2010 stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bezirks Schwaben. Von 1990 bis 2003 gehörte der Sozialdemokrat dem Stadtrat in Augsburg an. Paula engagierte sich im Deutschen Bundestag im Verkehrs-, im Tourismus- sowie im Landwirtschaftsausschuss und war tierschutzpolitischer Sprecher seiner Fraktion.

>Peter Jacoby Bundestagsabgeordneter 1994-1999, CDU
Peter Jacoby begeht am 27. April seinen 70. Geburtstag. Der Diplom-Soziologe und Wirtschaftsassessor aus Saarbrücken trat 1969 der Jungen Union bei, war von 1979 bis 1985 saarländischer Landesvorsitzender und stand von 1986 bis 1990 an der Spitze der CDU Saar. Von 1980 bis 1994 sowie von 2004 bis 2012 gehörte Jacoby dem saarländischen Landtag an. Im Deutschen Bundestag wirkte er im Haushaltsausschuss mit und gehörte dem Vorstand seiner Fraktion an. Von 1999 bis 2012 amtierte der Christdemokrat als saarländischer Finanzminister sowie bis 2009 auch als stellvertretender Ministerpräsident des Saarlandes. *bmh*



Olaf Scholz, SPD, Bundesminister der Finanzen:

Der Nachtragshaushalt ist ein offensiver und mutiger Schritt



Olaf Scholz (*1958)
Bundesminister der Finanzen

Wir müssen noch durchhalten. Wir haben jetzt jeden Tag und jede Woche neue Meldungen über den Impffortschritt in Deutschland, und das ist eine positive Nachricht für die Zukunft. Aber wir wissen: Die Infektionszahlen gehen weiter nach oben. Wir haben unverändert eine schwierige Situation, und deshalb brauchen wir noch mal eine nationale Kraftanstrengung in diesen Tagen.

Meine Damen und Herren, bei der Kraftanstrengung, die wir jetzt als Bundesregierung mit einer Formulierungshilfe auf den Weg gebracht haben, die die Regierungsfractionen eingebracht haben und

die der Bundestag debattieren wird, geht es darum, für Klarheit, Übersichtlichkeit und Verlässlichkeit zu sorgen. Wir wollen sicherstellen, dass es gemeinsame, einheitliche Regeln in ganz Deutschland gibt, was zu geschehen hat, wenn die Infektionszahlen zu sehr nach oben gehen. Und ich bin froh darüber, dass diese Initiative jetzt beraten wird.

Denn wir müssen dafür Sorge tragen, dass wir die Infektionszahlen nach unten kriegen, damit sich der Impferfolg auch möglichst bald in den Infektionszahlen selber niederschlagen kann. Wenn wir das jetzt nicht machen würden, würden wir das später sehr bereuen. Und deshalb sage ich: Eine bundesweite Notbremse ist ein richtiger Schritt, und es ist gut, dass wir das machen.

Zu den Regeln, um die es jetzt geht, gehören natürlich auch viele andere Sachen, zum Beispiel, dass wir dafür Sorge tragen, dass auch in den Unternehmen getestet wird; denn Tests sind sehr, sehr wichtig für die Sicher-

heit, die wir als Bürgerinnen und Bürger brauchen. Ich bin froh, dass auch das auf den Weg gebracht worden ist.

Meine Damen und Herren, es geht auch darum, dass wir alles dafür tun, dass die Familien in dieser Situation alle Chancen haben, mit ihr zurechtzukommen. Deshalb gehört zum Durchhalten ganz unbedingt auch, dass die Kinderkrankentage noch einmal verbessert worden sind. Alles zusammen soll dazu beitragen, dass wir den Endspurt jetzt bewältigen.

Wir müssen noch durchhalten, und das gilt natürlich auch für das, was wir finanziell stemmen müssen, um sicherzustellen, dass die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Folgen dieser Krise nicht so negativ sind, wie sie ohne aktive Fiskalpolitik, ohne aktive Politik des deutschen Gesetzgebers und des

Wir müssen Unternehmen auch bis zum Ende der Krise mit Hilfen unterstützen können.

Haushaltsgesetzgebers wären. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass wir Unternehmen und Arbeitsplätze auch bis zum Ende der Krise mit Wirtschaftshilfen unterstützen können. Darum geht es bei dem Nachtragshaushalt.

Das sind also die finanziellen Grundlagen für neue und für fortgesetzte Hilfen für Gastronomen, für Hoteliers, für diejenigen, die Kultureinrichtungen betreiben, für diejenigen, die Sportveranstaltungen durchführen wollen, und für alle, die das jetzt nicht machen können wie zu anderen Zeiten. Die Wirtschaftshilfen sind wichtig, und sie werden fortgesetzt. Das machen wir mit dem Nachtragshaushalt möglich.

Das gilt selbstverständlich auch für all das, was notwendig ist, um dafür zu sorgen, dass die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger geschützt wird. Wir müssen immer noch viel Geld ausgeben, für die Impfstoffbeschaffung zum Beispiel, für all das, was wichtig ist, damit wir Leben und Gesundheit sichern können. Deshalb ist es auch für alle gesundheitspoliti-

schen Maßnahmen richtig, dass wir jetzt mit dem Nachtragshaushalt die finanziellen Grundlagen dafür schaffen.

Nicht alles, was jetzt in den nächsten Tagen und Wochen zu entscheiden ist, wird schon im Detail in diesem Nachtragshaushalt geregelt; da sind auch Spielräume formuliert und vorgesehen. Deshalb will ich ein Thema ganz besonders aufgreifen, von dem ich glaube, dass wir darüber jetzt schon nachdenken müssen, dass wir es in den Blick nehmen müssen:

Gerade die Kinder und Jugendlichen sind von dieser Pandemie ganz besonders herausgefordert, und das ist ein kleines Wort für eine ganz, ganz große Anstrengung bei diesen jungen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Sie brauchen unsere Unterstützung nicht nur jetzt in dieser Situation angesichts vieler Dinge, die nicht stattfinden können, da man sich nicht mit seinen Freundinnen und Freunden treffen kann, da man sich nicht in der Jugendeinrichtung treffen kann, da man nicht die Möglichkeit hat, all das zu tun, was in den Schulen sonst stattfindet. Es muss ein Aufholpaket geben, durch das wir allen die Chance geben, wieder eine gute Zukunft zu gewinnen. Auch das gehört aus meiner Sicht zur Coronapolitik dringend dazu. Wir können all das, was jetzt notwendig ist, finanziell auch stemmen. Denn das gehört auch zu den Tatsachen, die wir berücksichtigen müssen, wenn wir über Nachtragshaushalt und Schulden, um die es ja immer geht, reden. Wir haben seriös gewirtschaftet in den letzten Jahren.

Wir haben eine sehr, sehr gute Grundlage für alles, was notwendig ist. Deshalb kann man sehr klar sagen: Wir werden nach der Krise besser dastehen, als alle anderen G-7-Staaten vor der Krise dagestanden haben. Wir werden eine geringere Staatsverschuldung haben, als wir nach der letzten Krise hatten. Alles das zusammen wird dazu beitragen, dass wir trotz der riesigen Mittel, die wir jetzt einsetzen, trotz der Kreditemächtigung, trotz der Schulden, die wir zusätzlich machen, wirtschaftlich wieder wachsen können, um eine gute Zukunft zu gewinnen. Wobei ich sehr klar sagen werde und will:

Das wird nicht einfach; denn wir dürfen ja nicht nur an die kommende Legislaturperiode denken. Wir müssen auch wissen: Die Kredite, die wir jetzt aufnehmen, werden zurückgezahlt, ab 2026 alle zusammen. Das wird eine erhebliche Belastung für den Haushalt bedeuten. Deshalb auch an dieser Stelle ein klares Bekenntnis: Ohne faire Besteuerungsregeln wird das niemals funktionieren, und deshalb müssen wir hierzulande dafür sorgen, dass es fair zugeht.

Wir werden nach der Krise besser dastehen, als alle anderen G-7-Staaten vor der Krise.

Aber wir brauchen auch große Fortschritte auf internationaler Ebene. Ich bin der amerikanischen Finanzministerin Janet Yellen sehr, sehr dankbar, dass sie jetzt die Initiativen für eine globale Mindestbesteuerung freigegeben hat, dass Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika und all die anderen Länder zusammen in diesem Sommer Regeln festlegen und damit eine faire Besteuerung der digitalen Konzerne, aber auch eine globale Mindestbesteuerung durchsetzen. Der Dumpingwettbewerb bei den Steuern nach unten ist zu Ende. Das ist die Entscheidung dieses Jahres.

Aber auch das will ich hier sagen: Es gibt hohe Investitionen, die wir für die Zukunft brauchen, und sie werden langfristig abgesichert. Wir brauchen einen starken Sozialstaat, der uns jetzt in der Krise und auch in der Zukunft hilft. Auch das wird finanziell abgesichert. Deshalb ist der Nachtragshaushalt ein offensiver, ein mutiger Schritt. Wir können durchhalten, und wir werden die Krise hinter uns lassen. Das ist die Botschaft, die auch damit verbunden ist.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)



Mit dem Nachtragshaushalt ergibt sich nach den Plänen der Bundesregierung für 2021 eine Verschuldung von mehr als 240 Milliarden Euro.

© picture alliance / Flashpic / Jens Krick

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentarischen Fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

www.bundestag.de/live/tv/index.html

Peter Boehringer, AfD:

Völlig unverhältnismäßige Reaktionen der Regierung



Peter Boehringer (*1969)
Landesliste Bayern

Nun stehen wir also zum vierten Mal in gut zwölf Monaten hier für eine Haushaltseinbringung, und erneut werden alle etablierten Maßstäbe der Haushaltsführung gesprengt: per 2021 nun 240 Milliarden Euro Schulden in nur einem Haushaltsjahr, 44 Prozent Kreditfinanzierungsquote des Haushalts. Das sind historische, zuvor niemals gesehene oder auch nur denkbare Dimensionen. Warum? Angeblich nur wegen Corona. Wir respektieren alle die Sorgen der Menschen vor einer real existierenden Infektionskrankheit, vor allem bei den Risikogruppen. Trotzdem sind die objektiven Fakten folgende:

Die Regierung erhält den epidemiologischen und haushalterischen Ausnahmezustand derzeit über willkürliche Inzidenzzahlen aufrecht, die durch die massiv gesteigerte Anzahl von Tests in Schulen und Betrieben überall künstlich hochgetrieben werden. Dies, obwohl die Regierung sogar selbst sagt – gestern in der „Welt“ -, dass andere Parameter als die absoluten Fallzahlen den Schweregrad der Pandemie abbilden, zum Beispiel der Anteil der Covid-Patienten an allen Intensivpatienten. Gerade einmal 20 Prozent der Intensivstationsbelegungen sind sogenannte Coronapatienten, also die, die wegen bzw. in vielen Fällen einfach nur mit Covid intensiv liegen.

Auch nach 13 Monaten ist weiterhin kein Beleg erbracht, dass ausgerechnet die Lockdown-Maßnahmen, die Testmanie oder gar die Chaosimpfungen eine Eskalation der Pandemie verhindert haben. Daten der Johns-Hopkins-Universität zeigen das Gegenteil anhand von Vergleichen von Ländern mit und ohne Lockdown.

- Wenn ich die Zwischenrufe höre: Ich habe die Daten dabei.

Die Bundesregierung ist auch nach zwei Coronawintern noch

immer in der Belegpflicht angesichts der gewaltigen Kollateralschäden an Psyche und Grundrechten der Menschen – von den existenziellen Schäden der Wirtschaft ganz zu schweigen. Wenn ich Zeit hätte, Herr Minister, würde ich jetzt über die Heuchelei reden, die Sie eben in Bezug auf die Kinder veranstaltet haben. Sie berauben dieser Kinder ihrer Zukunft und aktuell ihres guten Alltags und heucheln, etwas für die Kinder zu tun. Das ist wirklich übel.

Die haushalterische Notsituation ist seit März 2020 eine unglaublich ergiebige Ausrede für uferloses Schuldenmachen. Auch im Haushalt 2021 findet man erneut keinerlei Einsparungen und verfassungswidrigerweise noch immer keine Auflösung der großen Asylrücklage. Zudem weist nur ein kleiner Anteil der mit 240 Milliarden Euro Neuverschuldung finanzierten Maßnahmen überhaupt einen Bezug zu Corona auf. Auf unsere vielfachen Nachfragen im Ausschuss hin wurde von der Regierung zuletzt gar nicht mehr behauptet, dass all diese Ausgaben coronabedingt seien, auf EU-Ebene übrigens ebenso wenig. Auch die neue EU-Coronaverschuldungskapazität wurde entgegen den Interessen Deutschlands als Haupthaft federführend vom deutschen BMF durchgesetzt. Von diesen 800 EU-Milliarden haben nur etwa 30 Prozent einen nachvollziehbaren Coronabezug.

Wir haben erst April. Es ist rekordverdächtig, wenn Olaf Scholz jetzt beantragt, den Schuldenhaushalt 2021 nach nur vier Monaten um weitere 60 Milliarden Euro Schulden aufzustocken. Und wer sagt uns denn, dass dieser Haushalt nun der letzte für 2021 sein wird? Noch im Dezember 2020 war für das BMF völlig unabsehbar, dass der Lockdown über Dezember hinaus dauern würde, obwohl man es natürlich bereits besser wissen musste. Ich hatte hier schon am 8. Dezember 2020 in der Debatte gesagt: „Der vorliegende Haushaltsentwurf gibt die Coronaausgleichszahlungen in derzeitiger Höhe nur etwa bis Sommer 2021 her.“ Und so müssen wir heute mit Ansage einen Nachtragshaushalt debattieren, der diesmal Corona-Lockdown-Folgen etwa bis zum Herbst vorsieht. Genauer wissen wir das nicht, weil das BMF sich hartnäckig weigert, die Basis der Etatalkulation offenzulegen.

Mein Tipp: Genau bis zur Bundestagswahl wird der völlig verantwortungslose Dauer-Lockdown mit 240 Milliarden Kreditgeld nun finanzierbar sein. Doch ab Herbst droht dann bereits die nächste milliarden schwere Etatlücke, um die sich dann der nächste Finanzminister und der nächste Bundestag kümmern müssen.

Aber es wurde ja seriös gewirtschaftet – das stand schon auf meinem Redezettel; das kam eben noch mal. Gemeint war natürlich: gut vorgesorgt in Form der formellen Notsituation auch schon für 2022. Erneut – das ist heute schon sicher – wird dann die verfassungsrechtliche Schuldenbremse ausgesetzt und somit der Artikel 115 Grundgesetz missbraucht im dann fünften Coronaschuldenhaushalt seit März 2020. In diesem Sinne, Herr Minister, hinterlassen Sie Ihrem Nachfolger dann tatsächlich ein bestelltes Feld: ein mit Schuldgeld ganzer künftiger Generationen gedüngtes.

Sie haben in diesen Bundestag

in nur 13 Monaten mehr Schulden eingebracht, als der Bund zuvor in 20 Jahren gemacht hatte. Die EU finanziert jetzt sogar fast zwei Drittel ihres nunmehr verdreifachten Etats auf Pump. Es ist alles ökonomisch völlig unverantwortlich.

Sie nehmen die Bundeshaushalte bis 2058 in Geiselnhaft. Deutschland haftet für die Schulden anderer Staaten. Künftig wird dann in Rom und Athen mitentschieden, wie hoch der Bundeshaushalt auszufallen hat. Das ist illegal. Denn selbstredend wird dadurch künftig die haushalterische Gesamtverantwortung dieses Bundestags aufgegeben. Unsere Verfassungsklage dagegen liegt bereits in Karlsruhe.

Schon zum regulären 2021er-Haushalt hatten wir diesem Haus eine Normenkontrollklage vorgeschlagen. Leider ist da niemand sonst mitgegangen. Tja, 2021 wird nun das Jahr der massiven Auswirkungen des Lockdowns. Bei Familienbetrieben

und Mittelständlern wird derzeit die Lebensleistung von Generationen vernichtet – wegen der völlig unverhältnismäßigen Reaktion der Regierung auf eine Infektionskrankheit.

Die AfD erkennt den Coronamittelbedarf zu einem kleinen Teil an, und zwar verfassungskonform, das heißt ohne illegitime Verlä-

gerung der haushalterischen Notsituation. Die wirklich sinnvollen Ausgaben im Gesundheitswesen und beim Kurzarbeitergeld und an einigen wenigen anderen Stellen anerkennt auch die AfD. Wir haben alle diese Ausgaben, ebenso die zum Schutz der Risikogruppen, seit März 2020 immer mitgetragen und mitfinanziert.

Die Rettung der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft kann aber nur über das Ende des Lockdowns kommen, nicht über unbezahlbare Dauersubventionen, nicht über gewaltige Coronasteuererhöhungen, die ja schon sicher absehbar sind, nicht über permanente massenhafte Pflichttestungen und Bürgerrechtseinschränkungen und keinesfalls über unzureichend getestete Impfungen oder gar über eine faktische Impfpflicht, die wir kategorisch ablehnen.

Absolute Grundrechte, wie etwa das auf Freizügigkeit und körperliche Unversehrtheit, sind eben Grundrechte. Die Deutschen müssen sich diese im Grundgesetz 1949 aus guten historischen Gründen als Individualrechte verfassten unabdingbaren Grundrechte weder „erimpfen“ noch „er-testen“ lassen. Diese Regierung verlässt den Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wo ist der Verfassungsschutz, wenn man ihn braucht?

(Beifall bei der AfD)

Und wer sagt uns denn, dass dieser Haushalt nun der letzte für 2021 sein wird?

Eckhardt Rehberg, CDU:

Wir treffen Vorsorge und das ist auch richtig



Eckhardt Rehberg (*1954)
Wahlkreis 17

Kollege Boehringer, nach der Rede, die Sie eben gehalten haben: Gehen Sie mal rüber zur Charité auf die Intensivstation! Würden Sie dort die gleiche Rede halten – vor Ärzten, vor Krankenschwestern und vor an Covid-19 Erkrankten, die beatmet werden müssen, die heute vier bis

sechs Wochen da liegen, weil es mittlerweile die unter 60-Jährigen trifft? Da gehen Sie hin und halten mal Ihre Rede und reden davon, dass das eine unverhältnismäßige Reaktion der Bundesregierung ist!

Ich will hier, liebe Kolleginnen und Kollegen, nichts herbeireden; aber die Höhe der Infektionswerte erschreckt einen schon.

Nachlaufend ist der Anstieg der Zahl der belegten Intensivbetten. Ich möchte nicht – ich sage das ganz ausdrücklich -, dass auch bei mir in der Fraktion der eine oder andere möglicherweise erst mit Bildern zur Vernunft kommt, wo zu sehen ist, wie in der Charité oder bei mir in Ribnitz-Damgarten in den Boddin-Kliniken die Intensivpatienten auf den Fluren liegen müssen, weil die Krankenzimmer belegt sind. Das möchte ich nicht. Wenn Sie sich die Zah-

len angucken, sehen Sie: Jeden Tag gibt es 80 bis 100 neue Intensivpatienten. Rechnen kann ich noch: Das sind in 7 Tagen 600 bis 700 und in 14 Tagen 1 500 weitere Intensivpatienten. Dann sind wir bei über 6 000 in der Bundesrepublik Deutschland, und dann ist die Kapazitätsgrenze erreicht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen ist es richtig, dass wir handeln.

Aber wenn man die Zahlen betrachtet, erschrecken die einen schon. 2020, 2021 und 2022: 450 Milliarden Euro Schulden. Die müssen jetzt nicht alle eintreten; das weiß ich auch. Das ist im letzten Jahr auch nicht der Fall gewesen. Aber die größere Kraftanstrengung wird sein, wieder die verfassungsgemäße Schuldengrenze einzuhalten. Das wird in der Zukunft die größere Kraftanstrengung werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich halte es auch

für gerechtfertigt, im nächsten Jahr noch mal die Ausnahme von der Schuldenbremse in Anspruch zu nehmen.

Das Entscheidende ist heute auch nicht die Verschuldungsquote des Staates, sondern das Entscheidende ist die Kreditfinanzierungsquote des Bundeshaushaltes. Die Kreditfinanzierungsquote war im Jahr 2010 bei 15 Prozent; in diesem Jahr, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist sie bei 44 Prozent. Wir treffen Vorsorge, und das ist auch richtig. Wer sich den Pandemievorsorgetitel anschaut, sieht: Da sind jetzt schon 18 Milliarden Euro raus; wir füllen ihn wieder auf. 18 Milliarden!

Das ist, Kollege Boehringer, kein Geld, das irgendwie sinnlos ausgegeben worden ist. Das ist ausgegeben worden fürs Testen, fürs Impfen, für Krankenhausfinanzierung, und es ist zum Beispiel – darüber werden wir wahrscheinlich noch reden müssen – für das Kurzarbeitergeld ausgegeben worden. Ich könnte noch viele Punkte nennen. Oder wollen Sie nicht, dass Familien geholfen wird? Wollen Sie nicht, dass Unternehmen geholfen wird? Wollen Sie nicht, dass wir Impfstoffe kaufen? Oder wollen Sie nicht, dass wir testen? Ich will dieses alles, und deswegen ist dieser Nachtragshaushalt richtig.

Ein Satz zu den Unternehmenshilfen. Gerade eben habe ich noch mal die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern angehört. Sie hat diese Woche gesagt: Der Bund hält seine Zusagen nicht ein. – Wir haben unsere Zusage eingehalten. Wir haben noch mal massiv aufgestockt, Herr Bundesfinanzminister – der Wirtschaftsminister ist jetzt nicht da –, Stichwort „Eigenkapitalzuschuss“ bei der Überbrückungshilfe III. Wir haben reagiert nach der Ministerpräsidentenkonferenz vom 3. März. Aktuell stehen bei den Unternehmenshilfen insgesamt 65 Milliarden Euro zur Verfügung; deswegen brauchen wir den Titel mit 25 Milliarden Euro im Nachtragshaushalt jetzt nicht anzupacken. Beantragt, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind mittlerweile rund 20 Milliarden Euro.

Auch das gehört zur Wahrheit dazu. Immer wieder ist von den Ländern zu hören: Der Bund tut nichts. – Die Wirtschaftshilfen, Überbrückungshilfe I, II, III, November-, Dezemberhilfe, bezahlt komplett, zu 100 Prozent, der Bund allein, die Länder setzen um.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das muss mal gesagt werden: Bei der Novemberhilfe

und Dezemberhilfe sind 85 Prozent der beantragten Volumina umgesetzt. Bei der November- und Dezemberhilfe stehen wir seit Wochen bei etwa 6 Milliarden Euro. Die Antragsvolumina steigen nicht mehr groß. Das heißt, da wird auch nicht mehr viel kommen. Ich glaube, gerade die Überbrückungshilfe III ist gut konzipiert, nicht branchenbezogen, sondern insgesamt für alle gleichmäßig passend. Ich bin davon überzeugt, dass die auch helfen wird.

Ein Wort zu einer ganz spannenden Debatte, die auch in meinem Heimatland gerade wieder geführt wird. Schlagzeile: Kommunen haben einen Überschuss von 339 Millionen Euro. – 339 Millionen

Euro! Es gibt zwei Gründe.

Der erste Grund ist: Der Bundesländer-Finanzausgleich zur Erhöhung oder Zurverfügungstellung eines Ausgleichs der kommunalen

Finanzkraft ist in Mecklenburg-Vorpommern auf Druck der CDU komplett im kommunalen FAG gelandet – komplett, 330 Millionen Euro.

Zum zweiten Grund. Ich habe mich mal nach Gewerbesteuererträgen bei mir an der Küste umgehört. Rügen, Usedom, Fischland-Darß: kein Einbruch. Und wissen Sie, wer die großen Gewerbesteuerzahler dort sind? Hotellerie und Gastronomie. Das sind dort die großen Gewerbesteuerzahler. Der zweite Grund ist der Ausgleich des Bundes bei der Gewerbesteuer. Ich will hier mal die Unterschiedlichkeit der Inanspruchnahme und der Finanzlage von Bund, Ländern und Kommunen deutlich machen. Bund, Defizit bei den Einnahmen: 131 Milliarden Euro. Finanzierungsüberschuss: 39 Milliarden Euro. Kommunen: positiver Überschuss von 2,7 Milliarden Euro.

Aber jetzt kommt's. Herr Bundesfinanzminister, Kinder- und Jugendhilfe ist Sache der Länder und Kommunen. Der Bund hat ein Minus bei den bereinigten

Einnahmen von 43,5 Milliarden Euro. Die Länder haben ein Plus bei den bereinigten Einnahmen von 32,3 Milliarden Euro. Der Grund ist: Hier ist beim Bundesamt für Statistik die Bundeszuweisung an die Länder eingerechnet. Diese ist da gegenüber dem letzten Jahr eingerechnet. Das heißt 32,3 Milliarden Euro mehr in 2020 als in 2019. Die Kommunen haben ein Plus von 13,6 Milliarden Euro bei den bereinigten Einnahmen.

Das sollte uns schon mal zu denken geben, was wir noch zu leisten haben, oder auch, wenn andere originär zuständig sind, was sie dann selber zu leisten haben. Ich bin Carsten Schneider und Anja Hajduk dankbar. Guckt man ins Jahr 2017 zurück: Prüfungsrechte des Bundesrechnungshofs. Wenn wir diese Verfassungsänderung nicht gemeinsam vorgenommen hätten, würde nicht auf

den Tisch kommen, dass die Länder Stand Ende 2017 Reste bei den Regionalisierungsmitteln von 4 Milliarden Euro haben, aufwachsend auf 5 Milliarden Euro – Aussage des Bundesrechnungshofs im Haushaltsausschuss.

Ich könnte diese Liste noch so weiterführen. Warum sage ich dieses gerade oder mache das sehr deutlich? Ja,

wir wollen dieses Jahr 240 Milliarden Euro an Schulden aufnehmen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die größere Kraftanstrengung – ich wiederhole mich – wird das Herauswachsen aus den Schulden sein, um wieder das Grundgesetz, die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, einzuhalten, die Schuldengrenze einzuhalten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

den weniger reisen. Wir reduzieren mal alle Reisekosten, wenigstens ein bisschen, und wenn es nur ein paar Millionen weniger Neuverschuldung bedeutet. – Nein, es bleibt alles beim Alten! Und genau das ist das, was Sie machen: Sie belassen es beim Alten, geben ein bisschen mehr drauf, schaffen sich eine Wahlkampfkasse, lassen sich hier applaudieren. Das ist im Endeffekt keine Haushaltspolitik, sondern das ist zukunftsvergessen und nicht das, was dieses Land eigentlich von einem Finanzminister erwarten könnte.

Das Zweite – und das ärgert mich auch sehr – ist, dass Sie in Ihrer Rede auf eine Sache nicht hingewiesen haben, die in diesem Nachtragshaushalt steht, nämlich die Erhöhung der Zinskosten um 4,5 Milliarden Euro. 4,5 Milliarden Euro mehr als noch im Dezember geplant muss dieses Land im Bereich der Zinsen ausgeben. 4,5 Milliarden! Das heißt, alle grünen Träume von kostenlosen Investitionen, alle linken Träume von kostenloser Mehrverschuldung sind zu Ende geträumt. Seit Mitte Februar sind die Zinsen weltweit gestiegen. Bei uns ist es so, dass inzwischen sogar schon die 15-jährigen Anleihen im positiven Bereich sind.

Um das einmal umzurechnen: Wenn Sie eine Verschuldung von 1 300 Milliarden Euro – 1,3 Billionen – haben, dann werden Sie an der Stelle sagen: Okay, das ist ja nicht schlimm. – Aber 0,1 Pro-

Fortsetzung auf nächster Seite

Die größere Kraftanstrengung wird das Herauswachsen aus den Schulden sein.

Gerade die Überbrückungshilfe III ist gut konzipiert, insgesamt für alle gleichmäßig passend.

Otto Fricke, FDP:

Dieses Land hat einen besseren Nachtragshaushalt verdient



Otto Fricke (*1965)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Herr Finanzminister, das, was der Kollege Rehberg gesagt hat, war für Sie eigentlich ein klarer Tiefschlag; denn er hat genau beschrieben, was Sie hinterlassen. Man muss einfach auch heute wieder feststellen: Das war nicht die Rede eines Finanzministers, eines Haushaltsministers, sondern das war die Rede eines Wahlkämpfers und Kanzlerkandidaten.

Was Sie mit dem deutschen Haushalt in den vier Jahren gemacht haben, ist, dass Sie ihn im Endeffekt in eine so tiefe Krise geführt haben, dass ich Eckhardt Rehberg nur zustimmen kann: Wer auch immer die nächste Regierung stellen wird, wird sich mit den Überbleibseln Ihrer eigentlich

nicht mehr vorhandenen Haushaltspolitik auseinandersetzen müssen.

Es ist eine unkontrollierte Ausgabenwelle, die wir hier vorfinden. Es ist jetzt, wenn wir die Nachtragshaushalte dazunehmen, der vierte Verschuldungshaushalt, den wir hier erleben. Es ist an der Stelle auch die typische Reaktion eines Wahlkämpfers, eines Sozialdemokraten. Meine Fraktion bestreitet überhaupt nicht, dass wir uns gegenwärtig in einer Krisensituation befinden, und wir alle sind der Ansicht – unabhängig von der Frage, was der Grund dafür ist –, dass wir helfen müssen. Aber all das, was Sie machen, Herr Finanzminister – und da können Sie so lange in Ihren Papieren rumblättern, wie Sie wollen, statt zuzuhören, wie es eine Regierung im Parlament eigentlich tun sollte –, zeigt doch nur ganz genau, wie Sie hier agieren. Diese Parlament ist Ihnen eigentlich egal. Die SPD kann der Wahlkampfrede zuhören; die CDU, die mehr mit sich selbst beschäftigt ist, nimmt das alles hin. Aber es betrifft diejenigen drau-

ßen, die es am Ende bezahlen müssen.

Sie sagen: Wir müssen helfen. – Richtig, wir müssen helfen. Aber wie hat Bertolt Brecht doch so schön in „Der Jasager. Der Neinsager“ geschrieben: „Wer a sagt, der muß nicht b sagen. Er kann auch erkennen, daß a falsch war.“ Man hätte sich mal damit beschäftigen müssen, wie man die Hilfen besser aufstellt, anstatt neue Behörden, neue Vorgänge zu schaffen. Und wir wissen doch auch, warum der Wirtschaftsminister nicht da ist: weil er die 57. Bürokatienregel finden muss, wie den Unternehmen vielleicht nun geholfen – bzw. nicht geholfen – werden kann.

Das Schlimmste, Herr Minister, ist – und das ärgert mich so sehr -: Wenn man in einer Notsituation ist, dann guckt man nicht nur: „Wo gebe ich mehr aus?“, sondern vielleicht auch mal: Wo gebe ich weniger aus? Worauf kann ich verzichten? Um es ganz einfach zu machen: Dieser Finanzminister ist noch nicht einmal in der Lage, zu sagen: Okay, Leute, Corona geht weiter. Die Behördenvertreter wer-

Es ist eine unkontrollierte Ausgabenwelle, die wir hier vorfinden.

zentpunkte mehr Zinsen – darauf sei nur mal hingewiesen – sind 1,3 Milliarden Euro. Das heißt, steigt die Verzinsung beim Bund um 0,1 Prozent, müssen Sie 1,3 Milliarden Euro mehr bezahlen.

Was bedeutet das? Um ein Beispiel zu geben, was man mit 1,3 Milliarden Euro machen kann: Alle neuen Schüler bis 2023 könnten von diesem Geld ein iPad mit Stift bekommen. Das ist dann

weg, weil Sie eine Verschuldungspolitik machen, die zukunftsvergessen ist und Zinsen nicht berücksichtigt. Das kann nicht die Zukunft sein.

Ich will zum Schluss sagen: Die-

ses Land hat einen besseren Nachtragshaushalt verdient. Dieses Land hat aber noch etwas anderes verdient, nämlich endlich wieder einen Finanzminister. Dafür wird es Zeit.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Gesine Löttsch, Die Linke:

Die Pandemie trifft arme Menschen besonders hart



© Uwe Voelkner-Fotoagentur/FOX

Gesine Löttsch (*1961)
Wahlkreis Berlin-Lichtenberg

Mit dem Nachtragshaushalt müsste die Bundesregierung eigentlich drei Fragen beantworten: Erstens. Werden geeignete und wirksame Maßnahmen ergriffen, mit denen wir gesund aus der Krise und aus dem Lockdown herauskommen? Zweitens. Werden arme Menschen und Menschen in prekären Situationen wirksam unterstützt? Und – drittens – vor allem: Wer bezahlt die Coronarechnung? Darauf gibt die Bundesregierung keine ehrlichen Antworten. Wir aber sagen: Wir wollen vor der Bundestagswahl wissen, wer die Pandemiekosten bezahlen soll, meine Damen und Herren.

Aus dem Wellenbrecher-Lockdown ist nun ein Dauerwellen-Lockdown geworden. Woran liegt das? Das private Leben der Menschen wird drastisch eingeschränkt, aber das Wirtschaftsleben kann in vielen Bereichen einfach so weiterlaufen, als ob es keine Pandemie gäbe. Wenn es um Systemrelevanz geht, denke ich an Krankenhäuser, an Pflege, an den Lebensmittelhandel. Aber ich sage ganz deutlich: Der Bau von Panzern und Maschinengewehren ist nicht systemrelevant. Darum muss hier gestoppt werden, meine Damen und Herren!

Schriftlich wollte ich von der Bundesregierung wissen: Gibt es Überlegungen, die Produktion in Wirtschaftsbereichen, die nicht systemrelevant sind, in der Krise

zu reduzieren? Die Antwort war Nein. Wir sagen: Das ist die falsche Antwort, meine Damen und Herren! Erinnern wir uns: Die Kanzlerin wollte vor Ostern einen einzigen Ruhetag einlegen. Und was passierte? Sie wurde von den Cheflobbyisten der Autoindustrie zurückgepfiffen. Spätestens danach war klar, wer hier das Sagen in diesem Land hat. Das muss sich ändern, meine Damen und Herren!

Viele Menschen denken inzwischen: Die Kanzlerin und die Ministerpräsidenten sind einfach unfähig. – Ich glaube aber, es geht um etwas anderes. Es geht um Interessen. Jeder muss wissen, dass im Präsidium der CDU die Wirtschaftslobby einen festen Platz hat und dort klare Ansagen macht, was geht und was nicht geht. Auch das muss sich ändern, meine Damen und Herren!

Die Kanzlerin fordert jetzt eine Notbremse für Schulen, aber nicht für Heckler & Koch und andere Kriegswaffenhersteller. Aber wir fragen Sie: Was ist eine Notbremse wert, die Schülerinnen und Schüler ausbremst und gleichzeitig der Rüstungsindustrie weiter grünes Licht gibt? Das geht so nicht weiter, meine Damen und Herren! Und wir fragen uns auch, warum über drastische Ausgangssperren diskutiert wird, aber nicht über die Einschränkung

nicht systemrelevanter Produktionen.

Meine Damen und Herren, der Finanzminister will uns einreden: Wir werden aus der Krise herauswachsen. – Das ist eine Milchbubenrechnung! Und weil Sie auch in dieser Rede wieder behauptet haben, Deutschland werde nach der Krise besser dastehen als alle anderen Länder, können wir zurückblickend auf das vergangene Jahr, auf die vergangenen Monate nur sagen: Hier ist mehr Bescheidenheit angesagt. Es wurde ja auch behauptet, Deutschland werde beim Impfen besser vorankommen als alle anderen Länder. Das

ist von der Realität widerlegt. Stellen Sie sich endlich der Realität!

Wir wissen alle: Die Pandemie trifft arme Menschen besonders hart. Bis Ende August 2020 haben 15,5 Millionen Haushalte in Deutschland Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. Gering- und Normalverdiener sind am stärksten betroffen. 30 Prozent der Menschen mit besonders niedrigen Einkommen hatten seit Beginn der Pandemie Probleme, laufende Rechnungen zu bezahlen. Das ist nicht gottgegeben, sondern das Ergebnis einer falschen Politik. Wir brauchen endlich eine sozial gerechte Politik in unserem Land, meine Da-

Die Klimakrise wird von uns noch viel größere finanzielle Kraftanstrengungen erfordern.

men und Herren! Und gestern erst mussten sich Bezieher von Sozialleistungen auch noch vom Chef der Arbeitsagentur verhöhnen lassen. Ich kann nur sagen: Das war, mit einem Wort zusammengefasst, mehr als schäbig.

Meine Damen und Herren, die Menschen können ihre Miete nicht mehr bezahlen, und die Unionsfraktion klagt gegen den Berliner Mietendeckel. Ich kann nur sagen: Das ist nicht nur mies, sondern hier zeigen sich auch klare Fronten. Immer da, wo das große

Geld zu verdienen ist, finden sich auch die Abgeordneten der Union. Das ist gerade in der Pandemie unerträglich! Ich kann Ihnen sagen: Sie können diese Scharte nur ausbügeln, wenn Sie hier im Bundestag noch in dieser Legislaturperiode einen bundesweit wirksamen Mietendeckel beschließen. Das wäre die richtige Entscheidung.

Im Nachtragshaushalt steht nicht, wer die Coronarechnung

bezahlen soll. Und wenn man ehrlich ist, muss man sagen: Es gibt nur zwei realistische Möglichkeiten, die Schulden abzubauen: entweder den Sozialstaat herunterfahren oder Milliardäre und Multimillionäre gerecht besteuern. Wir als Linke entscheiden uns für die zweite Variante. Wir brauchen endlich eine wirksame Besteuerung von Milliardären und Multimillionären, meine Damen und Herren!

Sie wollen die Politik der Schuldenbremse fortsetzen. Doch die Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse. Sie ist ökonomischer Unsinn und gehört endlich auf den Müllhaufen der Geschichte; denn sie blockiert die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Wir müssen jetzt in Bildung, Krankenhäuser, preiswerte Wohnungen investieren. Die Klimakrise wird von uns noch viel größere finanzielle Kraftanstrengungen erfordern als die Coronakrise. Da darf niemand auf der Bremse stehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)



Die angespannte Situation in der Coronavirus-Pandemie verschärft die soziale Ungleichheit in Deutschland.

© picture-alliance/ SvenSimon / FrankHoermann/

Sven-Christian Kindler, Bündnis 90/Die Grünen:

Wir brauchen eine Reform unserer Schuldenregeln



Sven-Christian Kindler (*1985)
Landesliste Niedersachsen

Das ist nun der dritte Nachtragshaushalt innerhalb eines Jahres, den wir hier diskutieren. Ich sage klar: Es ist in dieser schweren Notlage, in dieser Pandemie richtig, dass die Bundesregierung die Kreditaufnahme erhöht. Es ist richtig, die Laufzeit der Wirtschaftshilfen zu verlängern. Und es ist auch richtig, mit diesem Nachtragshaushalt jetzt Impfstoffe zu finanzieren. Das ist richtig. Das stellen wir auch nicht infrage, und das unterstützen wir in diesen konkreten Punkten auch.

Aber, Herr Scholz, man muss an dieser Stelle auch festhalten – Sie haben die Coronapolitik der Bundesregierung angesprochen –, dass die extrem gefährliche Situation, in der sich Deutschland jetzt befindet – mit so hohen Inzidenzzahlen, mit vollen Intensivstationen –, doch damit zusammenhängt, dass die Bundesregierung keine konsequente Strategie bei der Coronapolitik verfolgt. Das hängt damit zusammen, dass wir seit Oktober in einem nicht wirksamen Halb-Lockdown sind und die Bundesregierung keine Strategie hat – genauso wie die MPK. Man ist immer hinter der Welle, anstatt die Welle frühzeitig und konsequent zu brechen.

Diese Strategie nach dem Motto „Too little, too late“ – immer zu wenig und zu spät –, die kann so nicht weiter funktionieren. Sie haben den Gesetzentwurf für die Bundesnotbremse angesprochen, Herr Scholz. Aber wir wissen doch alle hier im Haus, dass das nicht ausreichen wird, um die Inzidenzzahlen zu senken, und zwar schnell. Und das ist notwendig. Der Kollege Rehberg hat hier sehr genau ausgeführt, was mit den Intensivstationen passiert, wenn wir die Inzidenzzahlen jetzt nicht schnell senken.

Deswegen fordere ich Sie auf: Wir im Bundestag müssen beim

Infektionsschutzgesetz deutlich bessere, deutlich wirksamere Maßnahmen beschließen, gerade im Bereich der Arbeitswelt, gerade im Bereich der Wirtschaft; der darf nicht weiter ausgespart werden. Wir müssen jetzt handeln, und zwar schnell!

Konkret zum Nachtragshaushalt. Was Sie hier vorgelegt haben, Herr Scholz, ist wirklich nur das Allernötigste. Im Grunde sind es viele technische Anpassungen, die Sie hier vornehmen. Aber es ist kein Wille zum Gestalten mit diesem Nachtragshaushalt wirklich erkennbar. ALG-II-Empfänger/-innen werden bei diesem Nachtragshaushalt wieder leer ausgehen. Es gibt weiterhin keine wirksame, richtige Absicherung für Soloselbstständige.

Und vor allen Dingen fehlt eine Perspektive: Was passiert nach dem Sommer mit Deutschland? Wie geht es dann weiter? Denn die Bundesregierung sagt ja selber: Dann werden wir hoffentlich aus dem Größten heraus sein. – Aber dann muss man, finde ich, auch einen Plan vorlegen: Wie funktioniert die wirtschaftliche Erholung? Wie funktioniert der Wiederaufbau? Das muss man dann im Haushalt konkret absichern. Dann brauchen wir eben zusätzliche Investitionen, dann brauchen wir neue Innovationen, neue Impulse. Das muss man im Haushalt absichern. Aber das sehen wir nicht in diesem Nachtragshaushalt. Das ist viel zu wenig, was Sie hier vorgelegt haben.

Konkret fehlt es an Investitionen in Klimaschutz, in Bildung, in Digitalisierung. Damit vergibt die Bundesregierung hier auch eine Chance, einen ambitionierten Wiederaufbauplan vorzulegen. Ich frage mich schon: Wie soll die Bundesrepublik Deutschland nach dieser Pandemie mit diesem ewigen Weiter-so, mit diesem ewigen Verwalten des Status quo international wieder den Anschluss gewinnen? Wir sehen doch, wie viel in die Zukunft investiert wird in China, aber auch in den USA.

Die neue Administration von Joe Biden hat jetzt einen ambitionierten Plan vorgelegt für Klimaschutz, für die Energiewende, für Forschung, für Digitalisierung, für ein großes Investitionsprogramm und für gute neue Arbeitsplätze. Da ist nichts verdrückt; da ist richtig Power hinter. Ich wünsche mir, dass wir in Deutschland eine Bundesregierung bekommen, die wie die Biden-Administration

wirklich anpackt, die wirklich vorangeht. Das brauchen wir nach der nächsten Bundestagswahl!

Sie haben gesagt, Herr Scholz, man braucht hohe Investitionen nach Corona. Aber die Investitionsstrategie dafür fehlt. Ein Blick in Ihren Haushalt zeigt: Der Nachtragshaushalt, aber auch die Eckwerte für den Haushalt 2022 und die Finanzplanung sehen vor, dass die Investitionen erst sinken und dann eingefroren werden. Das ist aus meiner Sicht Arbeitsverweigerung.

Dass wir mehr Investitionen nach der Pandemie brauchen, das sagen nicht nur wir; das sagen übrigens auch Arbeitgeber und Gewerkschaften, und zwar im Gleichklang. Erst diese Woche hat das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft eine neue

Studie vorgelegt. Arbeitgeber und Gewerkschaften sagen gemeinsam: Wir brauchen mehr Investitionen, und dafür müssen wir auch die Möglichkeit nutzen, das über neue Kredite zu finanzieren. – Sie sagen gleichzeitig: Wir müssen die Schuldenbremse reformieren, und wir müssen dafür sorgen, dass wir keine harten, zu kurzen Tilgungsfristen haben, damit sich Deutschland nach Corona eben nicht kaputtspart. – Ich finde, es wird Zeit, dass man auch auf die Stimmen aus der Wirtschaft hört. Wir brauchen endlich eine investitionsfreundliche Haushaltspolitik; das ist auch wirtschaftsfreundlich. Wir dürfen nicht weiter an alten Dogmen festhalten. Dafür brauchen wir auch eine Reform unserer Schuldenregeln. Ich sage: keine Abschaffung, eine Reform

– keine Abschaffung, wie es die Linkspartei will, aber auch kein starres Festhalten, wie es die Unionsfraktion will. Vielmehr brauchen wir eine Reform unserer Schuldenregeln. Denn es geht darum, dass wir Investitionen, die neues Vermögen schaffen, finanzieren und dafür auch neue Kredi-

te aufnehmen. Die Ablehnung dessen, gerade aus der Unionsfraktion, lässt sich aus meiner Sicht inzwischen nur noch ideologisch begründen; denn mit makroökonomischer Expertise hat das wenig zu tun. Aber auch mit mikroökonomischer Expertise, also mit einzelwirtschaftlichem Sachverstand, hat das wenig zu tun.

Es ist doch absurd, bei dauerhaft niedrigen Zinsen auf neue Kredite zu verzichten, wenn man gleichzeitig einen so hohen Investitionsstau hat. Welche Unternehmerin würde denn, wenn es extrem niedrige Zinsen gibt und sie gleichzeitig veraltete Maschinen hat, nicht sagen: „Ich nutze diese Chance; ich investiere jetzt in neue, effizientere Maschinen, erneuere meinen Investitionsstock“? Das würde man doch machen. Man wäre doch mit dem Klammerbeutel gepudert, diese große Chance jetzt nicht zu nutzen. Ich fordere Sie auf: Kommen Sie endlich in der ökonomischen Realität an, und handeln Sie endlich!

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Alexander Dobrindt (CDU/CSU): Vielleicht sollte man seine Reden mal der Lage anpassen!)

Es ist doch absurd, bei dauerhaft niedrigen Zinsen auf neue Kredite zu verzichten.

Dennis Rohde, SPD:

Wir legen damit das weitere Fundament



Dennis Rohde (*1986)
Wahlkreis Oldenburg-Ammerland

Das letzte Mal, dass wir hier über den Haushalt gesprochen haben, war am 11. Februar. Seit dem 11. Februar sind 16 500 Menschen in Deutschland an Corona verstorben. Das zeigt die dramatische Situation und die dramatische Lage, in der wir uns befinden. Ich will mich Eckhardt Rehberg anschließen: Ich würde mir wünschen, Herr Boehring, Sie würden auch den Familien, den Menschen, die Familienangehörige verloren ha-

ben, das erzählen, was Sie gerade in diesem Haus gesagt haben.

Lieber Sven-Christian Kindler, ich habe gerade gehört, dass die Zahlen auch so hoch sind, weil nicht genug Entschlossenheit da ist, weil man in Regierung und MPK nicht durchgreift. Ich möchte mal deutlich machen: Die Grünen sitzen in elf Landesregierungen. Sie stellen einen Ministerpräsidenten. Vielleicht nicht immer nur mit dem Finger auf andere zeigen, sondern auch mal die eigenen Leute in die Kritik nehmen und sie fragen, was sie denn da falsch gemacht haben!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aufgrund der dramatischen Lage werden wir weiter Einschnitte in unser tägliches Leben in Kauf nehmen müssen. Wir werden weiter Grundrechte gegeneinander abwägen müssen und werden weiter unsere Freiheitsgrundrechte nicht so ausüben können, wie wir es uns alle wünschen würden. Deswegen müssen wir auch weiterhin politisch handeln.

Aber weil hier gerade gesagt

wurde, das, was wir machen würden, sei eine unkontrollierte Ausgabenwelle, will ich noch mal klarstellen: Das sind milliarden-schwere Hilfspakete, damit Unternehmerinnen und Unternehmer durch diese Krise kommen, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die vor der Krise einen Job hatten, durch diese Krise nicht ihren Beruf verlieren. Das sind milliarden-schwere Pakete, um Impfstoffe anzuschaffen, um unser Gesundheitssystem zu stärken. – Deswegen: Wer sagt, das seien alles unkontrollierte Ausgaben, der möge doch sagen, er wolle Insolvenzen, er wolle Arbeitslosigkeit, er wolle keine Impfungen. Denn das ist die Alternative, liebe Kolleginnen und Kollegen. In der Krise kann man launige Reden halten; aber am Ende des Tages muss man handeln. Man muss handeln, damit eben nicht Unternehmerinnen und Unternehmer, Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

Fortsetzung auf nächster Seite

nehmer am Ende die Zeche für eine Krise zahlen müssen, für die sie selbst nichts können. Dann sieht Handeln so aus wie das, was der Bundesfinanzminister Olaf Scholz vorgelegt hat, indem man die Pakete, die es gibt, stärkt und aufstockt und die deutliche Botschaft sendet: Wir lassen euch auch im Jahr 2021 nicht im Stich, und das, was wir euch bisher an Hilfe angeboten haben, das verbessern wir, das bauen wir aus, und das stellen wir euch auch weiter zur Seite.

Nun ist diese Krise eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Unser Staat ist voll handlungsfähig, finanziell voll handlungsfähig; der Minister hat es gesagt: Wir stehen nach der Krise besser da als die anderen G-7-Staaten vor der Krise. – Wir stehen, gemessen an unse-

rem Schuldenstand, nach dieser Krise besser da als nach der Wirtschaftskrise 2009. Wir können uns das leisten, zumal wir im Haushaltvollzug 2020 so viel eingespart haben, dass das, was wir jetzt drauflegen, sogar noch hinter dem zurückbleibt, wovon wir mal als Worst Case ausgingen.

Wir haben einen handlungsfähigen Staat. Und nichtsdestotrotz sage ich: Diese Krise ist auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und es ist nicht einzig und allein der Staat gefordert. Deswegen finde ich es auch richtig, dass wir deutlich gemacht haben: Wenn es um Testen geht und wenn es um Arbeitsschutz geht, dann sind auch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in Deutschland gefordert, diejenigen, die kein Homeof-

fice anbieten wollen oder können, diejenigen, die ihre Produktion aufrechterhalten, die vielleicht sogar mehr Gewinn gemacht haben als vor der Krise; auch die müssen ihren Teil zum Schutz ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beitragen, und auch das stellen wir sicher.

Und – der Bundesfinanzminister hat es angesprochen -: Wir wissen, dass Familien einer ganz besonderen Belastungssituation unterliegen. Wenn man darüber diskutiert, bei welcher Inzidenz man Schulen, Kitas wieder schließt, dann muss man auch immer mitdenken, dass das dann bedeutet, wieder Homeoffice und Kindererziehung unter einen Hut zu bringen. Deswegen ist es auch richtig, dass wir in den letzten zwölf Mo-

naten einen Fokus auf Kinder und Familien gelegt haben und auch weiterhin legen werden, indem wir die Kinderkrankentage weiter ausbauen, indem wir den Kinderbonus noch mal verankern und indem wir auch über ein gutes und tragfähiges Konzept diskutieren, wie man das, was Kinder jetzt verpasst haben – sei es in der Schule, aber auch in der Freizeit –, durch staatliche Angebote wieder ausgleichen kann, damit sie auch alle Chancen in ihrem weiteren Leben haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Botschaft des heutigen Tages ist daher: Ja, wir stehen weiter vor enormen Kraftanstrengungen, nicht nur als Haushaltsgesetzgeber, sondern als Gesellschaft; jeder von uns wird weiterhin verzichten

müssen. Die staatliche Botschaft heute ist:

Erstens. Der Staat ist voll handlungsfähig.

Zweitens. Der Staat steht auch weiter in aller Konsequenz an der Seite der Bürgerinnen und Bürger – mit den Hilfspaketen, die er auf den Weg gebracht hat und weiter auf den Weg bringen wird. Denn wir sind der festen Überzeugung: Nur gemeinsam können wir das Virus besiegen, und nur gemeinsam können wir diese Pandemie hinter uns lassen. Mit diesem Nachtragshaushalt legen wir das weitere Fundament.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Karsten Klein, FDP:

Staatsversagen mit einem Schuldenberg überdecken



Karsten Klein (*1977)
Landesliste Bayern

Impfen schützt die Menschen in diesem Land. Impfen verhindert Krankheiten; Impfen schützt vor Lockdown; Impfen schützt vor Folgeschäden, und es bewahrt die Bildungschancen unserer jungen Generation.

Deshalb stehen wir Freien Demokraten auch hinter den eingestellten Haushaltsmitteln, hinter den 6,2 Milliarden Euro, für den Bereich Impfen – keine Frage!

Aber, liebe Bundesregierung, man muss den Impfstoff auch zum Gamechanger machen, und deshalb: Nur ein verimpfter, ein verabreichter Impfstoff ist ein wirksamer Impfstoff. Deshalb muss der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn endlich die Frage beantworten, warum wir im Vergleich der europäischen Partner nur einen schlechten Mittelplatz bei der Impfgeschwindigkeit belegen, warum 20 bis 25

Prozent der gelieferten Impfstoffe nicht verimpft sind. Das sind Fragen, die endlich geklärt gehören. Dieses Versagen bei der Impfstrategie schadet diesem Land. Dieses Versagen bezahlen die Menschen in diesem Land nicht nur mit ihrer Gesundheit. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Unternehmen bezahlen es im Zweifel mit ihrer Existenz und mit ihren Zukunftsperspektiven. Deshalb: Lassen Sie die Mittel im Haushalt wirken! Wir brauchen mehr Tempo bei der Impfstrategie!

Um die wirtschaftlichen Folgen abzumildern, die aus dieser Krise entstehen, schlagen wir Freien Demokraten Ihnen seit einem Jahr ein sehr wirksames Kriseninstrument vor, und zwar die Einführung einer negativen Gewinnsteuer. Vor allem würden die Mittel bei den Betroffenen auch ankommen.

Dieser Haushalt ist ein Anschlag auf die Generationengerechtigkeit.

Ihre Wirtschaftshilfen, die im Haushalt stehen, kommen ja gar nicht an. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Überbrückungshilfe III – Stand dieser Woche -: 7,4 Milliarden Euro beantragt, 3,1 Milliarden Euro bei den Betroffenen angekommen. Das ist doch keine wirksame Wirtschaftshilfe in einer Krisensituation. Ihre Wirtschaftshilfe ist ein Konjunkturprogramm, aber leider nur für die Insolvenzverwalter. Da hilft es auch nichts, wenn Sie noch mal 25,5 Milliarden Euro ins Schaufenster stellen. Bei der Wirtschaftshilfe muss end-

lich geliefert werden!

Dieses ganze Staatsversagen möchten Sie mit einem Schulden-

Dr. André Berghegger, CDU:

Suchen Sie den Schwarzen Peter nicht immer beim Bund



André Berghegger (*1972)
Wahlkreis Osnabrück-Land

Lieber Dennis Rohde, da ich dir ja sonst auch nicht widerspreche, werde ich das jetzt auch nicht tun; aber in guter koalitionsärer Zusammenarbeit möchte ich deinen Beitrag ergänzen – das gehört zur Vollständigkeit des Bildes dazu -: Wir haben in 2020 im Vollzug dennoch Rekordschulden aufgenommen. Wir haben nichts eingespart. Denn Schuldenmachen ist immer der leichtere Weg, als auf andere Art und Weise einen Ausgleich hinzubekommen. Ich denke, das gehört zur Vollständigkeit des Bildes da-

zu. Meine Damen und Herren, besondere Situationen erfordern besondere Maßnahmen. Wenn wir ein – in Führungszeichen – „normales“ Haushaltsjahr hätten, würden wir nicht fünf Monate nach der Bereinigungssitzung hier stehen und über einen Nachtragshaushalt sprechen. Das wäre nicht realistisch. Jetzt, in dieser Situation, ist das aber, denke ich, nachvollziehbar. Wir haben 2021 – das haben wir mehrfach gehört – ein verändertes Pandemiegeschehen, eine veränderte Virusvariante und nach wie vor erhebliche Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft. Deshalb ist es haushalterisch richtig, frühzeitig zu handeln, zu reagieren, um das gesamte Jahr über handlungsfähig zu sein.

berg überdecken. Wir Freien Demokraten sagen Ihnen eins: Wenn Sie noch mal 50 Milliarden Euro Schulden über die Feststellung einer Notsituation aufnehmen wollen und der gleiche Betrag als Rücklage eingestellt ist, dann vergehen Sie sich an der nächsten Generation. Zuallererst werden in einer Krise Reserven aufgebraucht, bevor man zukünftige Generationen belastet.

Dieser Haushalt ist ein Anschlag auf die Generationengerechtigkeit, Herr Finanzminister. Dieser Haushalt ist nicht enkelfit, und deshalb werden Sie zu diesem Haushalt auch keine Zustimmung der Freien Demokraten, der FDP, erhalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

reife erreicht haben. Aber ich würde auch Wert darauf legen, diesen Nachtrag auf die Pandemiebewältigung zu beschränken, das heißt, wenn möglich, auf die Einzelpläne 15, 32 und 60; das sind Gesundheit, Bundesschuld und Allgemeine Finanzverwaltung. Alle anderen Einzelpläne haben wir vor gerade mal fünf Monaten ausführlich debattiert, diskutiert und entschieden.

Zu Kennzahlen des Nachtrages. Wir haben das Haushaltsvolumen um 50 Milliarden auf jetzt 550 Milliarden Euro erhöht. Wir haben die Nettokreditaufnahme um 60 Milliarden auf 240 Milliarden Euro erhöht. Das sind die nackten Zahlen. Aber was ist das denn eigentlich für eine Dimension? Das will ich an zwei Beispielen noch mal deutlich machen: Die Nettokreditaufnahme innerhalb von zwei Jahren – 2020, 2021 – beträgt 370 Milliarden Euro. Das ist die Summe, die einem Haushaltsvolumen des Bundes von vor wenigen Jahren entspricht, um die Größenordnung einmal festzustellen. Und die Kreditaufnahme in zwei Jahren – 2020 und 2021 – ent-

spricht der Summe der Kreditaufnahme in den 20 Jahren zuvor. Das waren auch keine einfachen Zeiten; es sei nur an die Finanz- und Wirtschaftskrise vor zehn Jahren erinnert.

Zu den inhaltlichen Schwerpunkten dieses Nachtrages. Wir werden natürlich die Unternehmenshilfen ausweiten. Unternehmer, die besonders schwer und lange betroffen sind erhalten zusätzlich zu den Hilfen einen Eigenkapitalzuschuss; das Stichwort fiel auch schon. Das ist, denke ich, ganz wichtig, um den Unternehmen in dieser Situation eine Hilfeleistung zu gewähren. Wir werden nach den Erfahrungen aus der Praxis die Überbrückungshilfe III weiter ausbauen. Ich hoffe einfach, dass diese Hilfen schnell ankommen, schneller als vielleicht in der Anfangsphase der Pandemie

An dieser Stelle möchte ich gern die Gelegenheit nutzen, um mit einer Mär aufzuräumen – auch das ist schon in dieser Debatte angekungen -: Manche Vertreter der Länder behaupten immer wieder, der Bund leiste seine Hilfen nicht. Aber ehrlicherweise wird diese Behauptung auch durch ständige Wiederholung nicht besser. Ein Blick auf Dashboard Deutschland hilft. Es beschreibt tagesaktuell, wie die unterschiedlichen Zu-

schussvarianten und Hilfsprogramme bearbeitet und abgerufen worden sind. Jedes Programm hat mindestens einen Auszahlungsstand von über 80 Prozent, Stand gestern. Eine Ausnahme gibt es: die aktuell zu bearbeitende Überbrückungshilfe III. Aber das ist auch logisch; da gehen jeden Tag neue Anträge ein. Deswegen bitte ich – anders formuliert – die Vertreter der Länder: Suchen Sie den Schwarzen Peter nicht immer beim Bund.

Zweitens. Wir werden Maßnahmen im Gesundheitsbereich anheben. Über die Impfstoffbeschaffung haben wir oft und lange geredet; aber fest steht nach wie vor: Fast jeder Beschaffungspreis ist bei schnellem Einsatz volkswirtschaftlich günstig. Ziel muss es doch sein, die Beschränkungen in dieser Gesellschaft so lange wie nötig, aber vor allen Dingen so kurz wie möglich aufrechtzuerhalten. Deswegen werden wir als Bund da auch noch mal eine zusätzliche Finanzierung unterstützen.

Zu guter Letzt wollen und müssen wir natürlich die Mindereinnahmen im steuerlichen Bereich darstellen. Dies bietet mir die Gelegenheit, noch mal auf das Verhältnis von Bund und Ländern im Allgemeinen zu sprechen zu kommen. Der Föderalismus hat sich

bei uns über Jahrzehnte bewährt, und er hat uns stark gemacht. Aber ich beobachte seit Jahren eine Entwicklung mit Sorge, und zwar unabhängig von der Couleur der Landesregierungen: Wir dürfen uns nicht zu einer Art Wohlfühlföderalismus weiterentwickeln nach dem Motto: Die Länder können und wollen sich bei bestimmten schwierigen Fragen nicht einigen oder verständigen, obwohl notwendige Entscheidungen zu treffen sind, Stichwort „Flickenteppich an Regelungen“. Dann muss der Bund eingreifen, soll sich aber bitte sonst nicht zu sehr einmischen, und darüber hinaus soll er noch großzügig finanzieren. – Ich halte diese Entwicklung, höflich formuliert, für unglücklich.

Der Maßstab unseres Handelns muss doch die Zuständigkeitsregelung und die daraus folgende Finanzverantwortung aus dem Grundgesetz sein. Und wenn wir hoffentlich zügig die Pandemie in den Griff bekommen haben, danach einen Strich darunter machen und dabei feststellen, dass die Zuständigkeitsregelungen nicht mehr zeitgemäß sind, dann müssen wir – aber später – sachlich und in Ruhe darüber reden.

Zu den Zahlen im Besonderen: Natürlich hatten Bund, Länder

und Kommunen im letzten Jahr geringere Steuereinnahmen. Aber mit den Hilfen des Bundes hatten Länder und Kommunen Mehreinnahmen und der Bund noch größere Mindereinnahmen. Und wenn man sich jetzt die Haushalte der Kommunen genauer anguckt und Einnahmen und Ausgaben gegenüberstellt, stellt man fest, dass die Kommunen in dieser schwierigen Situation im letzten Jahr sogar finanzielle Überschüsse in den Kernhaushalten aufgewiesen haben. Das wird viel zu wenig erwähnt; wir sollten es aber immer mal wieder betonen und in Erinnerung rufen.

Der Bund, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird in Zukunft die reguläre Schuldenbremse nur dann so schnell wie möglich wieder einhalten können, wenn er deutliche Prioritäten bei den Ausgaben setzt. Da sehe ich keine großen Spielräume für weitere großräumige Entlastungen von Bund und Ländern. Darin fühle ich mich auch immer wieder durch die Position des Bundesrechnungshofes bestätigt.

Ich komme zum Schluss. Wir können nur immer wieder betonen: Erst die solide Haushaltsführung über Jahre hinweg hat uns die finanziellen Möglichkeiten eröffnet, um in Deutschland jetzt so

helfen zu können. Das zeichnet uns auch im Vergleich zu anderen Ländern international aus. Deswegen danke ich an dieser Stelle dem Vater dieser Politik, Wolfgang Schäuble, der nach langer Zeit diese Kehrtwende eingeleitet hat. Zu dieser finanziellen Solidität müssen wir so schnell wie möglich zurückkehren, um für die Zukunft gewappnet zu sein; denn es werden auch wieder schwierige Phasen folgen. Das sollte und muss unser Anspruch sein.

Meine Damen und Herren, die Menschen in diesem Land haben es verdient, dass nach so vielen schweren Monaten endlich Besserung in Sicht kommt. Das ist nicht nur, aber auch unsere Verantwortung. Der Nachtrag wird dazu einen Beitrag leisten.

Vielen Dank fürs freundliche Zuhören.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Marco Bülow (fraktionslos) sowie Florian Oßner (CDU/CSU).

Beratung des AfD-Antrags zu alternativen Maßnahmen zum Lockdown / 221. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 15. April 2021

Thomas Seitz, AfD:

Wir brauchen einen Corona-Untersuchungsausschuss



Thomas Seitz (*1967)
Landesliste Baden-Württemberg

Sie hätten so viel tun können in einem Jahr! Fällt Ihnen denn außer Lockdown so gar nichts ein? Nur eine Frage dazu: Glauben Sie, Corona war das letzte Virus? Glauben Sie, so etwas kommt nie wieder vor? – Es wird wieder geschehen, mit einem ganz anderen Virus, anderen Gefahren.

Und dann? Ein weiteres Jahr Lockdown, zwei Jahre, zehn Jahre? Nein, Ihnen fällt nichts ein. Das ist auch kein Wunder; denn Sie umgeben sich nur mit Beratern, denen auch nichts anderes einfällt als Lockdown, alternativ Brückenlockdown oder Tunnellockdown. Das ist Kuba-Syndrom im Endstadium.

Aber Sie können nicht ewig so weitermachen. Vielleicht können Sie alle Experten mundtot machen, die nicht aus Ihrer Blase kommen. Sie können sich auch im Hinterzimmer immer neue Repressalien für das Volk ausdenken. Aber Sie können nicht dauerhaft den Bundestag als Gesetzgeber entmachten. Nicht mit uns! Nicht mit der Alternative für Deutschland!

Das Parlament beschließt die Gesetze, und hier muss die Diskussion stattfinden, nicht hinter

verschlossenen Türen.

Die föderalismusfeindliche Zentralisierung der Entscheidungen beim Bund ist allerdings genauso falsch. Die Debatte muss zurück ins Parlament – regelmäßig, ohne Wenn und Aber, sofort. Oder benennen Sie Ihre Kungelrunden doch um. Wie wäre Politbüro? Das wäre zumindest ehrlich. Aber Ehrlichkeit ist das Letzte, was sich diese Regierung erlauben kann. Sie müssen Ihr Versagen verschleiern. Das ist der Grund für den Endloslockdown. Sie müssen verschleiern, dass Sie alles vermässelt haben, was Sie nur vermässeln konnten: rechtzeitige Beschaffung von medizinischem Material und Masken für das Fachpersonal, das Impfdesaster. Schon die Bestellung haben Sie vergeigt. Sie haben die Tests verschlafen, ganz zu schweigen von der Ausstattung der Schulen und Behörden. Jeder Gas-

tronom hat bessere Schutzkonzepte als diese Regierung.

Lernen Sie von den Bürgern! Denn dieses Volk kann sich weit aus besser selbst aus der Krise helfen. Sie haben nichts dazu beigetragen, gar nichts. Im Gegenteil! Als Sie vor den Masken warnten, begannen Privatleute und Unternehmen, Masken zu nähen und zu verteilen. Hygiene und Desinfektion, Abstand und Kontaktvermeidung – nichts davon haben Sie erfunden. Die Bürger haben es Ihnen vorgemacht. Nicht Sie, sondern Privatunternehmen haben Impfstoffe entwickelt, Tests auf den Markt gebracht und Konzepte für sichere Öffnungen entwickelt.

Diese simplen Fakten, die Chronik Ihres Versagens, wollen Sie verschleiern. Warum? Nur um sich selbst als Retter aus der Not darzustellen. Dazu brauchen Sie Angst und Panik. Nichts soll nach Normalität aussehen. In Wahrheit haben Sie nicht Angst vor den hässlichen Bildern – oh nein! –, Sie fürchten die schönen Bilder: die rodelnden Kinder, die Menschen beim Spazieren und Bummeln, Schlittschuhläufer, Badegäste, Biergarten und Straßencafé. Diese Bilder fürchten Sie. „Deutschland,

Aber normal“ – das fürchten Sie!

Sie schüren Angst und Panik. Sie inszenieren den Notfall, um als Retter in der Not dazustehen. Es geht bei Ihnen nicht um Inzidenzwerte, sondern nur um Ihre eigenen Umfragewerte, die sich angesichts ständiger Korruptionskandale im freien Fall befinden. Tausende Menschen sind dafür in den Heimen einsam gestorben nach Monaten der Isolationsfolter. Milliarden Euro haben Sie dafür verbrannt, inklusive dilettantisch gemachter Apps und Werbekampagnen. Geben Sie den Bürgern die Verantwortung zurück! Freiheit als Freiwilligkeit. Respektieren Sie das Parlament als den Ort der Debatte und Diskussion!

Berufen Sie endlich eine unabhängige und ausgewogene Expertenkommission ein.

Bei der Gelegenheit: Wir brauchen keinen Unterausschuss Corona, wir brauchen einen Untersuchungsausschuss Corona. Dieser wird kommen, spätestens im Herbst.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Karin Maag, CDU:

Die Lage ist höchst angespannt



Karin Maag (*1962)
Wahlkreis Stuttgart II

Herr Seitz, schnell und schlampig! Allein der Antrag als solcher ist ja eine Zumutung. Weder hat das Bundeskanzleramt – Zitat – „zum wiederholten Male die Verlängerung der ‚Lockdown-Maßnahmen‘ ... beschlossen“ – das hat das Bundeskanzleramt übrigens noch nie –, noch hat Herr Professor Schrappe mit den Kollegen ein Thesenpapier entwickelt. Sie beziehen sich vermutlich – das wird aus dem Antrag nicht klar – auf die sieben Thesenpapiere unter dem Titel „Die Pandemie durch SARS-CoV-2/CoViD-19“. Papiere eins bis sechs behandeln Aspekte wie Epidemiologie, Prävention und Gesellschaftspolitik und sind hier übrigens bekannt. Papier sieben verhält sich im Wesentlichen zum Thema Impfen. Die Herren Professoren Schmidt-Chanasit und Stöhr gehören nicht zu den Autoren dieser Thesenpapiere. Bei den Herrn Professor Schrappe zugeschriebenen Zitaten machen Sie sich noch nicht mal die Mühe, diese zu belegen.

Aber es geht Ihnen ja auch nicht um den konstruktiven Diskurs. Nein, offensichtlich soll dieser Antrag der Coronaresolution Ihres Parteitags am Wochenende ein restbürgerliches Tarnmäntelchen umhängen. Ihr Thüringer Landes- und Fraktionschef Björn Höcke sprach im Zusammenhang mit Corona von einer – Zitat – „herbeigetesteten Pandemie“ und einem – wiederum Zitat – „Testwahnsinn“. Weiteres Zitat: „Die Testung und die Anzahl der Testung führt überhaupt dazu, dass wir eine Pandemie haben.“ – Zitat Ende. Sie lehnen den PCR-Test zum Nachweis der Infektion ab und fordern in Ihrer Resolution

– Zitat – „zu seit Jahrzehnten bewährten Diagnosemethoden zurückzukehren“. Sie schwafeln dort über angebliche Meldungen zu alarmierend hohen Nebenwirkungen und – Zitat – „auffällig vielen Corona-Ausbrüchen und erhöhten Sterberaten nach Impfungen in Heimen“. Mit Verlaub: Blödsinn. Ja, es gibt Nebenwirkungen, leichte wie auch in geringerem Umfang schwerere. Aber dank unserer funktionierenden Impfüberwachung werden diese auch sofort erkannt, bewertet und vor allem die richtigen Konsequenzen daraus gezogen. Also: Aufklärung, Hinweise, Impfeempfehlungen, die angepasst werden. Deshalb kann ich hier sagen, dass bei den bislang zugelassenen Impfstoffen der Nutzen der Impfung die Gefahren einer Nebenwirkung deutlich und weitaus überwiegt.

Wenn in einer Alteinrichtung in Osnabrück nach der zweiten Impfung 14 Senioren mit der britischen Variante angesteckt wurden und die Senioren entweder asymptomatisch sind, das heißt keinerlei Beschwerden haben, oder leichte Krankheitsverläufe haben, dann beweist es eines, nämlich dass die Impfung offensichtlich wirkt.

Wenn wir das jetzt alles zusammenrechnen: Mit dieser Vorschichte fordern nun ausgerechnet Sie den Deutschen Bundestag auf, eine unabhängige Expertenkommission einzurichten. Wozu sie eingerichtet werden soll, wird jetzt nicht ganz klar, weil in Ihrem Antrag an dieser Stelle das Verb fehlt; aber das ist ja nun auch wurscht. Sie wollen sich doch gar nicht mit den Fakten auseinandersetzen. Sie wollen sich doch offensichtlich gar nicht beraten lassen. Sie haben sich mit dieser Resolution doch klar auf die Seite der Coronaleugner gestellt.

Weiterhin fordern Sie uns auf, unsere legislativen Pflichten wahrzunehmen. Wir tun das. Gleich morgen haben Sie erneut die Gelegenheit, an dieser Stelle zum Entwurf eines Vierten Bevölkerungsschutzgesetzes zu debattieren. Die Lage ist nämlich höchst angespannt: Die Zahl der Neuinfektionen ist nahezu flächendeckend nach oben gegangen, die Tagesinzidenz beträgt im Deutschlanddurchschnitt 160. Wir sind

mitten in der dritten Welle. Wir haben Landkreise mit einer Inzidenz von 400, 500. 4 600 Coronapatienten sind in intensivmedizinischer Behandlung, und das Personal kann nicht mehr.

Wer den Appell von Professor Haltek am Dienstag in Köln gehört hat, wer gehört hat, dass wieder planbare Operationen verschoben werden müssen, wer gehört hat, dass jetzt die 40- bis 60-Jährigen in den Kliniken liegen – bei den beatmeten Intensivpatienten haben wir eine Sterberate von 50 Prozent –, wer sich mit Long-Covid befasst hat, mit den Schäden, die dauerhaft entstehen können, der weiß, dass wir dringend schnell harte Maß-

nahmen brauchen und nicht so einen Quatsch wie Ihre Anträge.

Jetzt müssen wir notgedrungen, weil die unterschiedlichen Interessen der Länder es offensichtlich nicht mehr zulassen, bundeseinheitlich per Gesetz festlegen, was zu tun ist, wenn in einem Landkreis die Inzidenz über 100 steigt. Aus gesundheitspolitischer Sicht – das sage ich deutlich – wäre es schön gewesen, wir hätten das Gesetz noch diese Woche verabschiedet.

Aber wir verabschieden das Gesetz doch nicht, weil wir, Herr Seitz, in den letzten Wochen und Monaten keine Fortschritte erzielt hätten! Hausärzte und Impfzentren haben beim Impfen Tagesrekorde erreicht. In der Woche nach Ostern wurden von Montag bis Freitag 2,6 Millionen Impfungen durchgeführt. 18 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sind jetzt geimpft – einmal wenigstens. Wir kommen unserem eigenen Anspruch – darauf lege ich Wert –, dass wir hier wieder

Spitzenpositionen einnehmen, endlich näher.

Sogar die Länder sind mittlerweile gut dabei. Seit 8. März haben sie flächendeckend 15 000 Teststationen aufgebaut, zusätzlich kommen die privaten hinzu. Jeder Bürger hat einen Anspruch auf mindestens eine Testung pro Woche. Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, bei dieser Gelegenheit appelliere ich an Sie: Nehmen Sie diesen Anspruch auch wahr! Es ist wichtig, sich testen zu lassen.

Jetzt frage ich Sie von der AfD: Welche Ideen hat die AfD zum Schutz vor unkontrollierter Ausbreitung des Virus, zum Schutz der Intensivstationen, zum Schutz aller Altersgruppen vor Long Covid? Die Infektionen laufen zu lassen, zu leugnen, das ist doch keine Strategie, das ist Zynismus! Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird Sie nicht wundern: Wir von der Union lehnen diesen Antrag ab.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Infektionen laufen zu lassen, zu leugnen, das ist doch keine Strategie, das ist Zynismus!

Dr. Wieland Schinnenburg, FDP:

Wir wollen mehr Impfen und Testen



Wieland Schinnenburg (*1958)
Landesliste Hamburg

Bei meiner letzten Rede hatte ich eine Lupe mitgebracht, um den Antrag der AfD genauer zu untersuchen. Heute habe ich Ihnen einen Spiegel mitgebracht. Sie werden gleich sehen, welche Bedeutung das hat.

Zunächst war ich durchaus hoffnungsfroh, als ich den AfD-Antrag gelesen habe: Zum ersten Mal ein Antrag zur Rechtspolitik, der nicht von Herrn Brandner kommt. Da war eine gewisse Hoffnung, dass dieser vielleicht etwas besser wird. Der Autor, der Herr Reusch, ist ja auch Leitender Oberstaatsanwalt. Ich verbinde mit Staatsanwälten, dass sie schneidig sind und genau

ermitteln. Das wäre gut. Nach der Lektüre dieses Antrags bin ich ein wenig enttäuscht. Ja, er ist schneidig, er ist aber katastrophal schlecht ermittelt, meine Damen und Herren. Lassen Sie mich das an drei Punkten erläutern.

Erstens. Sie schreiben dort hinein, das Bundeskanzleramt habe beschlossen, dass der Lockdown verlängert werde. Herr Reusch, Sie sollten wissen, das Ganze ist so abgelaufen, wie es ablaufen muss: Die Koalitionsfraktionen haben einen Gesetzesentwurf vorgelegt, über den nächste Woche abgestimmt wird. So ist es im Grundgesetz vorgesehen. Herr Reusch, lernen Sie erst einmal öffentliches Recht, bevor Sie solche Anträge schreiben!

Zweitens. Sie schreiben in Ihrem Antrag, der Lockdown bestehe seit einem Jahr. Das ist falsch. Der Lockdown besteht noch nicht einmal seit einem halben Jahr. Herr Reusch, den Kalender lernt man bereits in der Grundschule. Auch das sollten Sie nachholen, um zu

wissen, wie ein Kalender funktioniert.

Drittens. Sie sagen, die Bundesregierung umgebe sich nur mit Menschen, die die gleiche Meinung hätten wie sie selbst. Das erstaunt nun wirklich. Hier brauchen wir jetzt den Spiegel. Schauen Sie einmal in den Spiegel. Sie machen das doch! Sie beschäftigen sich nur mit Menschen, die die gleiche Meinung haben wie Sie. Schauen Sie in diesen Spiegel, dann sehen Sie: Sie selbst tun das, was Sie den anderen vorwerfen. Meine Damen und Herren, es ist nur peinlich, was Sie in Ihren Antrag hineinschreiben.

Schlimmer als dieser Fehler ist aber, dass Sie noch nicht einmal konkrete Vorschläge machen. Sie sagen nur, Sie wollten eine Expertenkommission, die sich Gedanken machen soll. Ja, Herr Reusch, meine Fraktion und auch andere Fraktionen machen sich seit einem Jahr Gedanken. Aber sie machen sich nicht nur Gedanken, sie machen

Ihr Antrag ist nicht nur unnützlich, er ist auch gefährlich.

auch konkrete Vorschläge. Wir wollen mehr Impfen, wir wollen mehr Testen, wir wollen eine bessere Nachverfolgung. Davon ist bei Ihnen nichts zu sehen.

Was von Ihnen kommt, das ist Hilfe für das Coronavirus. Meine Damen und Herren, Sie bekämpfen die Maskenpflicht, Sie be-

kämpfen das Impfen und machen keine konkreten Vorschläge. Das Coronavirus dankt sehr herzlich für das, was Sie tun. Wenn ich ein Coronavirus wäre, ich würde AfD wählen, meine Damen und Herren! Denn wenn wir Ihrer Manie folgen würden, hätten wir Millionen mehr Infizierte, Zigtausend

mehr Tote, kurz: wir hätten den „AfD“, den Absturz für Deutschland. Meine Damen und Herren, das wollen wir nicht. Deswegen werden wir Ihren Antrag auch ablehnen.

Hinzu kommt noch Folgendes. Sie sagen im zweiten Petition, der Bundestag solle sich legislativ an-

strengen. Herr Reusch, liebe AfD-Fraktion, alle Fraktionen in diesem Haus strengen sich seit einem Jahr legislativ an und machen konkrete Vorschläge: die Koalitionsfraktionen schlechte, die FDP gute.

Sie dagegen machen gar keine. Ihr Antrag ist nicht nur unnützlich, er

ist auch gefährlich. Wir werden ihn ablehnen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP – Jan Korte (DIE LINKE): Das war nicht schlecht!)

Hilde Mattheis, SPD:

Möglichst schnell in eine Öffnungsdebatte hineinkommen



Hilde Mattheis (*1954)
Landesliste Baden-Württemberg

Herr Schinnenburg hat in unterhaltsamer Weise dargestellt, was in der Tat eine unglaubliche Ernsthaftigkeit birgt: Wir alle erwarten – und diejenigen, die in der Regierung sind, haben sich auch darauf verständigt –, dass die Stimme der Opposition natürlich ernsthaft mit einbezogen wird in Regierungshandeln und in die Debatte hier im Bundestag. Wir möchten die Argumente hören. Aber ich finde, diese Anträge der AfD beleidigen meinen Intellekt. Das ist einfach so.

Sich mit solchen Anträgen auseinanderzusetzen, ist hier natürlich parlamentarische Gepflogenheit – selbstverständlich. Aber die Anträge der AfD, die auch auf den Beschlüssen von Parteitag basieren, sind dermaßen skurril und dermaßen populistisch, rechtspopulistisch, dass man das hier auch so benennen muss: entweder sehr unterhaltsam, wie Herr Schinnenburg das gemacht hat, oder aber mit Argumenten, mit denen man sich auseinandersetzen muss. Wir tun das.

Ich glaube, dass wir als SPD-Fraktion zusammen mit unserem Koalitionspartner CDU/CSU in den letzten Monaten bewiesen haben, dass es uns darum geht, nicht nur ernsthaft zu beraten und Argumente abzuwägen, sondern natürlich politisch zu handeln und die Ergebnisse, die auf Beratungen fußen, eben auch in parlamentarische Debatten einfließen zu lassen und in Gesetzgebung zu gießen. Das ist unser Handeln seit über ei-

nem Jahr. Wir beweisen damit, dass es uns nicht um die Frage geht, wer hier recht hat, sondern um die Fragen: Was ist richtig? Was sind die richtigen Maßnahmen? Worauf können wir uns verlassen? Was wird durch die Pandemie eingeschränkt? Welchen Schritt müssen wir als nächsten tun?

Sie dagegen tun das Testen in Ihren Parteitagebeschlüssen als Irrweg ab. Sie stimmen Anträgen zu, die vorsehen, dass Sie nur noch Investoren ins Land hineinlassen wollen, die 5 Millionen Euro mitbringen, und versuchen dann auch noch irgendwie, das für sich in eine bestimmte Richtung zu lenken. Das ist so krude, dass man das nicht mit ernstzunehmender Opposition vergleichen mag.

Wir als SPD-Fraktion gehen morgen in die erste Lesung des Vierten Bevölkerungsschutzgesetzes. Und ich sage Ihnen: Wir machen es uns nicht leicht. Dass wir es uns nicht leicht machen, zeigt sich auch daran, dass wir die Stimmen, die aus dem Kanzleramt kommen und die sagen, wir müssten noch einmal nachdenken, wahrnehmen. Das wollen wir gerne tun. Wir werden darüber nachdenken, ob dieses Vierte Bevölkerungsschutzgesetz mit den Maßnahmen, die wir bisher in der Beratung miteinander vereinbart haben, wirklich den

Wir werden beraten, ob die Inzidenzen die einzige Entscheidungsgrundlage sind.

richtigen Effekt haben wird. Wir werden auch darüber beraten, ob die Inzidenzen die einzige Grundlage sind, auf der wir Entscheidungen fällen können.

Alles das zeigt, dass wir als SPD-Fraktion auch zusammen mit unserem Koalitionspartner bereit sind, Argumente abzuwägen, auch Argumente zuzulassen – das ist ja das Entscheidende –, um dann das Richtige zu tun und dafür zu sorgen, dass wir wieder möglichst schnell in eine Öffnungsdebatte hineinkommen können, die die Hoffnung in diesem Land befördert.

Wir verlangen der Bevölkerung sehr viel ab, ja. Aber wir versuchen, das mit Argumenten tatsächlich zu untermauern – nicht mit purem Populismus, sondern mit Argumenten. Das ist unser Ziel. Dafür sind wir hier im Parlament verantwortlich. Sowohl was die Opposition anbelangt, als auch was die

Regierungsfraktionen anbelangt, glaube ich, dass wir unsere Rollen richtig einnehmen, bis auf die AfD. Denn das, was wir hier in einem Jahr von der AfD gehört haben – rauf, runter, Impfstrategie ja/nein, Teststrategie ja/nein und andere Maßnahmen ja/nein –, das ist eigentlich beschämend. Dieses Beschämen soll uns, die wir demokratische Parteien hier im Parlament vertreten, anspornen, wirklich das Richtige miteinander zu tun und nicht nachzulassen, damit wir die Pandemie in diesem Land demnächst beherrschen. Das muss unser Ziel sein.

Ich sage noch mal: Verschonen Sie uns bitte mit Ihren Anträgen. Lassen Sie uns die Zeit nehmen für ernsthafte Beratungen, aber nicht für das, was Sie hier aufs Papier geschmiert haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Karin Maag (CDU/CSU) – Uwe Witt (AfD): Maske brauchen Sie nicht, ne! Besser in der Hand halten!)

Friedrich Straetmanns, Die Linke:

Irgendwann in diesem Jahr wird diese Katastrophe vorbei sein



Friedrich Straetmanns (*1961)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Es ist richtig, dass wir hier über Alternativen zur derzeitigen Politik der Pandemiebekämpfung durch die Bundesregierung reden müssen. Das war es dann aber auch schon mit der Übereinstimmung.

Ihr Antrag zeigt mal wieder perfekt Ihren Politikansatz auf. Sie setzen hier einen völlig inhaltslee-

ren Antrag auf, um über das Thema Coronamaßnahmen reden zu können. Den Menschen da draußen gaukeln Sie dabei vor, Sie würden ihnen mehr Gehör verschaffen wollen. Doch wenn man sich Ihren Antrag anschaut, sieht man, dass davon keine Rede sein kann. Sie wollen ein Gremium aus Expertinnen und Experten installieren, das ausschließlich Personen aus dem medizinischen Bereich und der Wirtschaft beinhaltet. Ganz normale Bürgerinnen und Bürger: Fehlanzeige. Menschen, die sich mit den Funktionsweisen innerhalb der Gesellschaft auskennen, kommen nicht vor; denn Sie interessiert letztlich auch nur das ungestörte Funktionieren der Kapitalvermehrung. Ihnen sind Ihre anonymen und nichtanonymen Großspender in der Praxis dann eben doch näher als die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Besonders lustig wird es dann aber, wenn Sie den Bundestag auffordern, tätig zu werden. Es ist richtig: Sie machen selten den Eindruck, dass Sie verstanden haben, wie dieser Bundestag funktioniert; aber dass das so weit geht, dass Sie offenbar ganz vergessen haben, dass Sie selbst Teil des Bundestages sind und damit eigene Gesetzesinitiativen einbringen könnten, ist selbst für Ihre Verhältnisse das neue Level der Absurdität.

Meine Fraktion und ich haben bereits vor Monaten einen Gesetzesentwurf eingebracht, der die Einführung eines Pandemierats vorsieht. In unserem Entwurf werden Bundestag und Bundesregierung von einem Gremium beraten, das sich unter anderem aus Personen aus dem Gesundheitswesen, aus den Sozialwissenschaften, aus dem pädagogischen Bereich und eben auch aus Bürgerinnen und Bürgern zusammensetzt; denn die

aktuell zu treffenden Abwägungen sind wesentlich komplexer, als dass sie nur zwischen Wirtschaft und Gesundheitswesen besprochen werden könnten. Aber das verstehen offenbar weder Sie von der AfD noch Sie von den Regierungsparteien.

Die Strategie der Bundesregierung besteht ganz offensichtlich darin, im privaten Bereich auch noch das Letzte herauszuquetschen, damit für die Betriebe, insbesondere für das produzierende Gewerbe, möglichst wenige Einschränkungen erfolgen müssen. Es ist für diese Koalition selbstverständlich, dass sich Arbeiterinnen und Arbeiter im Betrieb und auf dem Weg dorthin einem hohen Ansteckungsrisiko aussetzen, während sie nach Feierabend auf ihre ohnehin oft zu kleinen Wohnungen beschränkt bleiben sollen. Ihre geplante Ausgangssperre ist nicht nur falsch, sie ist auch vollkommen unverhältnismäßig. Allgemeine Ausgangssperren sind ein scharfes Schwert, das jetzt bei einer Inzidenz von 100 gezogen werden soll. Die Schließung von Schulen soll dagegen erst bei einer

Fortsetzung auf nächster Seite

Inzidenz von 200 erfolgen. Derweil kann in Papenburg, trotz absurd hoher Fallzahlen, über Wochen munter weiter am Kreuzfahrtschiff geschraubt und geschweißt werden.

Darüber hinaus ziehen Sie mit Ihrer Ausgangssperre zu einem völlig falschen Zeitpunkt die völlig falschen Schlüsse aus aktuell noch einmal untermauerten Forschungsergebnissen: Die Ansteckungsgefahr tendiert draußen fast gegen null. Und gerade zu dem Zeitpunkt, zu dem es wärmer wird und die nach Sozialkontakten lechzenden Menschen sich da draußen mit Abstand treffen könnten, machen Sie das für die Abendstunden unmöglich. Damit verlagern Sie, liebe Bundesregierung, die Treffen sehenden Auges in die Innenräume, wo sie näm-

lich nicht zu kontrollieren sind. Das ist absolut fahrlässig und konkurriert mit der Osterruhe sehr hart um den Titel der am wenigsten durchdachten Maßnahmen der letzten 14 Monate.

Ich will mir gar nicht ausmalen, auf was für absurde Ideen Sie noch kommen werden, sollte diese Strategie nicht greifen. Sollten Familien auf das gemeinsame Abendessen verzichten, damit in Stuttgart weiter der Porsche vom Band rollt? Werden Sie tagsüber Grünanlagen sperren, außer auf dem Weg zur und von der Arbeit natürlich? Oder werden Sie die Mittagspause abschaffen, um

Kontakte zu reduzieren? Ab welcher Inzidenz sollen Paare getrennt schlafen, um die Rüstungsexporte nicht zu gefährden? Oder werden Sie vielleicht die Arbeitszeiten erhöhen, damit die Arbeiterinnen und Arbeiter zu müde für private Treffen sind? Ich traue Ihnen mittlerweile alles zu, was garantiert, dass die Gewinne der Konzerne bloß nicht geschmä-

lert werden. Aber diese Gefahr besteht ja momentan ohnehin nicht. Die Gewinne explodieren, und die Milliardäre mehren ihr Vermögen. Die Reichen dieses Landes können sich gemütlich einrichten, während die Löhne in der Breite sin-

Werden Sie tagsüber Grünanlagen sperren, außer auf dem Weg zur Arbeit natürlich?

Dr. Manuela Rottmann, Bündnis 90/Die Grünen:

Wir Grüne fordern einen Pandemierat



Manuela Rottmann (*1972)
Landesliste Bayern

Sehr geehrter Herr Straetmanns! Ich achte die Geschäftsordnung des Bundestags hoch. Mir ist auch § 36 Absatz 1 Satz 1 der Geschäftsordnung präsent. Danach kann der Präsident den Redner zur Sache verweisen, wenn dieser vom Verhandlungsgegenstand abweicht. Ich vermute, dass es – wie immer – so ist, dass das auch für die Rednerin gilt. Ich will Ihnen aber ehrlich sagen: In Bezug auf diesen Antrag der AfD fällt es mir äußerst schwer, sechs Minuten Redezeit sinnvoll zu füllen. Tiefer als mit diesem Antrag kann man eigentlich nicht mehr fliegen, Herr Brandner. Es ist mir ein Rätsel, wer bei Ihnen auf die Idee kommt, für so ein dünnes Ding eine ganze Stunde Debattenzeit zu beantragen.

Ich habe eine andere Vermu-

tung. Ich glaube nicht, dass Roman Reusch dahintersteht, sondern dass Sie es sind, Herr Brandner, weil ich weiß, dass Sie jeden Morgen in freudiger Erregung einen Namen googeln, nämlich Angela Merkel. Dieser Name kommt auch in der Überschrift über dem „Focus“-Artikel vor, den Sie hier dann – leicht umformuliert – wiedergeben, allerdings natürlich nur die Teile, die in Ihr Weltbild passen. Für die Lektüre der Thesenpapiere, um die es in diesem Artikel eigentlich geht, hat es dann offenbar schon nicht mehr gereicht.

Dann kommt eine erste Forderung: die Einrichtung einer unabhängigen Expertenkommission. Das klingt erst mal gut. Allerdings haben wir in den letzten Jahren gelernt, dass in der Welt der AfD bestimmte Begriffe vollkommen umgedeutet werden, manchmal bis zum Gegenteil des allgemeinen Sprachgebrauchs. Es soll schon Leute geben, die überlegen, ein Wörterbuch zu schreiben: AfD-Deutsch

– Deutsch-Deutsch. Wenn die AfD zum Beispiel vom Volk redet, meint sie ja meistens nur sich selbst. Wenn sie konservativ sagt, dann heißt das Chauvinismus mit Dackelkrawatte. Und unabhängige Experten sind bei Ihnen Leute, die das vertreten, was die AfD hören möchte.

Dafür muss man noch nicht einmal unbedingt Experte sein. Es

kann auch ein Lobbyist der Automobilindustrie schnell mal zum Lungenfacharzt geadelt werden, wenn er nur das Genehme sagt. Dagegen werden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die eine andere Einschätzung als die AfD haben, von Ihnen in Knastklamotten plakatiert und angegriffen.

Weil es nun nicht allzu viele Wissenschaftler mit eigenem Kopf gibt, die den ganzen Tag das Programm der AfD herunterbeten, scheuen Sie auch nicht davor zurück, wissenschaftliche Aussagen aus dem Zusammenhang zu reißen, wenn es Ihnen nützlich erscheint. Das hat vor ein paar Monaten hier die Juraprofessorin Andrea Kießling erlebt. Mit dem Rückgriff auf die Gruppe um Matthias Schrappe in diesem Antrag ist es ganz ähnlich. Diese Gruppe hat sicher andere Einschätzungen von der Wirkung von Schließungen des öffentlichen Lebens als die Bundesregierung – die Debatte dazu wird ja gerade insgesamt kontrovers geführt, und diese Gruppe schlägt auch Alternativen zur reinen Orientierung an der Sieben-Tages-Inzidenz vor; das tun wir Grüne übrigens auch, die FDP genauso -, aber diese Gruppe um Matthias Schrappe lehnt Kontaktbeschränkungen keineswegs ab, und sie macht sich Gedanken darum, wie die Impfkampagne erfolgreich gestaltet werden kann, weil sie die Bedeu-

ten. In den luxuriösen Villen wird man sich dieses Maßnahmenregime sehr gemütlich anschauen können, während die Arbeiterinnen und Arbeiter auf ihren 42 Quadratmetern bleiben. Die Dividenden steigen, und die Proletarier fallen. Aber irgendwann ist auch hier das Ende der Fahnenstange erreicht, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD.

Und was machen CDU und CSU derweil? Die stürzen sich genüsslich in einen innerparteilichen Kampf um die Kanzlerkandidatur, als ob die Katastrophe namens Pandemie nicht existieren würde. In der Folge beschäftigt sich die Union seit Wochen mit sich selbst statt mit der Bekämpfung der Pandemie. Ich muss sagen: Da bleibt mir glatt die Spucke weg. Das ist ein Niveau an

Ignoranz, Selbstbezogenheit und Fahrlässigkeit – mit Ihnen kann doch niemand ernsthaft koalieren wollen; das sage ich in Richtung der Grünen.

Aber irgendwann in diesem Jahr wird diese Katastrophe vorbei sein. Dann gilt es, die Menschen an das zu erinnern, was hier veranstaltet wurde. Ich bin mir sicher, dass sie im September bei der Bundestagswahl den einen oder anderen Denkmäler verteilen werden. Meine Fraktion und ich werden jedenfalls alles tun, damit dieses Trauerspiel hier nicht in Vergessenheit gerät.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

tung der Impfung für eine Bewältigung der Pandemie kennt und akzeptiert. Das taucht in Ihrem Antrag natürlich nicht auf; denn die AfD hat ja am Wochenende erst einen Grundsatzbeschluss zu Corona gefasst, der vor allem gegen die Impfung raunt. Von einer verantwortungsvollen Impfkampagne, wie sie Schrappe und andere fordern, ist das so weit weg wie das Selbstbild von Stefan Brandner von der Realität.

Wir Grüne fordern seit Juni 2020 einen Pandemierat. Viele haben sich – das freut mich – dieser Forderung angeschlossen. Ich will Ihnen sagen, dass es mir allmählich so vorkommt, als ob die Verweigerung dieses Pandemierats tatsächlich die Mutter aller Probleme ist, das

zentrale Versäumnis unter den vielen Versäumnissen im letzten Jahr. Uns fehlen schmerzhaft wissenschaftliche Rede und Gegenrede, uns fehlen unterschiedliche Disziplinen an einem Tisch. Das ist eben etwas anderes, als wenn der Kollege Lauterbach nachts seine liebsten Fachzeitschriften durcharbeitet oder bei uns Janosch Dahmen oder Toni Hofreiter. Das ist aber auch etwas ganz anderes als das, was der AfD vorschwebt. Wer in einem Pandemierat etwas lernen wollte, der müsste mit Zweifel und Selbstzweifel umgehen können und damit, dass in unsicherer Lage man Mut zu Thesen braucht und dass diese sich dennoch als falsch erweisen können. Aber Zweifel und Selbstzweifel und die Herren von der AfD ... Sie merken es selber, da muss ich nichts weiter zu sagen. Bei der zweiten Forderung wird es dann ganz traurig, Herr Brandner. Eine Stunde Debattenzeit für eine Forderung des

Bundestags an den Bundestag, „staatliche Handlungsmöglichkeiten zur Beendigung der ... Lockdown-Maßnahmen ... zu benennen“. Um andere Instrumente als Schließungen ringen alle Fraktionen hier im Haus. Für die Grünen könnte ich jetzt monatealte Anträge herunterbeten: zur Ausstattung der Gesundheitsämter, zur Verbesserung der Corona-Warn-App, zur Teststrategie, zur Beschaffung von Selbsttests, zu klaren Stufenplänen, zu besserer Kommunikation und Impfaufklärung, zu einer Testpflicht in den Betrieben usw. usw. Von der AfD kenne ich ausschließlich Äußerungen, was sie alles nicht will: keine Testpflicht, keine Unterscheidung nach Immunitätsstandard, keine Verpflichtung von Unternehmen, Tests am Arbeitsplatz anzubieten, keine Kontaktreduzierung, keine Maskenpflicht. – Selbst komplett blank, aber so einen Antrag stellen.

Ich übersetze Ihnen zum Schluss noch so einen Satz, verabschiedet am letzten Wochenende auf dem Parteitag der AfD: Es soll „den mündigen Bürgern selbst überlassen bleiben, in welchem Maße sie sich selbst schützen möchten“. Das heißt auf Deutsch: Es ist Ihnen vollkommen – ich würde es am liebsten so ausdrücken wie bei mir auf dem Dorf – wurscht, wie die völlig erschöpften Beschäftigten auf den Intensivstationen durch die nächsten Wochen kommen. Das ist Ihnen vollkommen egal. Sie jammern hier rum, dass Sie ausgegrenzt werden. Das ist die AfD: Eiseskälte! Sie grenzen sich selber aus. Ich bin froh, dass ich mit Ihnen selten in einem Raum sein muss.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich bin froh, dass ich mit Ihnen selten in einem Raum sein muss.

Erwin Rüdgel, CDU:

Wir müssen zu einem schnellen Ergebnis kommen



Erwin Rüdgel (*1955)
Wahlkreis Neuwied

Wenn man die Ausführungen des Kollegen Seitz verfolgt hat, dann kommt man zu dem Eindruck, dass die AfD weiterhin die Pandemie leugnet. Und daher ist dieser Antrag eigentlich nur konsequent, weil er diesen Eindruck bestätigt.

Ich möchte aber die Gelegenheit nutzen, darauf hinzuweisen, dass man sehen sollte, wie andere

Staaten, auch die, die immer beispielhaft genannt werden, im Vergleich zu uns durch die Pandemie gekommen sind. Ich glaube, es muss auch mal gesagt werden, dass wir so schlecht nicht dastehen und wir unsere Menschen in Deutschland sehr gut geschützt haben, besser als viele andere Staaten, die immer als Beispiel genannt werden. An dieser Stelle möchte ich unserem Gesundheitsminister noch mal ganz herzlich danken.

Wir haben viele Argumente gehört. Wir steuern auf die dritte Welle zu. Wir hören es jeden Tag in den Medien: Die Zahl der Neuinfektionen explodiert. Wir haben weniger Intensivbetten. Wir haben täglich Menschen auf Intensivstationen, die um ihr Leben kämpfen. Wir haben ein aggressives Virus mit vielen Mutationen. Wenn das Virus auch nicht tödlicher wird, so wird es auf jeden Fall ansteckender. Was schon gesagt

worden ist – auch ich möchte das betonen -: Immer mehr jüngere Menschen sind betroffen.

Wir diskutieren hier im Plenum – das werden wir in den nächsten Tagen noch deutlich intensivieren – Maßnahmen, die in der Pandemie notwendig sind. Deshalb brauchen wir diese Aufforderung von der AfD nicht. Wir werden über das vierte Infektionsschutzgesetz debattieren und entscheiden. Ich hoffe, wir werden möglichst schnell entscheiden, weil wir hier unter einem enormen Zeitdruck stehen. Mit Debatten allein werden wir das Virus nicht beeindrucken, sondern wir müssen hier konsequent handeln und entscheiden.

Ich weiß, dass wir etwas im Zeitverzug sind; aber die Länder haben am 3. März Maßnahmen be-

schlossen, die sie jederzeit, heute und morgen, umsetzen könnten, noch bevor wir in der nächsten Woche die entscheidenden Maßnahmen mit dem vierten Infektionsschutzgesetz beschließen. Deshalb mein Aufruf an die Länder, schon im Vorgriff das zu tun, was wir nächste Woche beschließen werden, zumindest das, was sie in der MPK am 3. März beschlossen haben.

Ich möchte auf einen Aspekt ganz besonders hinweisen, und zwar auf das Impfen. Das ist die Chance. Wir stehen jetzt vor großen Risiken, wir haben aber die Chance, in wenigen Tagen die Aggressivität des Virus zunehmend in den Griff zu bekommen. Wir sollten bei der Diskussion darauf

achten, dass diese verschärften Maßnahmen tatsächlich eingesetzt werden müssen und wirken müssen. Wir werden im April so viele Menschen impfen, wie wir bis zum April, von Dezember bis Ende März, geimpft haben. Und wir werden die Zahl im Mai noch mal verdoppeln. Ich will damit nur

deutlich machen, in welcher Dynamik wir im Impfprozess sind. Sie haben alle gelesen, dass noch mehr Impfstoff im Zulauf ist, weil BioNTech uns mit zusätzlichem Impfstoff beliefern kann.

Wir werden am Ende des zweiten Quartals 60 Prozent der Bevölkerung geimpft haben. Wir werden im Juli mindestens 70 Prozent der Menschen geimpft haben und damit Herdenimmunität erreicht haben. Wenn wir diese große Chance nicht verspielen wollen, dann müssen wir jetzt kurzfristig, schnell, konsequent handeln, damit dieser Impferfolg dann auch relativ schnell wirken kann. Je länger wir jetzt warten, desto länger warten wir auch auf den Erfolg durch den Impfprozess. Deshalb mein Appell: Wir können debattieren, wir müssen debattieren; aber wir müssen zu einem schnellen Ergebnis kommen, damit wir den Menschen schnell wieder die Perspektive auf ein normales Leben, wie wir es früher gewohnt waren, geben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stephan Brandner, AfD:

Viel Lug, viel Trug, alles angeblich alternativlos



Stephan Brandner (*1966)
Landesliste Thüringen

Ich wurde schon oft erwähnt. Jetzt stehe ich leibhaftig hier am Rednerpult. Wir reden zum Thema „Alternative Maßnahmen zur Lockdown-Politik der Bundesregierung“. Das ist die Forderung der AfD zu diesem Tagesordnungspunkt. Und diese Forderung ist auch wirklich wichtig genug, um hier debattiert zu werden. Wie wichtig das ist, haben die sieben Vorredner in eindrucksvoll peinlicher Weise bewiesen. Wir haben, Frau Rottmann, den Antrag extra ganz kurz und in fast einfacher Sprache abgefasst, damit Sie das

alles begreifen. Und trotzdem haben Sie unseren Antrag nicht verstanden. Wir als AfD wissen nicht mehr, was wir noch machen sollen.

Seit nunmehr 13 Monaten versagt und dilettiert die Bundesregierung unter Angela Merkel und um Jens Spahn, der komischerweise immer noch im Amt ist, und versucht, mit den Mitteln des Mittelalters, meine Damen und Herren, die Herausforderungen unserer Zeit in den Griff zu bekommen.

Nicht etwa Experten entscheiden, sondern durch politischen Nepotismus ins Amt Gekommene und im Amt Gebliebene. Menschen werden beschwichtigt, belogen, eingesperrt, drangsaliert, Zwangsmaßnahmen unterworfen. Menschen, die sich gegen unsinnige Maßnahmen zur Wehr setzen, werden als „Leugner“ bezeichnet. Und schließlich: Die Herrscher verdienen sich an der Krise eine goldene Nase. Ich erwähne nur

die erbärmlichen Korruptionsfälle in der CDU und in der CSU.

Meine Damen und Herren, aber auch herrschaftstechnisch ist vieles sehr mittelalterlich. Waren damals alle Herrscher irgendwie miteinander verwandt, verschwägert oder verschwippt, so gibt es heute überall Koalitionsregierungen buntester Art und Weise: Jeder aus dem Altparteienreigen regiert irgendwo mit und trägt auch alles mit. Hier im Bundestag versuchen

Menschen werden beschwichtigt, belogen, eingesperrt und drangsaliert.

Sie dann von Rot über Grün bis Gelb erfolglos, ein bisschen Opposition zu spielen.

Wie zu absolutistischen Zeiten interessiert es die Herrscher nicht, was geschrieben steht, was Recht ist: Gewaltenteilung, Föderalismus? Fehlanzeige! Seit etwa einem Jahr werden wir von einem verfassungswidrigen Gremium regiert, das von der absolutistisch agierenden Bundeskanzlerin geführt wird: die Ministerkonferenz, abgerundet durch

ein paar Bundesminister und handverlesene Haus- und Hofexperten. Apropos Mittelalter: Es gibt auch die Inquisition und den Hofnarren. Das eine heißt jetzt Verfassungsschutz, das andere Karl Lauterbach. Meine Damen und Herren, alles wie früher. Nur den Scheiterhaufen haben Sie nicht wieder eingeführt, wahrscheinlich weil das CO₂-neutral nicht machbar ist.

Viel Lug, viel Trug, alles angeblich alternativlos. Und genau hier kommt unser Antrag ins Spiel. Jeder, der für ein selbstbewusstes, starkes Parlament und für eine lebendige Demokratie steht, muss unserem Antrag heute zustimmen. Schluss mit angeblich alternativlo-

ser Mittelalterpolitik, die auf Hofschranzen, Hofnarren und Angsthasen gestützt ist, hin zu einem aufgeklärten Pluralismus, zu kraftvoller Politik, die von Experten gemacht und die im Parlament verabschiedet wird, meine Damen und Herren.

Hätten Sie es von Anfang an so gemacht, wie es die AfD gefordert hat, wenn das Grundlage Ihres Handelns gewesen wäre, stünde Deutschland wesentlich besser da, genauso wie Deutschland wesentlich besser dastehen würde, wenn die AfD endlich in Regierungsverantwortung käme.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)



Vergangene Woche wurde über den von der AfD eingereichten Antrag zu alternativen Maßnahmen zur Lockdown-Politik der Bundesregierung beraten.

© picture-alliance/dpaZentralbild / Jens Büttner

Sebastian Hartmann, SPD:

Mehr Investitionen in das Gesundheitssystem



Sebastian Hartmann (*1977)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Unfassbar, mit welchem Hass die sogenannte Alternative für Deutschland agiert, wenn sie versucht, unser Land zum Scheitern zu bringen und diese Gesellschaft auseinanderzutreiben. Dabei sind doch Vertrauen und Akzeptanz das Wichtigste in einer Pandemie, die wir nur gemeinsam, ehrlich und anständig bewältigen können, wenn es darum geht, eine globale Herausforderung in den Griff zu bekommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es ist gerade die AfD die Partei, die den Klimawandel leugnet, der von Expertinnen und Experten aus ihren Reihen infrage gestellt wird. Es ist die AfD, deren Menschen auf Intensivstationen liegen, wenn sie angeblich eine leichte Grippe haben. Meine Damen und Herren, das ein Jahr nach Beginn der Pandemie hier erleben zu müssen und einen

Die Belastung im Gesundheitssystem ist so hoch, dass wir uns Sorgen machen.

solchen Antrag vorgelegt zu bekommen, ist zynisch ohne Ende. Wenn nichts mehr wahr ist, ist auch nichts mehr falsch und der Tyrannie Tür und Tor geöffnet. – Was Sie versuchen, ist die ständige Erschütterung durch falsche Behauptungen, Aus-dem-Zusammenhang-Reißen und falsches Zitieren. Tatsächlich gibt es eine Basis, auf der wir als Demokratinnen und Demokraten im Deutschen Bundestag in der erfolgreichsten Republik und erfolgreichsten Demokratie der deutschen Geschichte handeln, weit über die Reihen einer Koalition hinaus, indem der Bundestag auch die Opposition einbezieht und wir gemeinsam um den besten Weg ringen. Aber wenn Sie ständig aus dem Zusammenhang reißen, ständig immer wieder infrage stellen, was als wis-

senschaftliche Erkenntnis existiert, können Sie gar keinen Kurs finden.

Nehmen Sie doch nur, was die AfD auf ihrem letzten Bundesparteitag beschlossen hat. Sie stellen die Coronapandemie als solche insgesamt infrage und erkennen gleichzeitig nicht, dass es erst der Erfolg der Maßnahmen ist, die wir hier beschlossen haben, dass von 81 Millionen Menschen in diesem Land nur 2,9 Millionen erkrankt sind und nur 77 000 unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger verstorben sind. Das müssen Sie sich vorhalten lassen. Sie profitieren davon, dass wir als Opposition und Regierung der Verantwortung nachgekommen sind, was Sie niemals tun.

Deswegen möchte ich noch mal darauf eingehen, dass genau das, was in dem Antrag gefordert wird, gerade jetzt stattfindet: Wir diskutieren im Parlament und ringen um den besten Weg. Die SPD-Bundestagsfraktion hat auch nicht davor zurückgeschreckt und dieses Ringen auch immer wieder als Anlass genommen, zu hinterfragen: „Ist das der beste Weg, den wir gehen?“, indem wir zum Beispiel im Januar gesagt haben: Herr Bundesgesundheitsminister, was ist mit

den Impfstoffen? Beschaffen wir sie schnell genug? Was ist mit den Testungen? Können wir etwas tun?

Oder wir haben gesagt: Wir wollen, dass die Diskussion nicht nur in einer Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz stattfindet, sondern hier im Parlament. Das tun wir auch jetzt. Wir haben Erfolge erzielt, wenn es zum Beispiel darum geht, dass das Vorliegen der pandemischen Lage nicht ausschließlich an einem Inzidenzwert festgemacht wird, sondern wir auch Kapazitäten von Intensivstationen und die Belastung des Gesundheitssystems hinzunehmen, meine Damen und Herren.

Diese Punkte müssen uns mit Sorge erfüllen. Gerade in diesem Moment gehen nicht nur die Inzidenzwerte hoch, sondern auch die Belastung im Gesundheitssystem ist so hoch, dass wir uns Sorgen machen, ob wir nicht nur die an Corona erkrankten Mitbürgerinnen und Mitbürger behandeln können, sondern auch Menschen mit anderen Erkrankungen. Das

ist doch der Anlass, zu sagen: Wir brauchen einheitliche Regeln.

Wir werden uns das nicht leichtmachen; das ist auch schon angekündigt worden; denn die härteste Maßnahme, der tiefste Grundrechtseingriff bietet nicht ausschließlich die Chance, diese Pandemie in den Griff zu bekommen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Wir brauchen Akzeptanz und Vertrauen in das Wirken der Maßnahmen; Akzeptanz vor allen Dingen dafür, sich freiwillig entsprechend zu verhalten, Kontakte einzuschränken. Das ist aus unserer Sicht wichtig.

Wir in der SPD-Bundestagsfraktion als Partei der Arbeit wissen eines: dass gerade der Begriff des Lockdowns ein sehr schwieriger ist. Ein Viertel aller in Deutsch-

land beschäftigten Menschen kennt diesen Begriff gar nicht. Das sind insbesondere die, die den Laden am Laufen halten: in den Ver- und Entsorgungsbetrieben, in den Krankenhäusern, bei Polizei und Ordnungsbehörden. Das sind diejenigen, die durchgearbeitet haben, die aber umgekehrt einen Anspruch darauf haben, dass dort, wo es ausreichend Möglichkeiten gibt, wo Homeoffice möglich ist, wo mehr Testungen möglich sind oder wo man Arbeitsformen verändern kann, andere Maßnahmen ergriffen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Darüber werden wir in der nächsten Woche als Deutscher Bundestag mit der demokratischen Opposition und in der Regierungskoalition verhandeln, und erst danach werden wir das Infektionsschutzgesetz oder das Bevölkerungsschutzsystem anpassen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das können wir doch zusagen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, Sie haben einen Anspruch darauf, dass, bevor es zu solchen Maßnahmen kommt, alle anderen

Maßnahmen ergriffen worden sind. Bessere Vorsorge, mehr Investitionen in das Gesundheitssystem, bessere Bezahlung, mehr Kapazitäten, was Testungen angeht – das ist alles eine Frage der staatlichen Ressourcenplanung. Überlegen Sie bei den nächsten Wahlen, wer dafür steht, diesen Staat kaputtzusparen, wer infrage gestellt hat, dass Krankenhäuser auch in ländlichen Räumen existieren sollen. Da wird die Entscheidung getroffen, ob wir einen starken, solidarischen, handlungsfähigen Staat haben. Es wird auch darum gehen, dass wir in der nächsten Krise besser aufgestellt sind. Wir sind stolz darauf, dass wir diese Verantwortung gemeinsam tragen, liebe Kolleginnen Kollegen.

Nun freuen wir uns auf die Debatten mit den demokratischen Fraktionen hier im Parlament.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Karin Maag (CDU/CSU))

Dr. Jürgen Martens, FDP:

Entschieden werden muss von uns



Jürgen Martens (*1959)
Landesliste Sachsen

Der vorliegende Antrag von der AfD beschränkt sich darauf, eine Expertenkommission beim Deutschen Bundestag vorzuschlagen. Zur Begründung wird angeführt, dass wir alle hier unseren legislativen Pflichten als Gesetzgeber nicht nachkommen würden. Der Kollege Hartmann hat gerade eben dargestellt, dass das nicht stimmt, sondern wir diese Woche in der Tat ausführlich über das vierte Bevölkerungsschutzgesetz sprechen werden und genau das stattfindet, was Sie hier bemängeln, nämlich Gesetzgebung. Es ist also nicht richtig, dass wir unseren Pflichten hier nicht nachkämen. Wir handeln im Bundestag, auch wenn Ihnen das im Ergebnis möglicher-

weise nicht ganz gefallen mag.

Die Einrichtung von Expertengremien ist bereits vor längerer Zeit von anderen Fraktionen, auch von der FDP, verlangt worden, allerdings bei der Bundesregierung und dem Bundesrat und nicht beim Bundestag; denn entschieden werden muss von uns und nicht von Experten, meine Damen und Herren.

Den Kleinigkeiten stellen Sie sich nicht, etwa der Frage: Wie soll denn ein solches Gremium besetzt werden? Von der Mehrheit, der Großen Koalition oder gar von der Regierung? Nein, damit wären Sie nicht einverstanden. Wer soll denn dann darüber bestimmen, wer in einem solchen Expertengremium sitzt? Wahrscheinlich würde es nach dem Proportionsverhältnis der Fraktionen besetzt. Selbstverständlich! Da könnten Sie dann auch jemanden schicken. Aber – davor warne ich – solche Gremien haben die Neigung, politisiert zu bleiben. Das heißt, dass man immer die Leute schickt, die man sowieso gerne hören möchte, und vor allen Dingen Leute schickt, die ins eigene Weltbild passen. Bei der AfD wären das dann Attila Hildmann und Xavier Naidoo.

Meine Damen und Herren, wenn Sie eine Expertenkommissi-

on für das Parlament verlangen, möchte ich Ihnen einen Rat geben: Niemand kann Fraktionen daran hindern, sich selber mit Sachverstand zu bewaffnen. Die SPD hat das gemacht. Wir haben sogar jemanden in den eigenen Reihen: Prof. Dr. Andrew Ullmann; er ist Infektiologe, er versteht was davon. Und dann kann man auch sachgerechte Anträge machen, wie etwa die FDP schon im Februar mit ihrem Siebenstufenplan, der genau regelt, was wann passieren könnte, meine Damen und Herren. Wie gesagt: Sachverstand zu beschaffen, ist einfach. Bitte werfen Sie uns nicht vor, wenn Sie darauf verzichten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Heiterkeit der Abg. Karin Maag (CDU/CSU))

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Philipp Amthor (CDU/CSU), Timon Gremmels (SPD) sowie Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU).

leicht
erklärt!

Föderalismus

Aufgaben-Teilung in Deutschland



Im folgenden Text geht es um das Fach-Wort „Föderalismus“.

Dieses Wort hat etwas damit zu tun, wie ein Staat wie Deutschland aufgebaut ist.

Folgenden Fragen werden unter anderem im Text beantwortet:

- Was ist Föderalismus?
- Wie funktioniert der Föderalismus in Deutschland?
- Was hat Föderalismus mit Corona zu tun?

Bundes-Länder und Bund

In Deutschland gibt es 16 Bundes-Länder.

Nämlich:

Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen.



Jedes Bundes-Land ist zum Teil ein eigener Staat.

Jedes Bundes-Land hat zum Beispiel eine eigene Landes-Regierung. Also eine Gruppe von Politikern, die das Land leiten.

Und jedes Bundes-Land hat ein Parlament.

Also eine Gruppe von Politikern, die von den Menschen im Bundes-Land gewählt wurden.

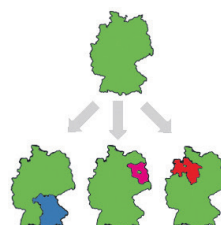
Diese Politiker vertreten die Menschen in ihrem Bundes-Land.



Die 16 Bundes-Länder bilden zusammen die Bundes-Republik Deutschland.

Hier gibt es eine Bundes-Regierung, die für ganz Deutschland zuständig ist.

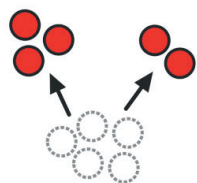
Und es gibt ein Parlament, das die Menschen in ganz Deutschland vertritt. Dieses Parlament ist der Bundestag.



Es gibt also in Deutschland 2 Ebenen.

Die Ebene der Bundes-Länder.

Und die Ebene der Bundes-Republik. Man sagt dazu auch kurz: der Bund.



In einem Staat wie Deutschland müssen viele Aufgaben erledigt werden.

Diese Aufgaben teilen sich die Bundes-Länder und der Bund untereinander auf.

Diese Aufteilung beschreibt man mit dem Fach-Wort „Föderalismus“.

Das Wort kommt aus der lateinischen Sprache.

Es bedeutet so viel wie Zusammenschluss oder Bund.

Wie werden die Aufgaben geteilt?



Wenn die Bundes-Länder und der Bund sich Aufgaben teilen, geht das so:

Aufgaben sollen erst mal möglichst direkt vor Ort geregelt werden.

Also von den Gemeinden Die gehören zu den Bundes-Ländern.

Wenn eine Gemeinde Regeln festlegt, dann gelten diese nur für diese eine Gemeinde.

In einer anderen Gemeinde wird dieselbe Aufgabe vielleicht ganz anders erledigt.

Gemeinden regeln zum Beispiel die Müll-Abfuhr oder Einrichtungen vor Ort wie Schwimm-Bäder oder Büchereien.



Manche Aufgaben sind für die Gemeinden zu groß, zu teuer oder zu kompliziert.

Dann übernimmt das Bundes-Land diese Aufgaben für seine Gemeinden.

Es gibt dann also Regeln, die für das ganze Bundes-Land gelten.

In einem anderen Bundes-Land wird dieselbe Aufgabe aber vielleicht ganz anders erledigt.

Die Bundes-Länder regeln zum Beispiel die Polizei und die Schulen.



Einige Aufgaben sind auch für die Bundes-Länder zu kompliziert. Oder es ist wichtig, dass dafür in ganz Deutschland dieselben Regeln gelten.

Dann übernimmt der Bund diese Aufgaben.

Zum Beispiel die Beziehungen von Deutschland zu anderen Ländern. Oder die Organisation der Soldaten von Deutschland.

Föderalismus im Grund-Gesetz

Der Föderalismus ist in Deutschland eine der wichtigsten Regeln, nach denen der Staat aufgebaut ist.

Das sieht man auch daran, dass er im Grund-Gesetz steht.

Das Grund-Gesetz ist das wichtigste Gesetz von Deutschland.

In ihm stehen die wichtigsten Regeln dafür, wie Deutschland funktioniert.

Und im Grund-Gesetz steht: In Deutschland muss es Föderalismus geben.



Warum gibt es den Föderalismus?



Nicht in jedem Land auf der Welt gibt es Föderalismus.

Bei der Gründung der Bundes-Republik Deutschland wurde der Föderalismus ganz bewusst ausgesucht.

Dafür gibt es verschiedene Gründe.



Zum Beispiel gibt es die Aufteilung zwischen Teil-Staaten und einem Gesamt-Staat in Deutschland schon sehr lang.

Früher war Deutschland nicht ein einziges Land.

Stattdessen gab es auf dem deutschen Gebiet viele verschiedene deutsche Länder.

Das bedeutet:

Deutschland war in viele kleine Gebiete aufgeteilt.

In jedem dieser Gebiete gab es einen anderen Herrscher.

Zum Beispiel einen Grafen, einen Herzog oder einen König.

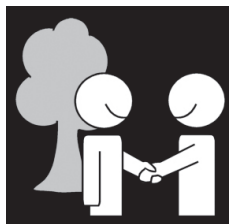
Immer wieder schlossen sich diese Länder zu Bündnen zusammen.

Dabei behielten sie zwar ihre Eigenständigkeit, aber sie gaben einen Teil ihrer Macht ab.

Also ein bisschen so wie beim Föderalismus.

Die Zusammenarbeit von einzelnen Staaten hat also in Deutschland eine lange Tradition.

Und der Föderalismus im heutigen Deutschland setzt diese Tradition fort.



Ein anderer Grund für den Föderalismus waren die Erfahrungen aus dem National-Sozialismus.

Die National-Sozialisten regierten Deutschland von 1933 bis 1945.

Diese Zeit war für sehr viele Menschen in Deutschland schrecklich.

Die National-Sozialisten unterdrückten die Menschen und töteten viele.

Sie machten Deutschland zu einem Einheits-Staat.

Das bedeutet: Nur wenige Politiker bestimmten alles, was in Deutschland passieren soll.

Ein Einheits-Staat ist also das Gegenteil von einem Staat mit Föderalismus.



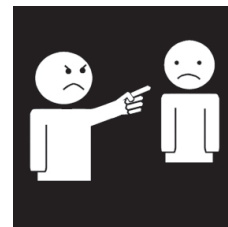
1945 verloren die National-Sozialisten ihre Macht.

Etwas später wurde Deutschland neu geordnet.

Die Bundes-Republik Deutschland wurde gegründet.

Damals entschied man:

In Zukunft soll nicht nur eine einzige Regierung geben, die zu viel zu bestimmen hat.



Denn wenn nur wenige Personen viel bestimmen können, können sie das ausnutzen.

So wie es die National-Sozialisten getan haben.

Im Föderalismus hat jedes Bundes-Land und der Bund nur einen Teil der Macht.

Dadurch können sie sich gegenseitig überwachen.

Vorteile und Nachteile vom Föderalismus

Die Teilung der Macht ist also ein Vorteil vom Föderalismus.

Es gibt aber noch weitere Vorteile. Allerdings gibt es auch ein paar Nachteile.

Ein weiterer Vorteil ist:

Im Föderalismus kann jedes Bundes-Land für eine Aufgabe eine eigene Lösung finden.

Wenn eine Lösung in einem Bundes-Land besonders gut klappt, können andere Bundes-Länder sie übernehmen.

Sich viele Ideen auszudenken, kann also für alle gut sein.



Ein anderer Vorteil ist:

Die Politiker und Mitarbeiter in einem Bundes-Land oder in einer Gemeinde kennen sich vor Ort gut aus.

Sie wissen, welche Probleme es an einem bestimmten Ort in Deutschland gibt.

Und sie können besser einschätzen, wie man die Probleme lösen kann.



Ein Nachteil vom Föderalismus ist:

Jedes Bundes-Land entwickelt eigene Lösungen für Aufgaben.

Dieselbe Arbeit wird also sozusagen mehrfach gemacht.

Das kann teuer und aufwendig sein.



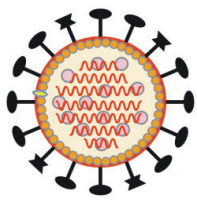


Ein anderer Nachteil ist:

Durch den Föderalismus werden in unterschiedlichen Bundes-Ländern dieselben Sachen unterschiedlich geregelt.

Wenn jemand von einem Teil von Deutschland in einen anderen reist, muss er sich also vielleicht an ganz andere Regeln gewöhnen.

Föderalismus und Corona



Auch bei der Corona-Pandemie spielt der Föderalismus eine wichtige Rolle.

Denn: Im Moment entscheiden die Bundes-Länder, was sie zum Schutz gegen Corona machen wollen.

Das bedeutet: Jedes Bundes-Land kann selbst Regeln für den Schutz gegen die Pandemie festlegen.

Und diese Regeln gelten dann nur für das eine Bundes-Land.

Die Chefs der Bundes-Länder haben gesagt, sie wollen gemeinsame Regeln für Corona finden.



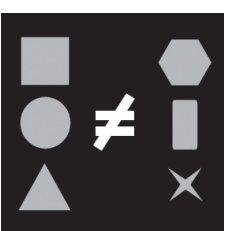
Darum haben sie sich immer wieder getroffen.

Auch die Bundes-Regierung war bei diesen Treffen dabei.

Dann wurden verschiedene Dinge beschlossen.

Am Ende haben viele Bundes-Länder aber dann doch eigene Regeln gemacht.

Das ist der Grund, warum schon seit Monaten überall in Deutschland ganz unterschiedliche Regeln gelten.



In manchen Städten gibt es zum Beispiel Ausgangs-Sperren, wenn es eine bestimmte Anzahl an positiven Corona-Tests gibt.

In einer anderen Stadt mit genau so vielen positiven Tests gibt es aber vielleicht keine Ausgangs-Sperre. Denn: Die Stadt liegt in einem anderen Bundes-Land.



Die Bundes-Regierung ist schon seit einer Weile damit unzufrieden.

Sie möchte einheitliche Regeln für ganz Deutschland.

Seit letzter Woche wird darum über ein neues Gesetz gesprochen.

Dadurch will der Bund bei den Corona-Regeln mehr mitbestimmen.

Dadurch könnten die Regeln einheitlicher werden.

Das finden viele Menschen gut.

Das Gesetz könnte aber auch den Föderalismus schwächen.

Das finden viele Menschen schlecht.

Im Moment wird darüber gesprochen, ob das Gesetz kommen soll.

Kurz zusammengefasst



In Deutschland gibt es den Föderalismus.

Das bedeutet: Die Bundes-Länder und der Bund teilen sich alle wichtigen Aufgaben.

So will man erreichen, dass nicht zu wenige Menschen zu viel bestimmen können.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichtenwerk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance/dpa / Christian Charisius. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 16/2021
Die nächste Ausgabe erscheint am 26. April 2021.